Die ökonomischen politischen und sozialen Konsequenzen der Wachstumsverlangsamung

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE TAGUNG 1975
DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Die ökonomischen politischen und sozialen Konsequenzen der Wachstumsverlangsamung

Herausgeber, Eigentümer, Druck und Verlag:
Oesterreichische Nationalbank
Redaktion:
Dkfm. Dr. A. Kanitz, Dkfm. E. Kapfer
Wien 1975

Volkswirtschaftliche
Tagung 1975
der
Oesterreichischen Nationalbank

Oesterreichische
Bibliothek
Nationalbank

6055001

~~I 8444/A~~

Inhaltsverzeichnis

Heinz Kienzl

Einleitung 7

Peter Fleissner

Sozio-ökonomische Perspektiven an Hand von drei Weltmodellen 11

Gerhart Bruckmann

Hans Seidel

Diskussion der Weltmodelle 33

E. F. Schumacher

Jenseits des Wachstums 47

Paul P. Streeten

Ökonomische, politische und soziale Perspektiven der Entwicklungsländer 63

Helmut Kramer

Mittelfristige Perspektiven der internationalen und der österreichischen Wirtschaft 67

Stefan Koren

Konsequenzen der Wachstumsverlangsamung für die Industrie- und Exportpolitik *79*

Hannes Androsch

Konsequenzen der Wachstumsverlangsamung für die Fiskalpolitik *89*

Hans Kloss

Weltpolitische Aspekte der Währungsreform *93*

Podiumsgespräch

Helga Novotny, Herwig Büchele, Ernst Gehmacher, Rupert Gmoser, Johann Weber

Was kommt nach der Konsumgesellschaft? *101*

Einleitung

Dkfm. Dr. Heinz Kienzl
Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank

Von Michelangelo stammt der Satz, daß man Plato gelesen haben muß, wenn man ein großes Kunstwerk schaffen will. Auf uns angewandt besagt er, daß wir uns in einer umfassenden Weise mit gesamtwirtschaftlichen Fragen, ja sogar mit metaökonomischen Problemstellungen auseinandersetzen müssen, wenn wir eine gute Währungspolitik betreiben wollen. Wirtschafts- und Währungspolitik ist tägliche Kleinarbeit. Die Gefahr ist dann aber groß, daß man sich im Urwald der täglichen Probleme verirrt und im Gestrüpp technischer Finessen verfängt. Da ist es erforderlich, von Zeit zu Zeit einen Aussichtspunkt zu erklimmen, um sich neu zu orientieren. Die Volkswirtschaftlichen Tagungen der Oesterreichischen Nationalbank dienen dieser Aufgabe.

Wenn wir den Aussagen unserer Späher und Pfadfinder trauen dürfen, und das wären die Konjunktur- und Zukunftsforschungsinstitute, dann befindet sich die Weltwirtschaft gegenwärtig an einem Wendepunkt. Die Zeiten des ungestümen Wachstums sind vorbei, die schleichende Inflation ist zu einer schreitenden und in einigen Industriestaaten bereits zu einer trabenden geworden, und der Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte intensiviert sich von Monat zu Monat. Das traditionelle konjunkturpolitische Instrumentarium, das sich in den dreißig

Jahren seit Ende des Zweiten Weltkriegs so blendend bewährt hat und den Industriestaaten ein in ihrer ganzen Geschichte einzigartiges Wirtschaftswachstum ermöglichte, reicht offensichtlich nicht aus, um mit den neuen Problemen zu Rande zu kommen. Unsere währungspolitischen Instrumente, angefangen von der Wechselkurspolitik bis zur Kreditpolitik, sind Bestandteile dieses konjunkturpolitischen Instrumentariums. Die Aufgaben der Notenbanken wurden vorwiegend als konjunkturpolitische verstanden. Angesichts der neuen Problemstellung scheint das alte Instrumentarium überfordert zu sein. Kein Wunder, daß alle Anstrengungen, ein neues Weltwährungssystem zu entwickeln, bisher gescheitert sind. Kein Wunder auch, daß die monetären Instrumente nicht ausreichen, den Inflationsprozeß bei Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung rasch und nachhaltig einzubremsen, um wieder zu den geringen Preissteigerungsraten zurückzufinden, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren vorherrschten und als systemimmanent erkannt wurden.

Aufgrund unserer geographischen Lage, unserer kulturellen Beziehungen, insbesondere unserer Sprachkenntnisse und nicht zuletzt infolge unserer wirtschaftlichen Verflechtung ist Österreich nicht nur Konjunkturnehmer, sondern Entwicklungsnehmer in einem viel umfassenderen Sinn. Vom Christentum bis zur Leistungsgesellschaft der Nachkriegszeit haben wir alle großen wirtschaftlichen, zivilisatorischen, technischen, ja alle kulturellen Strömungen aus dem Westen übernommen, haben sie umgeformt und angepaßt, und so kann man wohl von der Annahme ausgehen, daß auch die Wachstumsverlangsamung und die in ihrem Gefolge wahrscheinlich auftretenden gesellschaftlichen Veränderungen Österreich ergreifen werden. Das schafft für uns kurz- und langfristige Probleme, die wir am ehesten bewältigen können, wenn wir versuchen, sie klar zu erkennen, zu analysieren und hinsichtlich ihrer wahrscheinlichen Auswirkungen auf die Gestaltung unserer österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft in einer Gesamtschau zusammenzuführen.

Am Anfang einer solchen Gesamtschau muß eine Auseinandersetzung mit den Thesen des Club of Rome und der sich daran anschließenden großen internationalen Diskussion über die Zukunft der Weltwirtschaft und damit die Zukunft der Menschheit stehen.

Der letzte Akt der Tagung war dann eine Provokation, die das Ziel hatte, uns zu Reflexionen über die Zukunft unserer Gesellschaft anzuregen. Eine Soziologin, Helga Nowotny, legte die Probleme vor und vier Denker waren eingeladen, von ihrem weltanschaulichen und fachlichen Standpunkt aus die Fragen zu beantworten, die sich um das zentrale Thema gruppierten: „Was kommt nach der Konsumgesellschaft?"

Alle, die an dieser Tagung teilnehmen konnten, waren am Ende nachdenklicher gestimmt als an ihrem Beginn. Denn die Vorträge wie die Diskussionen hatten uns gezeigt, wie gigantisch die Probleme sind, mit denen sich die Industriestaaten herumschlagen werden, wie beschränkt unsere Mittel und wie unzureichend unser Wissen ist. Nur an Mut, uns mit den Schwierigkeiten herumzuschlagen, so glaubten wir am Ende der Tagung, wird es uns nicht fehlen.

Insgesamt war die Tagung von einem so ungewohnten Tiefgang, so informativ und auch in die Zukunft weisend, daß sich das Direktorium der Oesterreichischen Nationalbank entschloß, sie in Form einer zusammenfassenden Darstellung, die zwangsläufig eine Komprimierung bedeutet und bei der sehr viel Interessantes, Wissenswertes und auch Vergnügliches wegfiel, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Sozio-ökonomische Perspektiven an Hand von drei Weltmodellen

Dr. Peter Fleissner

Abteilungsleiter des Instituts für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung
Österreichische Akademie der Wissenschaften

Am Beispiel dreier Weltmodelle soll hier der Versuch gemacht werden, die Perspektiven aufzuzeigen, die westliche Sozialwissenschaftler für die nächsten 50 Jahre der Entwicklung unserer Erde ausmalen. Bei dieser Darstellung soll ein wichtiger Grundsatz der Gesellschaftswissenschaften Beachtung finden, nämlich die weitgehende gesellschaftliche Bedingtheit scheinbarer Einzelereignisse, und es kann in diesem Sinn die Hypothese formuliert werden, daß die Weltmodelle, über die hier gesprochen werden soll, typische Produkte einer Weltsituation sind, die von schweren Krisen gekennzeichnet wird, sei es auf ökonomischem, politischem oder sozialem Gebiet. Dieser Krisensituation in den westlichen Industrie- und Entwicklungsländern entspricht gleichzeitig die intensive Beschäftigung mit Computersimulationsmodellen. Die hier vorgestellten Weltmodelle können somit als „Kinder der Krise" bezeichnet werden.

Die drei Modelle, von denen hier die Rede sein soll, werden dabei nicht über einen Leisten geschlagen: das jeweils neueste

Modell, zum Großteil aus der Kritik an den vorhergehenden entstanden, macht sich die Erfahrungen, die man aus der wissenschaftlichen Diskussion seiner Vorgänger ziehen konnte, zunutze und versucht, die jeweils schwersten Angriffspunkte der Vorgänger zu vermeiden. Insoweit ist im Modellbau jedesmal ein Fortschritt festzustellen.

Hatte das erste und bei weitem publikumswirksamste Modell von Forrester und Meadows, das seinen Niederschlag in den Büchern „World Dynamics" (1971) und „Die Grenzen des Wachstums" (1972) gefunden hat, die Welt noch als eine Einheit aufgefaßt und keine Unterscheidung nach einzelnen Ländern oder Ländergruppen getroffen, was natürlich zu einer sehr vergröberten Beschreibung der Wirklichkeit führen mußte, so wurde im zweiten Weltmodell von Pestel (Hannover) und Mesarovic (Cleveland) die Welt in 10 Zonen eingeteilt, die nach Kriterien politischer, regionaler und ökonomischer Einheitlichkeit ausgewählt wurden. Aus Gründen der Einfachheit, aus Datenmangel und wegen politischer Überlegungen wurden die 10 Zonen jedoch für die Beschreibung der Weltwirtschaft in nur 3 Bereiche zusammengefaßt:

1. Entwickelte Länder mit Marktwirtschaft
2. Entwickelte Länder mit zentraler Planung
3. Entwicklungsländer.

Das jüngste Weltmodell, das anders als die ersten beiden, die von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert wurden und aus entwickelten Ländern stammen, in Argentinien entstand, wählt einen Kompromiß. Es verzichtet auf politische Unterscheidungen — und damit grundsätzlich auf die Beschreibung von Systemübergängen — und beschränkt sich auf vier regionale Bereiche:

1. Europa, Japan, Nordamerika, UdSSR
2. Lateinamerika und Karibische Inseln
3. Afrika
4. Asien,

wodurch vor allem Unterschiede zwischen reich (1.), arm (2.) und sehr arm (3. und 4.) artikuliert werden.

Die Modelle von Forrester und Meadows

Auch in den grundlegenden Aussagen und in der Methode der Modelle läßt sich ein Wandel bemerken: so stellen Forrester und Meadows fest, daß der Zusammenbruch der Welt, allerdings gemessen an der Zahl der Erdbevölkerung, noch innerhalb der nächsten 100 Jahre auf uns zukommen würde, wenn die Entwicklung in ihren Trends etwa so weiter ginge wie in den letzten 70 Jahren. Zum Beweis dieser Behauptung wurde ein mathematisches Modell konstruiert, das sechs zentrale Variablen — Kapital, Bevölkerung, natürliche Rohstoffe, Nahrungsmittelproduktion, geographischer Raum und Umweltverschmutzung — unter Beiziehung von Hilfsgrößen miteinander verknüpft (siehe Abb. 1). Die Krisen, die den Zusammen-

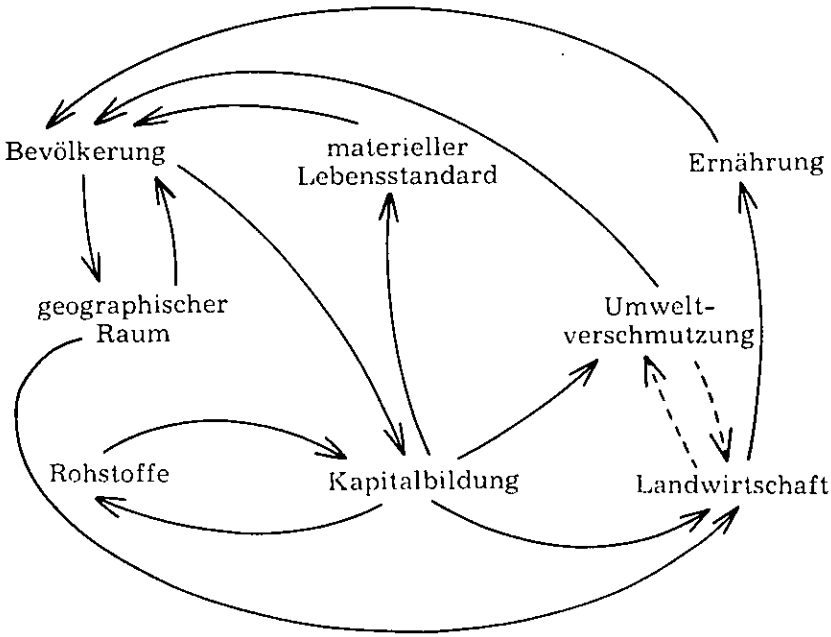

Abb. 1

bruch herbeiführen sollen, hätten verschiedene Ursachen. Im Standarddurchlauf des Modells resultiert der Zusammenbruch aus der Erschöpfung von Rohstoffen und Energie. Würde man die Zeit, für die noch Rohstoffe vorhanden sind — bezogen auf einen konstanten Verbrauch wie im Jahr 1970 — auf das doppelte, nämlich 500 Jahre, hinaufsetzen, wäre Umweltverschmutzung als nächste Ursache für die Krise anzusehen. Gelänge es jedoch, auch die Umweltverschmutzungskontrolle viermal so effektiv wie 1970 zu machen, so wären die Folgen Unterernährung und höhere Todesraten, eine weitere Krisensituation, die man für viele Regionen der Erde gar nicht in die Zukunft zu verlegen braucht, da sie zur täglichen Erfahrung für Millionen Bewohner — z. B. Südostasiens und Afrikas — zählt.

Die hier angegebenen Aussagen blieben nicht unwidersprochen. Die umfassendste Kritik an der Arbeit von Forrester, Meadows und seinem Team wurde von einer Wissenschaftlergruppe der Universität Sussex geleistet (Cole, Freeman, Jahoda, Pavitt: "Thinking about the Future - A Critique of the Limits to Growth", Sussex 1973). Im ersten Teil dieses Buches werden die einzelnen Sektoren des Modells in naturwissenschaftlicher Weise kritisiert, der zweite Teil enthält die ideologische Kritik an den Denkgrundlagen und Bezugsgruppen des ersten Weltmodells. Die Kritik erstreckt sich auf folgende Dimensionen:

- Unzulässige Verallgemeinerungen amerikanischer Daten oder von Daten der westlichen Länder für die ganze Welt.
- Hypothetische Zusammenhänge, über die keine wissenschaftlichen Aussagen existieren, werden als sicher angenommen. Bei kleinen Verschiebungen in den Annahmen würden die Katastrophenerscheinungen schon im Jahr 1970 oder aber außerhalb der betrachteten Zeitperiode von 1900 bis 2100 anfallen.
- Auch dort, wo eine Änderung der Modellstruktur bzw. der Parameter durch soziale oder politische Einflüsse nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich erscheint, wird diese konstant gehalten.

- Mechanismen, die in der Realität existieren, wie z. B. Preismechanismen oder Substitutionsmechanismen, seien weggelassen worden.
- Das Modell sei als abgeschlossenes System konzipiert worden und
- der Aggregationsgrad auf Weltniveau sei viel zu hoch, um solche detaillierte Aussagen machen zu können.

Um einige dieser Kritikpunkte klarzustellen, scheint es angebracht, den Sektor Kapital und Industrie im Weltmodell näher zu betrachten. Dieser Sektor, über den ja alle Krisen vermittelt werden, enthält einige Widersprüche, die nicht leicht aufgelöst werden können.

In diesem Bereich wird die Produktion auf Weltniveau dargestellt. Dennoch werden zur Bewertung des Zeitverhaltens der Anteile von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung Daten verwendet, die auf der Basis von 54 nichtkommunistischen Ländern erstellt wurden (Chenery & Taylor, 1968). Das Kapital-Output-Verhältnis wurde ebenfalls nach amerikanischem Muster mit 3 festgelegt. Überdies wird es bei einer wachsenden Weltwirtschaft in der Zeit konstant gehalten.

Während der Wachstumsperioden kann die Wirtschaft im Modell überhaupt ohne direkten Einfluß der Arbeitskräfte auskommen. Die Produktionsfunktion, die Kapital und Arbeit mit dem Output der Weltwirtschaft verknüpft, ist eine Produktionsfunktion von linear-limitationalem Typ. Dadurch sind Substitutionseffekte ausgeschlossen. Verschiebungen in der Bildungsstruktur werden ebenfalls nicht berücksichtigt. Das Sussex-Team wirft Meadows vor, daß er keine alternative Produktionsfunktion zumindest als Testfall ins Modell aufgenommen habe, um die Sensibilität des Modells in diesem Punkt zu überprüfen.

Eine kritische Annahme stellt die durchschnittliche Lebensdauer des Industriekapitals dar. Verlängert man sie von 14 auf 21 Jahre, wäre ein Zusammenbruch des Systems schon vor dem Jahr 1970 erfolgt. Wäre das Kapital-Output-Verhältnis nicht

3, sondern nur 2, würde der Zusammenbruch schon im Jahr 1940 stattgefunden haben, wäre es mit 4 angenommen worden, wäre die Weltwirtschaft überhaupt nicht gewachsen.

Die Sussex-Gruppe versuchte auch, kleine strukturelle Veränderungen in das Meadows-Modell einzufügen, die durchaus noch im Bereich der Expertenschätzungen liegen. So wurde im Umwelt-Sektor, im Bereich der Ressourcen und im Bereich der Landwirtschaft ein permanenter technischer Fortschritt von 2% angenommen. Das Ergebnis zeigt ein Zeitverhalten, bei dem die Weltbevölkerung ständig wächst und schließlich im Jahr 2200 bei 11 Milliarden Menschen stagniert. Hungersnöte und Verschmutzungskrisen treten nicht mehr auf. Im Standardlauf des Originalmodells wäre hingegen nur eine Bevölkerung von maximal 5 Milliarden Menschen auf kurze Zeit zu ernähren.

Das Pestel/Mesarovic-Modell

Der zweite Bericht an den Club of Rome, von Pestel und Mesarovic verfaßt, wurde in dem Buch „Menschheit am Wendepunkt" in deutscher Sprache publiziert. Das darin beschriebene Modell unterscheidet sich vom methodischen Standpunkt her wesentlich von seinem Vorgänger. Es ist als Vielebenen-Modell konzipiert (Abb. 2). Für jede der 10 Regionen sollen alle Ebenen von der geophysikalischen bis zur individuellen Ebene explizit modelliert werden. Bisher existieren jedoch nur die Sektoren: Demographie, Ökonomie, Energie, Ernährung und Wasserressourcen. Das Modell wurde noch nie als vollständiger Komplex auf einer EDV-Anlage durchgerechnet. Denn neben Problemen bei der Fertigstellung der einzelnen Sektoren gibt es Schwierigkeiten, eine Rechenanlage zu finden, die den Größenordnungen des Modells gerecht wird.

Das Modell ist auch nicht, wie bei Forrester, als Prognoseinstrument gedacht, sondern soll als Entscheidungshilfsmittel für Planer eingesetzt werden. Es wird daher nicht, wie bei Forrester, verlangt, daß von einmal gegebenen Anfangsbe-

Kausalmodell

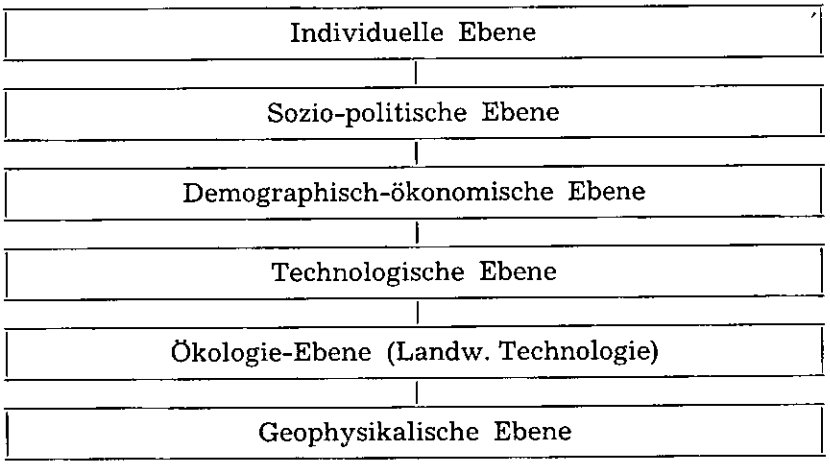

Abb. 2

dingungen und einigen zusätzlichen Entscheidungsmechanismen, die vor Beginn der Durchrechnung bekannt und ins Modell eingebaut sein müssen, bis zum Jahr 2100 in einem Zug durchgerechnet wird, sondern das Modell ist interaktiv orientiert. In jeder Zeitperiode kann sein Benützer auf verschiedenen weiteren Ebenen seine Entscheidungen aus den von der Rechenanlage vorgegebenen Möglichkeiten auswählen, erhält zusätzlich die nötigen Informationen ausgedruckt und ist beinahe sofort in der Lage, die Auswirkungen seiner Entscheidungen zu studieren. Ebenso wie beim Kausalmodell können Entscheidungen auf verschiedensten Ebenen getroffen werden (siehe Abb. 3).

Aus der Fülle der bisher vorliegenden Teilergebnisse sollen nur einige zentrale herausgegriffen werden:

- In den nächsten 50 Jahren wird sich das Pro-Kopf-Einkommensverhältnis zwischen westlichen Industrieländern

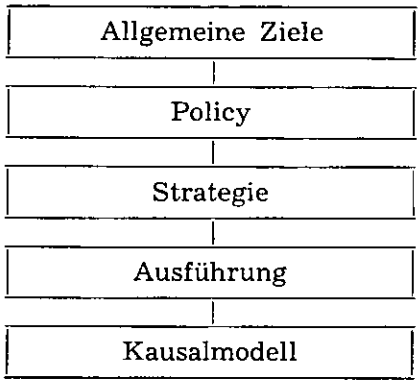

Abb. 3

und Lateinamerika von 5 zu 1 auf 8 zu 1 erhöhen, gegenüber Südasien auf 20 zu 1.

- Zur Erreichung eines Verhältnisses von 3 zu 1 für Lateinamerika bzw. 5 zu 1 für Südasien bis zum Jahr 2025 würden insgesamt 7.200 Mrd Dollar ausgegeben werden müssen, davon allein im letzten Jahr dieser Fünfzigjahresperiode 500 Mrd Dollar (dies ist etwa die Höhe des gesamten Bruttosozialprodukts der USA im Jahr 1963, inflationsbereinigt). Wartet man mit den Hilfeleistungen bis zum Jahr 2000, wird man insgesamt 3.500 Mrd Dollar mehr an Hilfe aufbringen müssen, als in einer Variante, wo schon im Jahr 1980 mit der Hilfe eingesetzt wird.
- Die Bevölkerungsdichte in China und Südasien in Relation zur ackerbaulich genutzten Fläche wird im Jahr 2020 etwa achtmal höher liegen und rascher steigen als in den USA in diesem Jahr. Regionale Hungerkatastrophen von großer Intensität zeichnen sich ab.

Die hier angegebenen Ergebnisse wurden jedoch nur aus Teilmodellen gewonnen. Es wurde z. B. die sozio-politische Ebene des Modells noch nicht ausgebaut. Veränderungen, die

sich im Bereich des Wirtschaftssystems ergeben könnten, wie z. B. der Übergang von marktwirtschaftlichen zu planwirtschaftlichen Systemen, sind bisher aufgrund der Modellannahmen völlig unmöglich. Vergleicht man jedoch die Entwicklung von China und Indien sowohl in Hinsicht auf die Bevölkerung als auch auf die wirtschaftlichen Leistungen, wird klar, daß unterschiedliche Gesellschaftssysteme wesentlichen Einfluß auf die sozio-ökonomische Entwicklung haben dürften.

War das erste Weltmodell in seiner Einschätzung der Zukunft von einem starken Pessimismus geprägt, so zeigt sich das zweite Weltmodell in bezug auf die Zukunftsaussichten der Menschheit relativ neutral. Es wird die Hoffnung genährt, daß im Rahmen bestehender oder noch zu schaffender Planungs- bzw. Kriseninstitutionen mit Hilfe des technischen Rüstzeuges von Simulationsmodellen Katastrophensituationen im großen Ausmaß vorhergesehen und bekämpft werden können.

Weitaus optimistischer gibt sich das dritte Weltmodell, das von der Bariloche-Stiftung in Argentinien entwickelt wurde. Es wurden hier allerdings a priori einige wesentliche Annahmen getroffen. Im Bariloche-Modell herrscht von vornherein völlige Planbarkeit der wirtschaftlichen Situation, der Planungsmechanismus wird nicht so wie im Pestel-Mesarovic-Modell durch menschliche Intervention repräsentiert, sondern er wird durch ein automatisch arbeitendes Optimierungsverfahren ohne menschliches Zutun durchgeführt.

Das Bariloche-Modell

Das jüngste Weltmodell wurde vom Club of Rome mit einer finanziellen Starthilfe versehen und in weiterer Folge vom International Development Research Centre (IDRC) in Ottawa, Kanada, finanziert. Die Fundacion Bariloche, in der die Arbeiten durchgeführt wurden, ist ein von der argentinischen Regierung dotiertes sozialwissenschaftliches Forschungs-

institut. Seit 1971 wurde dort an der Entwicklung eines Global-Modells gearbeitet. Im Oktober vergangenen Jahres wurde hier in diesem Saal, am Ort dieser Volkswirtschaftlichen Tagung, im Rahmen eines Symposiums des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse über das dritte Weltmodell berichtet.

Das Bariloche-Modell enthält den Standpunkt vieler Entwicklungsländer. Amilcar Herrera, der Teamchef, argumentiert folgendermaßen: zwei Drittel der Menschheit hungern, während die noch verbleibende Minorität an den Folgen des Überkonsums zu leiden beginne. Das Wirtschaftswachstum entfremde die Menschen immer mehr voneinander und zerstöre die menschliche und natürliche Umwelt. Ungleichheiten in der Versorgung existieren aber nicht nur zwischen entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern, sondern auch innerhalb der Dritten Welt. Privilegierte Minderheiten genießen dort ein Konsumniveau, das dem der Oberschichten der entwickelten Länder entspricht, während beträchtliche Bevölkerungsteile nicht einmal ihre elementarsten Bedürfnisse befriedigen können.

Das anhaltende Wirtschaftswachstum mit seinen ökologischen Folgen — exponentielles Bevölkerungs- und Konsumwachstum — stelle die Menschheit als Ganzes vor globale Probleme. Die Erde werde daher als endliche, abgeschlossene Einheit, als Raumschiff, gesehen. Als Ergebnis dieser neuen Konzeptionen werden die Ideen der klassischen Ökonomen, wie Ricardo und Malthus, wieder aktuell: Die Neomalthusianer sind der Ansicht, daß die Knappheit der Ressourcen zu immer geringeren zusätzlichen Erfolgen der ökonomischen Aktivität führt, mit der Konsequenz reduzierten oder Nullwachstums. Exponentielles Bevölkerungswachstum und Konsumexplosion führen zur Erschöpfung der natürlichen Rohstoffe, und dies in naher Zukunft. Der Zusammenbruch des Ökosystems und die progressive Verschlechterung der Umweltqualität führen in der Meinung der Neomalthusianer auch schon vor Erschöpfung der Ressourcen zu Katastrophen, die sich in höherer

Sterblichkeit und verringertem Lebensstandard äußern. Nach Herrera existieren nun zwei Typen von Lösungsvorschlägen, die aber zentrale Wertprämissen der gegenwärtigen entwickelten Länder als Voraussetzung haben:

1. Nur eine solidarische Menschheit könne erfolgreich die doppelte Herausforderung — Unterentwicklung und Armut — von zwei Dritteln der Erdbevölkerung annehmen. Gleichzeitig müsse ein neues und fortschrittliches Wertsystem generiert werden, das der permanenten Umweltbelastung Einhalt gebietet.
2. Die Kontrolle der Bevölkerungszahlen, vor allem in den Entwicklungsländern, werde die Katastrophe verhindern. Umweltverschmutzungskontrolle stelle nur eine komplementäre Korrekturmaßnahme dar.

Nach beiden Lösungsvorschlägen hätten die rückständigen Länder aufgrund „natürlicher Barrieren" keine Chance, je den Lebensstandard der entwickelten Länder zu erreichen, denn in der ersten Variante sollte die notwendige Industrialisierung der armen Länder verhindert werden, in der zweiten Variante werden staatliche Zwangsmaßnahmen vorgeschlagen. Die Verteilungsunterschiede würden in beiden Fällen verewigt werden. Herrera meint, daß die Zahl der Freiheitsgrade alternativer Lösungen immer wieder unterschätzt wurde. Die heute vorgeschlagenen Lösungen der entwickelten Länder seien wie zu Malthus' Zeiten vom besonderen sozio-ökonomischen und politischen Kontext bestimmt und entsprechen eben den Interessen dieser Länder. Auch ihre humanistischen Varianten, wie „Zurück zur Natur", "Small is beautiful", "Soft technology", spiegeln die Interessen einer Gesellschaft wider, die unter den negativen Effekten des Überkonsums, der Entfremdung, der Technisierung und der großen Städte leide. Es werde dabei übersehen, daß die Gefahr nicht in der Fortsetzung des technischen Fortschritts liege, sondern in der Art und Weise seiner gesellschaftlichen Anwendung. Die Kräfte, die einer harmoni-

schen Menschheitsentwicklung entgegenstehen, seien nicht physischer, sondern soziopolitischer Natur und würden von den gegenwärtigen Machtverteilungen in bzw. zwischen den einzelnen Ländern abhängen. In den unterentwickelten Ländern, die die Hauptopfer dieser Situation sind, wachse daher das Bedürfnis nach Veränderung der gesellschaftlichen Organisation und der internationalen Beziehungen, die die weitere Entwicklung der Menschen aufhalten würden.

Von diesen allgemeinen qualitativen Aussagen leitet Herrera die folgenden sechs Thesen ab:

1. Die in den Weltmodellen vorhergesagten Katastrophen bilden für einen großen Teil der Menschheit schon heute die Realität. Es ist gar nicht notwendig, die Katastrophen erst in 80 bis 100 Jahren zu erwarten.
2. Die destruktive und irrationale Verwendung der Ressourcen und die zunehmende Umweltschädigung können nicht durch Reform- und Korrekturmaßnahmen gestoppt werden, sondern nur durch die Schaffung einer neuen Gesellschaft, die mit ihrer Umwelt verträglich ist.
3. Keine Politik der Umweltkontrolle hat Aussicht auf Verwirklichung, solange nicht jeder Mensch einen akzeptierbaren Lebensstandard erreicht hat.
4. Die privilegierten Teile der Menschheit müssen ihre ökonomischen Wachstumsraten reduzieren, um den Entfremdungseffekten des Konsums, dem Druck auf die natürlichen Rohstoffe und auf die Umwelt Einhalt zu gebieten.
5. Die entwickelten Länder sollten einen Teil ihres ökonomischen Überschusses an die Entwicklungsländer abtreten, damit diese ihre Stagnation überwinden können, die ja teilweise das Ergebnis der noch immer andauernden Ausbeutung darstellt.
6. Die rationalste Methode, das Bevölkerungswachstum zu kontrollieren, besteht in der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen.

Ein Modell der Weltentwicklung müsse daher nach den folgenden Prinzipien konstruiert werden:

Das Endziel der Entwicklung ist eine gleiche Weltgesellschaft. Ihr Prinzip ist das unaufhebbare Recht jedes Menschen auf Nahrung, Gesundheit, Wohnung und Erziehung. Erst die Erfüllung dieser Grundbedürfnisse ermögliche die Partizipation an der menschlichen Gesellschaft und sie sind invariant und unabhängig von jeder gegebenen Kultur, von Herkunft, Rasse und Geschlecht. Darüber hinausgehende Bedürfnisse werden nicht zu quantifizieren oder zu determinieren versucht. Jedes Individuum hat an allen gesellschaftlichen Entscheidungen vollen Anteil. Die im Modell dargestellte Gesellschaft ist keine Konsumgesellschaft mehr, d. h. die These vom Konsum als Wert an sich wurde aufgegeben.

Das hier angeführte mathematische Modell ist daher kein rein deskriptives und exploratives, sondern ein normatives. Die Ergebnisse des Modells werden von den obigen Annahmen wesentlich geprägt. In Abb. 4 sollen die Verknüpfungen der zehn Hauptvariablen des Modells dargestellt werden.

Das Bruttonationalprodukt jeder Region wird in 5 Sektoren der Entstehungsseite unterteilt, nämlich in Ernährung, Wohnen, Bildung, Konsum und Investitionsgüter. Zusätzlich zu den Outputvariablen dieser Sektoren existiert ein System relativer Preise in der Prognosephase 1960 bis 1980. Dadurch wird der Übergang vom monetären zum Realsystem möglich. Ab 1980 wird das Modell als Optimierungsmodell verwendet. Die Zielfunktion enthält im wesentlichen die Lebenserwartung als zu optimierende Größe. Zugleich spielen auch Variablen, die die Erfüllung der Grundbedürfnisse anzeigen, in dieser Zielfunktion eine Rolle. Durch die Angabe einer Reihe von Nebenbedingungen wird die mathematische Formulierung des Optimierungsmodells abgeschlossen:

1. Die landwirtschaftliche Bevölkerung verhält sich monoton nicht wachsend.

2. Im Wohnungssektor sind höchstens 8‰ der Arbeitskräfte beschäftigt.
3. Die täglichen Pro-Kopf-Kalorien sind auf 3000 beschränkt.
4. Der Konsumsektor darf 42% des BNP nicht überschreiten.

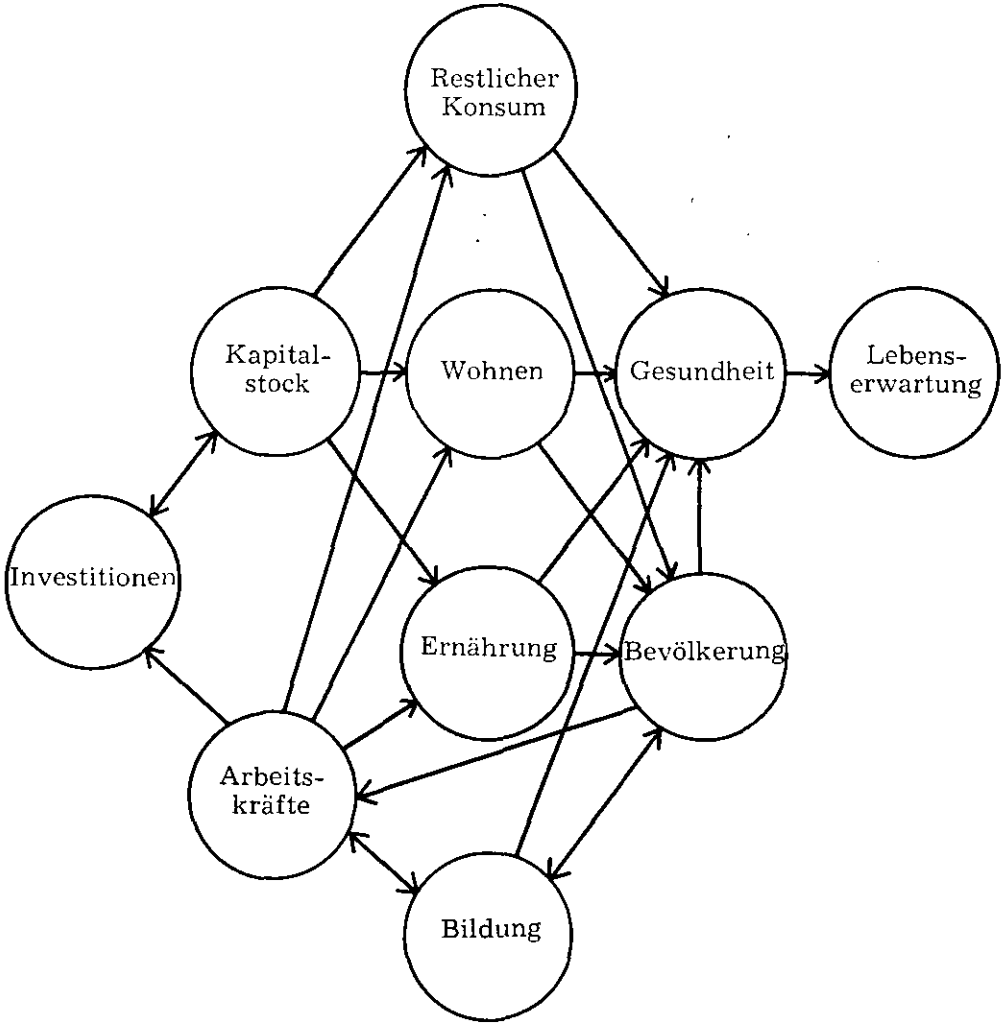

Abb. 4

5. Der Bildungssektor darf höchstens um 10% pro Jahr wachsen.
6. Die Lebenserwartung ist monoton nicht fallend.
7. Die Verteilungsänderung der Beschäftigtenstruktur darf 2% pro Jahr nicht übersteigen.
8. Für die Kapitalstruktur gelten 6% pro Jahr und für die relativen Preise 1% pro Jahr.

DAS DEMOGRAPHISCHE MODELL:

Das hier beschriebene ökonomische Modell ist mit einem Bevölkerungsmodell verbunden, das aus einem simultanen linearen Gleichungssystem von 8 Gleichungen besteht, und es erlaubt, daraus die Bildungsrate, die Geburten- und Todesrate sowie sonstige Bevölkerungsrelationen und die Lebenserwartung abzuleiten. In die Lebenserwartung gehen das BNP, die Bildungsrate, die Wohnungsrate und die Bevölkerungszahl des sekundären Sektors in einer linearen Funktion positiv, die Bevölkerung in der Landwirtschaft dagegen negativ ein.

Interessant zu bemerken ist, daß weder die Zahl der Ärzte noch der Spitalsbetten in das Modell aufgenommen wurde, mit der Begründung, daß diese Variablen statistisch nicht relevant seien. Dagegen erwiesen sich die allgemeinen Lebensbedingungen als effizienter in der Erklärung der Lebenserwartung.

DER ERNÄHRUNGSSEKTOR:

Nach FAO-Schätzungen ist die gegenwärtige Nahrungsmittelproduktion praktisch groß genug, die Weltbevölkerung zu ernähren. Jedoch existieren große Unterschiede in der Produktionskapazität und in der Kaufkraft in den verschiedenen Regionen. So exportieren Länder mit unterernährter Bevölkerung in reiche Länder Nahrungsmittel, wobei z. B. der von Entwicklungsländern exportierte Fisch zu einem hohen

Prozentsatz in den entwickelten Ländern als Tierfutter verwendet wird. Außerdem ist der Verlust an Nahrungsmitteln durch unzureichenden Transport und mangelhafte Lagerung gerade in armen Ländern mit 30% wesentlich höher als in reichen Ländern (10%). Auch hier scheinen offenkundig keine physischen Grenzen vorzuliegen; so wird nur 43% des gesamten möglichen Ackerlandes tatsächlich genützt. Außerdem ist in den entwickelten Ländern die Produktivität wesentlich (bis zu viermal) höher als in den Entwicklungsländern; Überschüsse werden vernichtet.

Das mathematische Modell weist sowohl die pflanzliche wie die tierische Nahrungsmittelproduktion des Agrarsektors als auch die Fischerei getrennt aus. Das Düngerproblem, die Produktivität, das zur Verfügung stehende Land, seine Erschließung und seine Erosion sind im Modell berücksichtigt. Aufgrund einer Ernteanalyse von 10 Ländern wurde der maximale Output pro Hektar mit 4 bis 5 Tonnen errechnet, wobei 140 kg Düngemittel verwendet wurden. Dies erscheint relativ niedrig, wenn man z. B. mit den Niederlanden vergleicht, wo, mit 680 kg Dünger, 13 Tonnen pro Hektar erzielt werden.

WOHNEN, URBANISIERUNG UND ERZIEHUNG:

Nach Schätzungen der UNO ist damit zu rechnen, daß sich bis zum Jahr 2000 zwei Drittel des Bevölkerungszuwachses in Städten niederlassen werden. Das bedeutet in vielen Ländern ein Abwandern der ländlichen Bevölkerung aus Gebieten niedriger Produktivität in die Industriezentren der Städte. Im Modell wird daher angenommen, daß jede weitere zu bauende Wohneinheit als städtische angesehen, die Urbanisierung also durch jede neugebaute Wohneinheit weiter vorangetrieben wird. Derzeit beträgt das Wohnungsdefizit in Südamerika und Afrika ca. 50%, in Asien sogar 55% (1970). Das heißt, mehr als die Hälfte der Einwohner dieser Kontinente leben in unzureichenden Wohnverhältnissen. Dabei ist für Europa und die

USA schon völlige Bedarfsdeckung angenommen (auf der Basis von 3'6 Milliarden Erdbevölkerung 1970).

Das Bildungssystem wird durch permanente Bildung charakterisiert, wobei in der Studie nur die organisierte, bewußte und freiwillige Form des Lernens behandelt wird. Für die gesamte Bevölkerung wird eine Grundausbildung von 12 Jahren vorgesehen, die durch eine permanente Weiterbildung von insgesamt 3 Jahren (30 Module à 6 Wochen) ergänzt wird. Höhere Bildung wird bei 2%, mittlere Bildung bei 7% der Bevölkerung angenommen.

ROHSTOFFE, ENERGIE UND UMWELT:

Allein bei Berücksichtigung der dünnen Erdkruste, die den Menschen jetzt schon zugänglich ist, ergeben sich praktisch unerschöpfliche Ressourcen an allen Metallen und Mineralien, die die Menschheit benötigt. Es wird jedoch nur ein kleiner Bruchteil als Ressourcen betrachtet und tatsächlich ausgebeutet. Der Grund dafür ist leicht einzusehen: Ein Rohstoff ist nur dann eine Ressource, wenn er unter den gegenwärtigen technischen Bedingungen ökonomisch tragbar abgebaut werden kann. Das heißt, eine Angabe des Ausmaßes der maximal der Menschheit zur Verfügung stehenden Bodenschätze ist ein grundsätzlich unmögliches Unterfangen, da die Bedingungen des technischen Fortschritts und die ökonomische Situation nicht vorhergesehen werden können.

Bei Energieträgern, wie Erdöl und Erdgas, ist mit einer Erschöpfung bei einem weiteren Verbrauchswachstum von etwa 8% in 100 Jahren zu rechnen (nicht wie nach Meadows in rd. 20 Jahren). Die tatsächliche Verfügbarkeit von Öl und Gas wird wesentlich von der künftigen Substitutionsrate abhängen. Aber selbst bei einer Verarbeitung von Bitumenablagerungen ist ein Ende der Kohlewasserstoff-Energiereserven in 150 Jahren anzusetzen. Kohle dürfte, bei 2 bis 4%iger Verbrauchswachstumsrate, noch etwa 400 Jahre reichen. Kernbrennstoff würde bei Benutzung von neueren Technologien

praktisch unbegrenzt vorhanden sein. Uraniumoxyd könnte aus Felsen, ja aus Meerwasser gewonnen werden. Mit der kommerziellen Nutzung der Kernverschmelzung wäre das Energieproblem überhaupt gelöst. Herrera führt bezüglich der — vor allem durch Wärme — entstehenden Umweltbelastungen an, daß bei einer Verdoppelung der Erdbevölkerung und bei einem Energieverbrauch pro Kopf, der zweimal so groß ist wie 1970 in den USA, die Veränderung der Durchschnittstemperatur nur ± 0·5° betragen würde, was innerhalb der üblichen in der nördlichen Hemisphäre von Natur aus vorkommenden Schwankungen liegen dürfte. Für die uns geläufige Umweltverschmutzung an Gasen und Wasserverunreinigung ergibt die Studie ein optimistisches Bild. So können alle gesetzlichen Standards mit einem Aufwand von nur 2·5% des BNP (USA 1980) unterschritten werden. Strahlungsschäden, Insektenschutzmittel und Schwermetalle als Vergiftungsursachen werden dabei, genauso wie feste Rückstände, aus der Betrachtung ausgeklammert.

ERGEBNISSE DER MODELLBERECHNUNGEN:

Wie sehen nun die Resultate des mathematischen Modells aus? In den entwickelten Ländern ist, wie zu erwarten, die Befriedigung aller Grundbedürfnisse schon in den ersten Jahren nach Beginn der Optimierung erreicht. In Lateinamerika können die Grundbedürfnisse nach rd. 40 Jahren befriedigt werden, wobei Ernährung, Gesundheit und Bildung schon früher auf einen adäquaten Standard gebracht wären. Die Bevölkerung Lateinamerikas, die derzeit mit 2·52% (1970) wächst, wäre im Jahr 2020 auf einem Durchschnittswert von nur 1% Wachstum pro Jahr. Wenige Jahre später fällt sie dann auf 0·61% und bleibt danach konstant. Die Geburtenrate fällt von 37·5 (1970) auf 26·8 (2000) und auf 13·8 (2024), um danach etwa konstant zu bleiben. Die Kindersterblichkeit (68 im Jahr 1970) erreicht um 2000 den Wert 30·4, der dem Wert der entwickelten Welt sehr nahe kommen würde. Die Durchrechnung zeigt, daß

sowohl das Bevölkerungswachstum wie auch die Gesundheitsbedingungen durch die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen effektiv kontrolliert werden können. Sind einmal in einer Region die Grundbedürfnisse erfüllt, wird die Wachstumsrate der Wirtschaft reduziert, damit Überkonsum vermieden werden kann. Im Modell ist für die entwickelten Länder eine Verdoppelung des Konsums in 80 Jahren vorgesehen, ein bescheidenes, aber sozial akzeptierbares Ziel, das mit der Aufrechterhaltung einer vernünftigen ökonomischen Aktivität verträglich ist. Dieselben Annahmen gelten für Lateinamerika nach Erreichen der Basisbedürfnisse — allerdings mit höherer Zuwachsrate —, um die noch bestehenden Ungleichheiten zu korrigieren.

Für Afrika und Asien zeigt sich jedoch, daß diese Regionen in einer vernünftigen Zeitperiode nicht imstande sind, die Grundbedürfnisse zu erfüllen. Obwohl die Wirtschaft beider Regionen zunächst wächst, fallen die Wohlfahrtsindikatoren nach kurzer Zeit wieder ab. Die Kosten zur Kultivierung weiteren Ackerlandes werden zu groß und die Wirtschaft kollabiert.

Um zu sehen, ob durch Entwicklungshilfe der Zone 1 an Afrika und Asien eine geänderte Situation entstehen kann, wurden weitere Rechnungen durchgeführt. Dabei wurden folgende Annahmen getroffen:

1. Die Entwicklungshilfe besteht aus einem Nettotransfer, die Zusammensetzung der Hilfe ist nicht spezifiziert.
2. Die Höhe der Hilfe übersteigt nicht 2% des BNP der entwickelten Länder.
3. Der Anteil der Hilfe ist der Bevölkerung direkt, der Lebenserwartung dagegen indirekt proportional.
4. Das Hilfsprogramm beginnt 1980 mit 0'2% des BNP und erreicht 1990 2% des BNP.

Mit diesen Maßnahmen würde Afrika seine Grundbedürfnisse in ca. 65 Jahren, Asien die seinen in ca. 57 Jahren sättigen können.

Die demographische Entwicklung sieht wie folgt aus:

Wachstum für	*Afrika*	*Asien*
1960	2·91%	2·8 %
2000	2·09%	1·83%
ab 2026	0·54%	
ab 2052		0·46%

Herrera schließt seine Studie mit dem Satz, daß dieser Rechengang eine klare Demonstration des Einflusses des Lebensstandards auf die Bevölkerungsentwicklung sei. Ferner werde gezeigt, daß eine Entwicklungshilfe in der halben Höhe der Rüstungsausgaben mehr als die Hälfte der Menschheit von ihrem gegenwärtigen Elend erlösen könnte.

Trotz der wissenschaftlich sehr interessanten Arbeit sollen die kritischen Stimmen, die dieses Modell gefunden hat, nicht verschwiegen werden. Wohl kann das Modell als abstraktes Beweismittel für das theoretische Vorhandensein ökonomischen Potentials der Lateinamerikanischen Länder eingesetzt werden, leider wird jedoch der Übergang zu den im Modell getroffenen Voraussetzungen auf nur 3 Seiten abgehandelt. Die Forderungen und a priori getroffenen Annahmen, die vor allem aus der Negation aller Mißstände zustande gekommen sein dürften — ohne tiefergehende politökonomische Analyse — sollen hier in Form eines Zitats wiedergegeben werden.

„Als alternatives Modell wird hier ein Modell einer sozialistischen, demokratischen, auf vollständiger Partizipation beruhenden 'Self-managed'- und 'Self-governed'-Gesellschaft vorgeschlagen, die aus freien, gleichen, schöpferischen und verantwortungsvollen Menschen zusammengesetzt ist. Wir sprechen von einer sozialistischen Gesellschaft, wobei wir das Risiko auf uns nehmen, einen Ausdruck mit variabler und widersprüchlicher Bedeutung zu verwenden. Es wird ein System vorgeschlagen, in dem direkte Demokratie auf unmittelbaren und begrenzten Management-Niveaus und repräsentative Demokratie für sehr allgemeine und vermittelte Probleme angewendet wird . . .

. . . Der Wert des sozialistischen Konzepts als Vorschlag für eine neue Gesellschaftsordnung wird so reich und fruchtbar sein, wie freie Menschen es wünschen."

Oder an anderer Stelle:

„Die Menschen sind nicht länger amorphe Objekte, Spielzeuge und Werkzeuge des Geschichtsprozesses und anderer Menschen, sondern werden Subjekte, die an der Gesamtheit von Rationalität, Freiheit, Spontaneität, Gleichheit und Verantwortlichkeit Anteil haben. Die Gesellschaft basiert auf den Rechten jeder Person auf Anerkennung und Entwicklung ihrer fundamentalen Fähigkeiten an Vernunft, Autonomie, Verschiedenheit, Kreativität und freier Aktualisierung ihrer Bedürfnisse und Möglichkeiten innerhalb der Gemeinschaft."

Mir drängt sich hier die Frage auf, ob das berechtigte Wunschdenken, das einen paradiesischen Zustand herbeisehnt, nicht durch eine weitergehende umfassende Analyse der revolutionären Kräfte und Möglichkeiten auf den Boden der Realität gestellt werden müßte, damit sich nicht durch die geschichtliche Entwicklung alle hier formulierten Sehnsüchte vorläufig als Illusion herausstellen — wie es durch die historische Entwicklung schon mehrfach leidvoll demonstriert wurde.

Diskussion der Weltmodelle

Prof. Dr. Gerhart Bruckmann

Leiter des Instituts für Statistik
Universität Wien

Prof. Dkfm. Hans Seidel

Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung

Prof. Bruckmann:

Um in meinem Diskussionsbeitrag nicht ins uferlose zu kommen, möchte ich mich darauf beschränken, die von Herrn Dr. Fleissner vorgestellten drei Weltmodelle vornehmlich nur im Lichte des Generalthemas dieser Tagung zu diskutieren.

Was die Forrester-Meadows-Modelle betrifft (World 2 und World 3), haben sich viele Dutzende Arbeiten mit ihnen kritisch auseinandergesetzt; da ich oft als uneingeschränkter Meadows-Apostel angesehen werde, möchte ich vollständigkeitshalber darauf hinweisen, daß ich bereits im Dezember 1971 in einem Vortrag vor der Österreichischen Akademie der Wissenschaften kritisch zu World 2 Stellung genommen habe.

Aus der Fülle dieser kritischen Arbeiten möchte ich nur jene herausgreifen, die aufgezeigt haben, daß eine ganz geringfügige (und durchaus sinnvolle) Änderung einzelner Beziehungen im System genügt, um bereits zu bewirken, daß es zu keinem „Zusammenbruch" der Menschheit innerhalb der

nächsten 100 Jahre kommt. Die daraus zu ziehende Schlußfolgerung liegt m. E. auf der Hand: Weder ist es Forrester/Meadows gelungen zu *beweisen,* daß die Menschheit moribund sei, noch aber kann umgekehrt aus den kritischen Arbeiten abgeleitet werden, daß der Menschheit eine sorglose Zukunft beschert sei! Immerhin konnten die Modelle mit einiger Deutlichkeit aufzeigen, daß eine unkontrollierte weitere Steigerung von Rohstoffverbrauch und Umweltvergiftung zu langfristig schwerwiegenden Folgeerscheinungen ökologischer, ökonomischer und politischer Art führen *kann.* Ferner konnten die Modelle aufzeigen, daß eine weltweite Bevölkerungspolitik allein keineswegs zur Problemlösung ausreicht; schon Barry Commoner hatte darauf hingewiesen, daß die Zunahme der Inanspruchnahme von Umwelt nur zu einem Sechstel dem Bevölkerungswachstum angelastet werden kann, zu fünf Sechsteln jedoch der zunehmenden Inanspruchnahme pro Kopf.

Was das Pestel-Mesarovic-Modell und das Modell der Fundacion Bariloche betrifft, so berührt es mich eigenartig, daß wir uns heute hier in demselben Raum befinden, in dem diese beiden Modelle — in zwei vom IIASA veranstalteten Weltkonferenzen — der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Das Modell von Pestel-Mesarovic ist, wie Dr. Fleissner bereits ausgeführt hat, rechnerisch außerordentlich aufwendig und daher kaum mehr operational. Die verbale Hauptaussage des Buches „Menschheit am Wendepunkt" ist, daß das Ernährungsproblem als das Hauptproblem der Menschheit angesehen werden müsse und daß jedwede Verzögerung in der Einleitung entsprechender Maßnahmen zu schwerwiegenden Folgen führt. Dieses Modell führte insofern zur selben Schlußfolgerung wie das Forrester/Meadows-Modell, als es ebenfalls zum Ausdruck brachte, daß der Menschheit größte Gefahren drohen, wenn nicht ehestens globale Steuerungsmechanismen in Gang gesetzt werden.

Das Modell der Fundacion Bariloche ist von den drei Genannten das methodisch vielleicht interessanteste, läßt aber keine unmittelbare Anwendung für Industrienationen zu.

In einer Hinsicht ist es gut, daß die Diskussion der Weltmodelle an den Beginn dieser Tagung gestellt wurde. Dadurch wird es nämlich möglich, die grundsätzliche Frage zu stellen, ob nun Wachstumsverlangsamung etwas Schreckliches sei, ein Phänomen, dem wir versuchen sollten, mit allen Mitteln auszuweichen, um so billig wie möglich davonzukommen, oder ob nicht Wachstumsverlangsamung als Anzeichen eines Überganges zweier ökonomischer Epochen mit verschiedenen ökonomischen Zielkomplexen gesehen werden müsse, so daß unter Umständen Wachstums*verlagerung* bewußt angesteuert werden könnte.

Lassen Sie mich die grundsätzliche Weltproblematik, so wie ich sie aufgrund der drei genannten Weltmodelle und zahlreicher anderer Publikationen sehe, skizzieren:

Ein Hauptproblem sehe ich in dem zu erwartenden immer stärkeren Auseinanderlaufen der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und der Nachfrage nach Nahrungsmitteln; m. a. W. fürchte ich, daß die Produktion von Nahrungsmitteln in den nächsten 15 Jahren mit dem Bevölkerungswachstum nicht wird Schritt halten können. Dies könnte nicht nur zu Hungersnöten unvorstellbaren Ausmaßes, sondern auch, wie Heilbroner und andere ausgeführt haben, zu nuklearer Erpressung führen.

Hingegen sehe ich kein Hauptproblem in der zu erwartenden Verknappung anderer Ressourcen (außer Nahrungsmitteln). Diese wird teilweise durch Substitutionsprodukte aufgefangen werden, teilweise wird der Ausgleich über den Preis erfolgen, d. h. es werden bestimmte Güter in Hinkunft eben eventuell nicht mehr für jedermann erschwinglich sein. Ein Problem besteht hier allerdings darin, daß sich die Menschheit u. U. aus Angst vor einem Engpaß verfrüht in Abhängigkeit von noch unausgereiften Technologien begibt (Kernenergie).

Neben dem Nahrungsmittelproblem sehe ich das zweite Hauptproblem der Menschheit in der Zunahme der Umweltvergiftung, wie sie sich vornehmlich in der immer stärker werdenden Möglichkeit eines nahen Ausfalls der Meere als Nahrungsmittel- und Sauerstofflieferant niederschlägt.

Daß weiteres beliebiges Wirtschaftswachstum wünschenswert sei oder daß eine rasch wachsende Wirtschaft weniger Probleme aufwirft als eine langsamer wachsende Wirtschaft, sei keineswegs bestritten. Andererseits aber steht ziemlich fest, daß wir besser daran wären, wenn wir uns zu einem vorsichtigeren Umgang mit dem natürlichen Habitat entschließen könnten, auf das der Mensch als Säugetier letztlich angewiesen ist. Anders ausgedrückt: Die eigentliche Frage ist, ob durch ein unüberlegt generelles weiteres Wachstum nicht längerfristig viel größere Probleme entstehen könnten, als jene Probleme es sind, denen durch dieses Wachstum kurzfristig ausgewichen werden kann. Um längerfristig „auf der sicheren Seite" zu sein, wäre daher dringend nachzudenken, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Bahnen gelenkt werden könnte, die weniger umweltbelastend sind.

Die Wirtschaftswissenschaften können hiezu nach ihrem gegenwärtigen Stand erst erste Ansatzpunkte bieten. Nach einem Aufzeigen der Problematik (durch Kapp, Mishan, Frey, Binswanger u. a. m.) haben insbesondere Kenneth Boulding und E. F. Schumacher Ansätze zu einem neuen ökonomischen Denken skizziert, in dem eine Steigerung des Sozialprodukts nicht mehr als vornehmlichster Wohlstandsindikator angesehen wird: Boulding bezeichnete das Sozialprodukt als "throughput", als Durchsatz, quasi als ein notwendiges Übel zur Subsistenzsicherung; Schumacher entwickelte seine "Buddhist Economics", in der der homo oeconomicus bemüht ist, ein ausreichend angenehmes Leben mit minimalem Input an Arbeit und Material zu sichern.

Was den Übergang vom gegenwärtigen zu einem neuen Wirtschaftssystem betrifft, das mit dem natürlichen Habitat des Menschen etwas haushälterischer umgeht, können einige wenige Zielrichtungen etwa wie folgt skizziert werden:

1. *Übergang zu umweltschonenderen Technologien*

   Hier sind die Gedanken von Sicco Mansholt, wie er sie in seinem Brief an Malfatti (Anfang 1972) expliziert hat,

nach wie vor gültig. Bei Abschreibungssätzen, die investiertes Realkapital innerhalb von 10 Jahren amortisieren, wäre demnach — durch eine Änderung des staatlichen Rahmens an Vorschriften, Steuern und Subventionen — ein Übergang von bestimmten umweltbeanspruchenden Technologien zu bestimmten anderen, umweltschonenderen Technologien innerhalb von 10 Jahren möglich. Die Größenordnung, um die es hiebei geht, ist durchaus diskutabel: Nach den besten, unabhängig voneinander erstellten Schätzungen würden zwei Prozent des Bruttosozialprodukts zur Beseitigung der wichtigsten, bereits eingetretenen Umweltschäden genügen, weitere zwei Prozent würde die Verteuerung der Produktionsprozesse beim Übergang von umweltbeanspruchenden zu umweltschonenden Technologien kosten.

2. *Übergang zu längerlebigen Konsumgütern*

In diesem Zusammenhang darf ich auf mein — bisher unwidersprochen gebliebenes — durchgerechnetes Beispiel verweisen, das ich vor einiger Zeit veröffentlicht habe[1]). Hier wird anhand von konkreten Auflagenziffern, Preisen, Material- und Arbeitskosten sowie Unternehmergewinnen die Annahme getroffen, daß ein Möbelfabrikant von der Herstellung von Serienmöbeln zu Qualitätsmöbeln übergeht. Es ergeben sich dabei trotz verkürzter Arbeitszeit höhere Verdienste und Unternehmergewinne. Bei höherer Nutzenstiftung der Qualitätsprodukte ist außerdem der Verschleiß von Rohstoffen und Energie beträchtlich geringer. Dieses Beispiel steht stellvertretend für eine Umweltpolitik, bei der durch eine systematische Forcierung der Längerlebigkeit von Produkten in einer Weise, die durchaus mit den gegenwärtigen Wirtschaftssystemen verträglich ist, der materielle Nutzen erhöht und gleichzeitig der mengenmäßige Konsum verringert sowie die Arbeitszeit verkürzt werden kann.

---

1) „Grenzen welchen Wachstums?", in: Wirtschaftspolitische Blätter, Nr. 5/1973.

3. *Verlagerung zum Tertiärsektor*

Die ohnehin seit Jahren beobachtbare Verlagerung vom Primärsektor über den Sekundärsektor zum Tertiärsektor könnte durch entsprechende Maßnahmen noch forciert werden (Materialverbrauchssteuer, gespaltene Tarife etc.). Eine Verteuerung von materiellen Gütern zugunsten einer Verbilligung von Dienstleistungen ist angesichts des heute bereits erreichten materiellen Konsumniveaus nicht nur möglich, sondern durchaus auch zumutbar. So, wie das vergangene Jahrhundert zur Glorifizierung des Primärsektors geneigt hat, neigen wir heute zu einer Glorifizierung des Sekundärsektors. Wenn sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich Sekundärsektor und Tertiärsektor jedoch als Einheit gesehen werden, kann eine Verschiebung vom Sekundär- zum Tertiärsektor entkrampfter gesehen werden.

Selbstredend werfen alle diese Vorschläge gewisse Probleme auf und selbstredend ist es ein leichtes aufzuzeigen, wo überall Widerstände zu erwarten sein werden. Vor diesen Widerständen zu resignieren und die Dinge einfach weiterlaufen zu lassen, hieße aber doch, jenes bißchen an Information, das uns die Weltmodelle geliefert haben, auch noch zu verschenken: Große Probleme lassen sich sicherlich nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß man unter Hinweis auf kleinere Probleme vor den großen Problemen die Augen verschließt.

Prof. Seidel:

Meine beiden Vorredner haben in verschiedener Hinsicht Kritik an den Weltmodellen geübt:

- Die Autoren des 2. Berichts an den Club of Rome mißbrauchen die Wissenschaftsgläubigkeit vieler Menschen, indem sie suggerieren, ein Modell mit 100.000 Gleichungen

sei ein gutes Modell, das die Wirklichkeit angemessen abbildet. Tatsächlich ist das komplexe Modell gar nicht gelaufen.

- Die Ergebnisse der Weltmodelle hängen von den Annahmen ab, die ihnen zugrunde liegen. Wählt man andere Annahmen, die zumindest ebenso plausibel erscheinen, dann kommt man zu anderen Ergebnissen.
- Die Menschheit wird künftig voraussichtlich weniger mit technisch-naturwissenschaftlichen Problemen als mit gesellschaftspolitischen Problemen konfrontiert sein.

Mein Diskussionsbeitrag, der ursprünglich als eine Art „Gegenreferat" gedacht war, erweitert die Liste der kritischen Argumente. Er befaßt sich mit 4 Hauptthesen der Weltmodelle, mit denen sich vor allem die Nationalökonomen in der Diskussion für und gegen das Wirtschaftswachstum auseinandergesetzt haben[1]):

1. These:

Die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern hat bisher, unterstützt durch den fachmännischen Rat der Nationalökonomen, ein maximales oder ungehemmtes Wirtschaftswachstum angestrebt. Die Fortsetzung des exponentiellen Wirtschaftswachstums in der bisherigen Stärke muß früher oder später zu einer weltweiten Katastrophe führen. Als Gegenkonzept wird Null-Wachstum als ein weltweiter Gleichgewichtszustand oder zumindest ein „organisches" Wachstum, worunter offenbar ein Wachstum mit geringeren Raten gemeint ist, empfohlen.

---

1) Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die beiden ersten Berichte an den Club of Rome: D. Meadows et al. „Die Grenzen des Wachstums", Stuttgart 1972; M. Mesarovic und E. Pestel „Menschheit am Wendepunkt", Stuttgart 1974.

Zur Kritik der Nationalökonomen an den Weltmodellen siehe insbesondere: A. Weintraub et al. "The Economic Growth Controversy", New York 1973; W. Beckerman "In Defence of Economic Growth", London 1974. Viele Argumente wurden bereits Mitte der fünfziger Jahre von W. A. Lewis ("The Theory of Economic Growth", London 1955) vorweggenommen.

Kommentar:

Es ist eine Unterstellung, daß Wirtschaftspolitiker oder Wirtschaftswissenschaftler jemals maximales Wirtschaftswachstum gefordert hätten (z. B. Arbeitsleistungen bis zur geistigen und körperlichen Erschöpfung der Menschen oder Drückung des Konsums auf das Existenzminimum zwecks Erzielung einer größtmöglichen Investitionsquote). Wirtschaftswachstum war und ist vielmehr nur eines von mehreren wirtschaftspolitischen Zielen; es handelt sich um eine Optimierungsaufgabe unter bestimmten Randbedingungen. Oder einfacher ausgedrückt: Wirtschaftswachstum kostet etwas und jede Gesellschaft muß seine Vor- und Nachteile abwägen.

Die Nationalökonomen lehnen es im allgemeinen ab, Prognosen darüber anzustellen, ob und mit welcher Rate die Wirtschaft der heutigen Industrieländer in 100 Jahren noch wachsen wird.

Die meisten bezeichnen jedoch die Kurvenverläufe, die von den Erbauern der Weltmodelle mit Hilfe systemdynamischer Ansätze entwickelt werden, als höchst unwahrscheinlich. Viel plausibler als die extreme und daher spektakuläre Perspektive, daß eine mit großer Geschwindigkeit expandierende Wirtschaft einmal und dann plötzlich an Materialbarrieren stoßen wird, erscheint die Annahme, daß selbst bei ausreichenden natürlichen Ressourcen das Wirtschaftswachstum allmählich geringer wird, weil mit zunehmender Sättigung des Bedarfs an materiellen Gütern Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen, die nur beschränkt rationalisierbar sind, weil andere menschliche Ziele als materieller Wohlstand wichtiger werden und weil bisher freie Güter zu knappen Gütern werden, deren Bereitstellung Kosten verursacht.

2. These:

Die Erde gleicht einem Raumschiff mit beschränkten Ressourcen; durch Wachstumsverzicht kann die Erschöpfung nicht erneuerungsfähiger Ressourcen vermieden werden.

Kommentar:

Hier liegt eine Verwechslung von Niveaugrößen und Veränderungsraten vor. Wenn die Menschheit, um leben zu können, im echten Sinn nicht erneuerungsfähige Ressourcen verbraucht, dann gehen diese Vorräte einmal zur Neige. Durch Null-Wachstum läßt sich der Zusammenbruch nur aufschieben, aber nicht vermeiden.

Die in den Weltmodellen entwickelten Zielvorstellungen (weltweites Gleichgewicht, organisches Wachstum) sind logisch nur mit der Annahme vereinbar, daß die natürlichen Ressourcen der Erde nicht absolut, sondern nur relativ begrenzt sind: Zu jedem Zeitpunkt gibt es eine Produktionskapazität, die u. a. durch den Bestand an Realkapital, die Zahl der Arbeitskräfte, das technisch-organisatorische Wissen und die bekannten und abbauwürdigen Reserven an mineralischen Rohstoffen und Energie bestimmt wird. Diese Größen sind jedoch nicht starr, sondern werden durch Aufschließungsarbeiten und neue Technologien immer weiter hinausgeschoben.

Das schließt nicht aus, daß die Weltwirtschaft bei zu rasch steigendem Verbrauch zeitweilig durch die Knappheit bestimmter Rohstoffe beeinträchtigt wird oder daß durch „Raubbau" bestimmte natürliche Produktionsgrundlagen zerstört werden. In dieser verfeinerten Form ist die These von der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen unbestritten; sie schien jedoch den Erbauern der Weltmodelle zu wenig zugkräftig und wurde daher durch die „Raumschiff-Konzeption" ersetzt.

Zur Klärung der empirischen Frage, wie lange bestimmte mineralische Rohstoffe oder fossile Brennstoffe noch reichen werden, können die Wirtschaftswissenschaftler unmittelbar wenig beitragen. Sie können nur darauf hinweisen, daß die Realpreise der meisten Metalle in den letzten 100 Jahren ziemlich konstant geblieben sind, obschon zunehmend Erze von geringerem Metallgehalt ausgebeutet wurden; daß die Reichweite der nachgewiesenen Reserven wenig aussagt, weil es sich nicht lohnt, Lagerstätten ausfindig zu machen, die erst

in ferner Zukunft benötigt werden; und daß nach Auskunft der Geologen die Erdkruste außerordentlich große Mengen an Metallen enthält, wenngleich in relativ geringer Konzentration. Nicht minder wichtig ist folgende Überlegung: Wenn bestimmte Rohstoffe nicht plötzlich, sondern allmählich zur Neige gehen, dann verfügt das ökonomische System über eine Vielzahl von Anpassungsmechanismen, wie Entwicklung von Substitutionsprodukten, Recycling usw.

3. These:

Das Wirtschaftswachstum hat nachteilige Folgewirkungen, die sich erst allmählich einstellen, nach 50 oder 100 Jahren jedoch zu weltweiten Katastrophen führen. Diese Langzeitwirkungen entziehen sich nicht nur der unmittelbaren Erfahrung, sondern lassen sich auch durch komplizierte Techniken der empirischen Wissenschaften (z. B. mit Hilfe der Ökonometrie) nicht hinreichend erfassen. Es kommt daher zu einem „Überschießen"; d. h. das System erreicht zeitweise Niveaus (z. B. der Bevölkerung oder der Produktion), die auf die Dauer nicht gehalten werden können. Um solche künftige Katastrophen zu vermeiden, solle die Menschheit bereits jetzt auf ein an sich noch durchaus mögliches und wünschenswertes Wirtschaftswachstum verzichten.

Kommentar:

Die Behauptung der Weltmodell-Bastler, daß es mit Hilfe von systemdynamischen Ansätzen möglich sei, das Verhalten komplexer Systeme über 100 Jahre und mehr wirklichkeitsgetreu zu simulieren, ist mehr als kühn. Die Ökonomen sind nicht einmal imstande, für praktische Zwecke hinreichend genaue kurzfristige Prognosen zu erstellen, obschon sie über relativ gute Statistiken verfügen und reichliche Erfahrung im Testen von Hypothesen haben.

Die Zukunft wird immer unsicher und mit wissenschaftlichen Methoden nur teilweise zu entschleiern sein. Man kann

nur hoffen, daß Instinkt und Phantasie die Menschheit davor bewahren, wirklich irreparable Fehler zu begehen. Im übrigen bleibt keine andere Wahl, als schrittweise und pragmatisch vorzugehen, wobei Erwartungen und Maßnahmen durch die Erfahrung kontrolliert und modifiziert werden. Diese Vorgangsweise ist freilich nur möglich, wenn Ursache und Wirkung erfaßbar sind und zeitlich nicht allzuweit auseinanderfallen; oder mit anderen Worten: wenn das Weltsystem anders beschaffen ist, als die Weltmodelle unterstellen.

4. These:

Um bestimmte nachteilige Erscheinungen zu vermeiden, die mit dem Wirtschaftswachstum herkömmlicherweise einhergehen, ist es notwendig, das Wirtschaftswachstum zu drosseln.

Kommentar:

Diese Schlußfolgerung leuchtet nicht ein. Wenn Wirtschaftswachstum an sich wünschenswert und Umweltverschmutzung an sich unerwünscht ist, dann liegt es nahe, die Umweltverschmutzung unmittelbar zu bekämpfen. Das schließt nicht aus, daß das Wirtschaftswachstum im herkömmlichen Sinn geringer wird, wenn Arbeitskräfte und Kapital dazu verwendet werden, knappe Umweltgüter zu „produzieren". Es hieße jedoch, „das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen", wenn man die Umweltprobleme primär durch Drosselung des Wirtschaftswachstums zu lösen versuchte. Das gilt um so mehr, als die Belastung der Umwelt mit gasförmigen, festen und flüssigen Schadstoffen schon beim gegenwärtigen Produktionsniveau in vielen Fällen relativ hoch und in manchen Fällen auf die Dauer unerträglich ist.

Es scheint einer der Hauptmängel der Weltmodelle zu sein, daß sie nur ein Wirtschaftswachstum in vorgegebenen Strukturen kennen und daher von vornherein die Möglichkeit ausschließen, daß sich Produktionstechnik und Verbrauch zumindest auf mittlere und längere Sicht geänderten Knappheits-

verhältnissen und Bedürfnissen anpassen. Wenn es nur ein „schmutziges" und kein „sauberes" Wirtschaftswachstum gibt oder wenn der gesamtwirtschaftliche Energiekoeffizient eine unveränderliche Konstante ist, dann lassen sich eben Knappheitsprobleme nicht durch eine Neu-Allokation der Ressourcen, sondern nur durch eine Wachstumsdrosselung lösen.

Anschließend bietet sich folgende *Zusammenfassung* an: Das kräftige und geschichtlich einmalige Wirtschaftswachstum hat den Menschen der Industrieländer wichtige Vorteile gebracht: die Überwindung der Armut, mehr Freizeit sowie die Entwicklung eines Erziehungs- und Gesundheitssystems, das bei niedrigem Entwicklungsstand der Produktivkräfte undenkbar gewesen wäre. Das Wirtschaftswachstum hat jedoch nicht alle Probleme gelöst (wie manche Optimisten hofften), und es hat neue Probleme geschaffen.

Daraus ergeben sich wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgaben von großer Dringlichkeit, die jedoch in den bestehenden sozio-ökonomischen Systemen (ohne grundlegende Änderung der menschlichen Verhaltensweisen und der Institutionen) lösbar sind, wenn sie mit Nachdruck und Überzeugungskraft angegangen werden.
Die wichtigsten Beispiele sind:

1. Die Verringerung der Umweltbelastung durch flüssige, gasförmige und feste Schadstoffe auf ein Maß, das medizinischen und ökologischen Mindestanforderungen entspricht und von der Bevölkerung als eine Verbesserung der Lebensqualität (unter Berücksichtigung der notwendigen materiellen Opfer) empfunden wird.
2. Die Lösung des Verkehrsproblems (insbesondere in den Städten, wo die sozialen Folgekosten des Individualverkehrs seinen individuellen Nutzen zu übersteigen drohen) durch die Entwicklung von Verkehrssystemen mit hoher Verkehrswertigkeit und raumplanerische Maßnahmen, die den Verkehrsbedarf verringern (z. B. Revitalisierung großstädtischer Zentren).

3. Die Entwicklung einer Energiepolitik, die den Verteuerungen und Risken auf den internationalen Energiemärkten Rechnung trägt (durch Erschließung neuer Quellen, Vorratspolitik, Senkung des Energiegehaltes von Produktion und Verbrauch sowie Entwicklung energiesparender Technologien).

Sollten die Berichte an den Club of Rome dazu beitragen, daß diese Probleme erkannt und mit Nachdruck zu lösen versucht werden, dann sind sie trotz aller Mängel nützlich. Zukunftspessimismus und romantische Sehnsucht nach einer einfachen und überschaubaren Welt bieten jedoch keine hinreichenden Grundlagen für praktisches Handeln. Die Gefahr ist vielmehr nicht von der Hand zu weisen, daß sie eine „Traumwelt" schaffen und somit die Lösung akuter und mit dem gegenwärtigen Mittel der Erkenntnis hinreichend erfaßbarer Probleme erschweren.

Jenseits des Wachstums

Prof. Dr. E. F. Schumacher

Intermediate Technology Development Group, London

BERICHT UND GEDANKEN ZUM REFERAT:
DR. HERBERT FUCIK

Aufbruch zu neuen Wegen?

DIE ZEIT BIS 1973

Erdöl- und Energiekrise sowie spürbar gewordene Rohstoffverknappungen haben die Welt vor nicht allzu langer Zeit erstmals aufhorchen lassen. Bis dahin schien sie von einer gewissen Selbstgefälligkeit erfüllt, die von den Zielvorstellungen der modernen Industriegesellschaft geprägt war und eine relative Stabilität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen für die nächste Zukunft zu Recht erwarten ließ. Sprachen doch die Prognosen der sechziger Jahre noch von unermeßlichen Rohölreserven, neuen Erdgasvorkommen und unerschöpflichen Elektrizitätsmengen, die durch den Bau von Atomkraftwerken geschaffen werden könnten. Das Zeitalter der Billigenergie schien damals anzubrechen, und es war daher in Anbetracht derartiger, vielversprechender Zukunftsaussichten nur allzu verständlich, wenn z. B. Bestrebungen zur Einschränkung der plötzlich als unrentabel empfundenen

Kohlenförderung einsetzten; aller unwirtschaftlicher Ballast wurde nach und nach über Bord geworfen, um dem Ballon Wirtschaftswachstum künftig einen stetigen Aufstieg zu sichern. Die Rezession der Jahre 1966/1967 — die erste bedeutende Wachstumsverlangsamung nach Jahren des Wirtschaftswunders insbesondere in Europa — schien die Richtigkeit der gewählten Vorgangsweise ganz und gar zu bestätigen, wurde es doch damals zur Erhaltung der Vollbeschäftigung und zur Absicherung eines gesteigerten Lebensniveaus als notwendig erachtet, alle Anstrengungen auf die Weiterführung des unterbrochenen Industrialisierungsprozesses zu konzentrieren. Die einseitige Zielausrichtung — rascheste Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums — ließ zwangsläufig die Dringlichkeit tiefgreifender gesellschafts- wie verteilungspolitischer Begleitmaßnahmen zunächst in den Hintergrund treten.

Die sich bereits seit dem Jahr 1970 abzeichnende Gefährdung von Lebens- wie Produktionsgrundlagen als Folge ungebremsten Wachstums ist erstmals im Herbst 1973 mit dem Ausbruch der Erdölkrise akut geworden. In den Folgemonaten wurde die Welt mit den für die Weltwirtschaft überaus drastischen Konsequenzen eines totalen bzw. teilweisen Ausfalls von Rohstoffen, insbesondere von Energie, konfrontiert, die uns allen noch in bester Erinnerung sind. Zweifellos hat die Zeit nach dem 6. Oktober 1973, nach Professor Schumacher das entscheidende Jahrtausenddatum für Westeuropa, weltweit deutliche Bewußtseinswandlungen eintreten lassen, die zu einer Aufgeschlossenheit gegenüber systemkritischem Reformdenken geführt haben.

War es noch im Jahr 1969 der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, dem damals schon die Verbesserung des menschlichen Lebensraumes, das Wettrüsten, die zunehmende Umweltverschmutzung, die drohende Bevölkerungsexplosion und mögliche wirtschaftliche Stagnation Kopfzerbrechen bereiteten, und der darauf hinwies, daß der Menschheit nur mehr 10 Jahre zur Problemlösung bei sonstiger Überforderung menschlicher Fähigkeiten zur Verfügung stün-

den, so bekannten sich wenige Jahre später nahezu alle Verantwortlichen dieser Welt zu den neuen Problemstellungen. Mehr als die Hälfte der von U Thant eingeräumten Zeitspanne ist mittlerweile verstrichen, und nach den beiden Besinnungsjahren nach der Erdölkrise bleibt nur mehr wenig Zeit zur Aktion, will man U Thant Glauben schenken.

Dieser, dem ersten Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit vorangestellten Mahnung des ehemaligen Generalsekretärs der UNO an die Welt muß aus heutiger Sicht große Bedeutung und uneingeschränkte Aktualität zugemessen werden. Stimmen, die vor den Ereignissen des Jahres 1973 auf die sich heute abzeichnenden Entwicklungen hingewiesen haben, hatten in Zeiten einer wiederbelebten Konjunktur, wie sie bis 1973 vorherrschend war, nur geringe Chancen auf Beachtung. Aurelio Peccei, der spätere Begründer des Club of Rome, wies auf solche richtungweisende Entwicklungen bereits in seinem — fast müßte man sagen unglücklicherweise — in den Jahren der bereits erwähnten Wachstumsverlangsamung erschienenen Buch "The Chasm ahead" („Eine Kluft steht bevor") hin. Er scheute sich zum damaligen Zeitpunkt nicht, darin die der Menschheit bei weiterem wachstumsorientiertem Verhalten drohenden Gefahren aufzuzeigen. Allerdings blieb es dem Club of Rome vorbehalten, eine entscheidende Bewußtseinsänderung angesichts immer bedrohlicher werdenden Fehlverhaltens in die Wege zu leiten. Wenn auch der Bericht keine Lösungen zur Bewältigung unendlichen Wachstums in einer endlichen Welt aufzeigte, so konnte er doch Denkanstöße liefern, die Politiker wie auch Verfechter industriellen Wachstums, zumindest auf theoretischer Ebene, zu einem Überdenken ihrer bisherigen Auffassungen veranlaßte.

Vielleicht bedurfte es des gewaltsamen Wachrüttelns vom Herbst 1973, um die Diskussion aus dem Bereich der Theorie zu lösen. Angesichts sich drastisch verteuernder Energie bzw. Rohstoffe, gewann die Erarbeitung neuer rohstoffsparender Technologien erhöhte Priorität, durch die in Zukunft die Aufrechterhaltung eines gehobenen Lebensstandards bei gleich-

zeitiger Verringerung des bisherigen, überaus aufwendigen technischen Aufwands möglich sein kann.

Die jüngsten Wirtschaftsprognosen lassen übereinstimmend erkennen, daß die gegenwärtig noch als Annahme angesehene Wachstumsverlangsamung, die sich einerseits als Folge geänderter Produktionsbedingungen, andererseits als unabdingbare Forderung für eine erstrebenswerte Vermenschlichung des Produktionsprozesses darstellt, schon in nächster Zeit Tatsache werden dürfte. Mit der Abkehr vom exponentiellen Wachstumsdenken tritt somit das Streben nach qualifiziertem, von Lebensqualität charakterisiertem Wachstum in den Vordergrund der Betrachtungen. Nicht mehr der wirtschaftliche Aufstieg gilt als wichtigstes Anliegen der Industriegesellschaft, sondern ihr Wunsch nach Sicherheit in allen Lebensbereichen.

TENDENZEN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT

Die Zahl der verfügbaren Weltmodelle hat sich seit 1971 — dem Jahr des vom Club of Rome der Weltöffentlichkeit präsentierten Meadows-Forrester-Modells — entsprechend der den neuen Fragenkomplexen zugemessenen Bedeutung in zunehmendem Maß erhöht. Die Verfeinerung des erwähnten Erstmodells durch Mesarovic und Prof. Pestel von der Universität Hannover, die Weltmodellkritik der Sussex-Gruppe, das im Vorjahr vom Club of Rome vorgelegte Bariloche-Modell sowie das zur Jahresmitte 1975 vom Präsidenten des Club of Rome, Peccei, präsentierte Weltbevölkerungs- und Welternährungsmodell Prof. Linnemanns (Universität Amsterdam) sind nur einige der inzwischen veröffentlichten Folgemodelle, und es sei nur am Rand vermerkt, daß österreichischerseits ähnliche Forschungsaktivitäten bestehen.

So wertvoll die Hinweise auf Gestaltungsmöglichkeiten unserer künftigen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme für den Beginn weltweiter Diskussionen auch waren, muß doch gesagt werden, daß sie keine politisch praktikablen Instrumentarien lieferten.

Wie Prof. Dr. E. F. Schumacher ausführte, sieht er daher seine besondere Aufgabe im Aufzeigen gangbarer Wege, die der Hintanhaltung drohender Fehlentwicklungen im technologischen wie gesellschaftlichen Bereich dienlich sein könnten. Seiner Ansicht nach sind es nämlich nicht die Fehler der Menschen, sondern ihre bisher erzielten Erfolge, welche das auslösende Moment für eine Gefährdung der Welt und ihrer Menschen beinhalten. Das Warten auf die Präsentation annehmbarer Gesamtlösungen für die umfassenden Problemstellungen hat sich bedauerlicherweise als vergeblich erwiesen. Wenn also politische Gremien mangels konkreter Ansatzpunkte fürs erste den Handschuh werfen, muß sich der Appell an jeden einzelnen richten, in seinem persönlichen Einflußbereich die Weichen nach Tunlichkeit in Richtung Neuorientierung und darauf basierender Vorsorge zu stellen.

Eine Charakterisierung der Gesellschaft von morgen kann gegenwärtig nur andeutungsweise erfolgen, da der Eintritt gesellschaftsformender Tendenzen bisher lediglich in Ansätzen bemerkbar geworden ist. Erst mit dem Vorliegen statistisch erwiesener Wachstumsverlangsamung werden die letzten Zweifler zu mobilisieren sein, wobei erst dann eine echte Chance auf entsprechend Rechnung tragende Aktivitäten bestehen dürfte. Die Frage nach der nachindustriellen Gesellschaft liegt auf dem Tisch, nur eine konkrete Antwort darauf ist im gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als schwierig. Sind sich doch die Wissenschaftler noch nicht einmal über die genaue Benennung der neuen Gesellschaft einig. Während Schumacher für die „nachmoderne Gesellschaft" eintritt, plädiert Stephen J. F. Unwin, Professor für Werbung an der Universität Illinois in Urbana, USA, für den Begriff „neue industrielle Gesellschaft".

Seiner Ansicht nach prägen geänderte Lebens- und Bedürfnisbereiche der Menschen das neue Produktionsverhalten und die künftige gesellschaftliche Struktur, wobei der Weiterbestand der industriell orientierten Gesellschaft unter allerdings veränderten Vorzeichen außer Frage steht. Von einem Abgehen industriell ausgerichteten Produktionsverhaltens kann demnach

— wie das der Begriff „nachindustrielle Gesellschaft" annehmen läßt — keine Rede sein, vielmehr wird jedoch dem programmatisch ausgerichteten Denkprozeß („software-Denken") gegenüber dem bisherigen, von der Maschine beherrschten Denken („hardware-Denken") eine Vorrangstellung zukommen.

Wie immer nun die künftige Gesellschaft benannt wird — „Nachkonsumgesellschaft" oder „Neue Konsumgesellschaft" könnte im Hinblick auf mögliche Änderungen im Konsumverhalten ebenfalls zur Diskussion gestellt werden — dürfte wohl außer Zweifel stehen, daß das Streben nach qualifiziertem Wachstum entsprechend den gegebenen Bedingungen weiterhin Triebfeder funktionstüchtiger Volkswirtschaften sein wird.

Allerdings wird ein derartiges Wachstum für die jeweiligen Staaten nur unter unterschiedlichen Voraussetzungen erfolgen können. Die bestehenden, voneinander abweichenden Wachstumsvoraussetzungen, wie sie in den letzten Jahren im Falle der Entwicklungsländer im Vergleich zu den Industriestaaten deutlich geworden sind, zeigen eine Tendenz zu stärker werdendem Auseinanderklaffen. Diese seit einigen Jahren als technologische Lücke (technological gap) bezeichnete Erscheinung, die sich auf den technologischen Rückstand gewisser Länder im Vergleich zu höher technisierten Staaten bezieht, will jedoch nicht zum Ausdruck bringen, daß die Ursachen für die ungünstigeren Wachstumsbedingungen im Bereich veralteter oder nicht vorhandener Technologien liegen, vielmehr werden sie nur in diesen Bereichen sichtbar. Die Bezeichnung des „technological gap" gibt daher keinen Hinweis auf die echten Gründe für verringertes Wachstum und kann lediglich symptombezogene Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen.

Hinsichtlich der künftigen Gestaltung wirtschaftlicher Startbedingungen können allenfalls bestehende Prognosen nur spekulativer Art sein, da sie größtenteils von nicht vorhersehbaren politischen Faktoren abhängig sind. Der vielzitierte Hinweis auf die immer größer werdende technologische Lücke bedeutet im Klartext, daß den heutigen kleineren Industriestaaten im Vergleich zu den führenden Industrienationen

künftig durchaus eine ähnliche Stellung, wie sie heute die Dritte Welt im Verhältnis zu den kleinen bis mittleren industrialisierten Ländern einnimmt, zukommen kann.

Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, da der Reichtum industrialisierter Volkswirtschaften nicht mehr wie früher lediglich im Besitz von Rohstoffen und Maschinen, sondern in deren optimaler, rationell ausgerichteter Nutzung gelegen ist; gerade hier haben die Klein- und Mittelstaaten noch einiges aufzuholen. Der Grad des erzielten „know how" dürfte in Zukunft für die Wertigkeit wirtschaftsbezogenen Handelns von fundamentaler Bedeutung werden. Damit wird die kürzlich noch als Existenzfrage empfundene Ressourcenbeschränkung in den Hintergrund gedrängt und der Erschließung optimaler Nutzungsmöglichkeiten von vorhandenen Rohstoffen größeres Gewicht zugemessen.

Eine derartige Schwerpunktverlagerung, deren Zutreffen durch die jüngsten Entwicklungen im Anschluß an den überwundenen Ölschock unterstrichen wird, bedeutet im Hinblick auf die Wachstumsfrage neue Aufgaben, vor allem im Ausbildungs-, Forschungs- wie Informationsbereich. Mehr denn je wird es darauf ankommen, vorhandene und neu erschlossene Rohstoffquellen, die insbesondere stetiger Verknappung unterliegen, bestmöglich zu nutzen bzw. eventuelle umweltfreundliche Ersatzmöglichkeiten zu entwickeln. Da man bisher geneigt war, die grundsätzliche Bedeutung des Bildungs- und Forschungsbereiches wie auch des Managementbereiches in bezug auf Wirtschaftswachstum eher zu unterschätzen, stellt sich die Frage, ob die gegenwärtig, insbesondere in Europa angewandten Bildungspraktiken wie Managementtechniken künftig eine Wettbewerbsfähigkeit mit führenden Industriestaaten überhaupt zulassen werden. Erste Ansätze in bezug auf eine entsprechende Neukonzipierung des Bildungswesens sind bereits vielfach eingeleitet worden, jedoch gilt es, gerade in diesem Bereich sowohl die Unzulänglichkeit zahlloser Ausbildungsstätten zu beseitigen als auch den Lehrstoff den noch nicht klar ersichtlichen Erfordernissen der Zukunft anzupassen.

Was das Management betrifft, so wird die bisher vielfach autoritär empfundene Rolle des Managers in eine mehr arbeitsteilige umzuwandeln sein. Die bisherige Unantastbarkeit von Organisationsstrukturen, die anpassungsfähiges wie aufgeschlossenes Verhalten behindern, hat sich in zunehmendem Maß als entscheidender Hemmschuh für eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen erwiesen. Sicherlich ist die Forderung nach flexiblem wie mobilem Verhalten der Führungsspitzen und auch der Mitarbeiter von einem vorangehenden Überzeugungs- und Umstellungsprozeß abhängig, der von erheblichen Schwierigkeiten begleitet ist; allerdings liegt gerade in diesem Bereich eine für den Wachstumsprozeß bedeutsame Kraft, die neben der Bildung und Forschung als wichtige Voraussetzung für eine künftig günstige wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden kann. Das Hinwenden zu arbeitsteiligem Management birgt dabei für den arbeitenden Menschen eine bedeutende Gefahr in sich, der er teils selbst erliegt bzw. die er passiv zu erdulden hat: nämlich die der Überforderung. Prof. Schumacher weist darauf in seinem Buch „Jenseits des Wachstums" sehr deutlich hin: Schien es dem Denken der modernen Wirtschaftspraxis noch logisch, von der Anpassung des Menschen an die Erfordernisse der technischen Entwicklungen auszugehen, muß dies der „nach-moderne" Nationalökonom eher als Widersinn ansehen. Seine Forderung ist es nämlich, im Produktionsbetrieb vordringlich eine Entwicklungsstätte für den Menschen und erst danach eine Produktionsstätte für Güter zu sehen. Die moderne industrielle Betrachtungsweise, also die Überlagerung des Menschen durch die Technik, führt meist zur Unzufriedenheit am Arbeitsplatz, hingegen verspricht die „nach-moderne" Auffassung Befreiung und damit neue Innovationsfreudigkeit.

Gegenwärtig gibt es noch wenige praxisbezogene Erkenntnisse, welche die Richtigkeit der angenommenen Tendenzen unserer Industriegesellschaft erhärten. Mit der auf privater Ebene erfolgten Gründung der Intermediate Technology Development Group hat Prof. Schumacher im Jahr 1966 eine

Organisation geschaffen, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, für die kleinen und armen Staaten dieser Welt eine auf menschliche Größenverhältnisse abgestimmte Technik (sogenannte mittlere Technik) zu entwickeln, um damit der Zerstörung der Entwicklungsländer, die durch die Übertragung industrieller Großtechniken gefördert wird, zu begegnen. Die Erfahrungen, die in der Dritten Welt mit den auf experimenteller Basis zum Einsatz gelangten neuen Technologien gesammelt werden konnten, haben auch wertvolle praxisnahe Erkenntnisse über deren Auswirkungen auf verschiedene Gesellschaftsstrukturen ermöglicht, so daß die im folgenden dargelegten Forderungen Prof. Schumachers nach einer lebenswerten Welt des „nach-modernen" Menschen nicht als Theorie, sondern als wirklichkeitsnahe Überlegungen aufgefaßt werden können.

„ES GEHT AUCH ANDERS"

Die Welt von heute — insbesondere die westliche Welt — erlebte in den vergangenen 30 Jahren einen vorher nie gekannten Technisierungsprozeß, der gegenwärtig schon gesellschafts- und wirtschaftsbedrohende Ausmaße annimmt und einen bevorstehenden kippartigen Umbruch anzeigt. Im Licht derartig bedrohlich anmutender Anzeichen, kann es einfach nicht mehr Aufgabe sein, den technologischen Fortschritt im bisherigen Ausmaß weiter voranzutreiben, vielmehr muß es ein internationales Anliegen werden, die bisher erzielten Errungenschaften in den Produktionsabläufen sinnvoller als bisher zu gestalten, um damit drohende Hypertrophien, die letztlich eine Beeinträchtigung der Lebensqualität für den Menschen darstellen, zu vermeiden.

Es ist eine ökonomische Tatsache, daß die Produktivität im Verhältnis zur eingesetzten Kapital- bzw. Mengeneinheit nur eine disproportionale Steigerung aufweist, also geringere Erträge immer mehr Kapitaleinsatz bzw. Aufwand an teuren Rohstoffen erfordern (Theorie der negativen Erträge).

Angesichts dieser Theorie muß man sich fragen, ob es weltweit wirklich zielführend sein kann, zur Erreichung gewohnter Wachstumsraten immer unermeßlicher notwendig werdendes Kapital wie Ressourcen einzusetzen, um letztlich doch immer kleiner werdende Wachstumsraten respektive Erträge zu erzielen. Der Straßenverkehr ist ein beredtes Beispiel dafür, daß mit zunehmender Dichte die erzielten Geschwindigkeiten zurückgehen. Auf die Erreichung gewohnten Wachstums, das für den einzelnen zufolge seiner Einbeziehung in immer komplizierter werdende Systeme nur scheinbare Annehmlichkeit und Wohlstand verspricht, sollte man daher nicht zuletzt aus Überlebensgründen für die bestehende Persönlichkeitsstruktur des Menschen verzichten. Im anderen Fall besteht die Gefahr einer Einengung seiner Eigenständigkeit, die ihn vom Gestalter zum Gestalteten werden läßt. Vielfach sind die Menschen heute in zunehmendem Maß bereits von einem Unbehagen befallen, das als Ausdruck möglicherweise überholter Wertvorstellungen bzw. verstärkten Gestaltetwerdens angesehen werden kann. Die traditionelle Frage der Philosophie nach dem Sinn des Lebens, die schon Generationen altehrwürdiger Philosophen beschäftigte, gewinnt erneut im Licht eines weiterhin angestrebten, wenn auch durch äußere Zwänge beschränkten Wachstums an Bedeutung.

Aktive Gesellschaftsschichten, die die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Fragwürdigkeit gegenwärtiger Wertvorstellungen erkennen, werden in den meisten Fällen in bezug auf die Richtigkeit ihrer Bestrebungen entscheidend durch das mehrheitliche Festhalten am gewohnten Denken verunsichert. Diese scheinbare allgemeine Zufriedenheit darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß echte Bedürfnisse der Gesellschaft nach einer Neuordnung der Systeme in Richtung Vereinfachung vorherrschen.

Die Verkomplizierung des technischen Aufwandes führte in vielen Produktionsbereichen zur Schaffung von überdimensionierten Zentralanlagen, mit denen zwar ein enormer Ausstoß erreicht werden kann, jedoch regionale Bedürfnisse nach Klein-

oder Mittelanlagen, die oft überhaupt nicht mehr hergestellt werden können, völlig unberücksichtigt bleiben müssen. Dabei erfordert auch ein wirksamer Umweltschutz gerade im Bereich der Wiederverwertung von Altmaterialien, z. B. der Altpapierverwertung, abgestufte Anlagengrößen. Wie sich nämlich bei Versuchen in Entwicklungsländern gezeigt hat, lag der dortige Altpapieranfall bei weitem unter der möglichen Kapazität einer Großanlage, was nicht zuletzt auf unzureichende Sammelmöglichkeiten in der weiteren Umgebung zurückzuführen war. Eine ausreichende Versorgung der Zentralanlage mit Altpapier hätte den teuren Aufbau eines weitverzweigten Sammelnetzes erfordert, das nur bei gleichzeitigem Aufbau von Straßenverbindungen und des Fuhrparks die Zulieferung von Altpapier in ausreichenden Mengen sichergestellt hätte.

Mit selbstgebauten Kleinanlagen konnte hingegen der örtlich verschieden hohe Anfall von Altpapier ohne Sammel- und Zulieferungsprobleme auf kostensparende und umweltfreundliche Weise einer Wiederverwendung zugeführt werden, wobei sich die Anpassung des Technisierungsgrades an die jeweilig bestehenden Gegebenheiten als überaus vorteilhaft erwiesen hat.

Auch in der Nahrungsmittelproduktion läßt sich ein unnötig langer Produktionsprozeß nachweisen. Der einfachste Weg der Brotherstellung ist eben jener des Selbstbackens, wobei das vom Landwirt direkt erworbene Getreide in einer eigenen kleinen Hausmühle zermahlen werden kann. Der Eigenversuch Prof. Schumachers hat dabei nicht nur eine wesentliche Verkürzung des Produktionsprozesses und Transportweges, sondern auch die längere Haltbarkeit des Endprodukts ergeben.

Derartige Eigeninitiativen lassen sich bedauerlicherweise oft nur unter erheblichen Schwierigkeiten, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwängen entspringen, verwirklichen. So unterliegt die Landwirtschaft den Zwängen der Erzeuger chemischer Düngemittel, wobei bei Lieferschwierigkeiten von Vorindustrien die daraus resultierenden unabsehbaren Komplikationen auf der Hand liegen. Der auf biologischer

Basis betriebenen Landwirtschaft sind jedoch zufolge ihrer Arbeitsaufwendigkeit gewisse Grenzen gesetzt.

Als Überlebenschance bietet sich in diesem Fall die sinnvolle Vereinigung zwischen einem unabhängigen natürlich gesteuerten und einem systemverbundenen Produktionsprozeß an.

Prof. Schumacher geht dabei in seinen Betrachtungen durchaus nicht von irrealen Annahmen aus, da die Praxis eindeutig bewiesen hat, daß eine Kombination biologischer und chemischer Anbauformen in der Landwirtschaft so gut wie unmöglich ist. Eine gewisse Chance bietet jedoch — wenn schon das Miteinander nicht verwirklichbar ist — das Nebeneinander, wobei dem biologischen, wesentlich kleiner dimensionierten Produktionsprozeß bei Versagen des großdimensionalen und systemverbundenen Herstellungsverfahrens die Rolle eines Rettungsbootes zukommen könnte.

Ein diesbezüglicher Versuch eines Mitglieds der „Soil Association", einer Vereinigung, die seit etwa einem Vierteljahrhundert um den verstärkten Einsatz biologischer Anbaumethoden in der Landwirtschaft bemüht ist, erwies sich als äußerst erfolgreich. Er zeigte nämlich deutlich, daß die Anwendung natürlicher Anbaumethoden bei landwirtschaftlichen Großbetrieben für einen kleinen Teil der Anbauflächen arbeitsmäßig durchaus vertretbar ist. Bei wirtschaftlich bedingten Ertragsausfällen, wie Lieferungsstopp von Rohmaterialien für die Düngemittelproduktion oder Streiks in Düngemittelfabriken, besteht darüber hinaus für den betroffenen Landwirt der Vorteil, daß er in diesem Fall auf die Produktion seiner natürlich bebauten Anbauflächen zurückgreifen kann und nicht unmittelbar wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt ist.

Es existieren unzählige Beispiele für die Bedenklichkeit der gegenwärtig nahezu ausschließlich praktizierten Systemverbundenheit im Wirtschaftsleben, die bei eventueller Beeinträchtigung oft Firmenkrachs und Arbeitslosigkeit nach sich zieht; Probleme, mit denen wir heute zu kämpfen haben. Gerade in Zeiten außenpolitischer wie wirtschaftlicher Un-

sicherheit muß es als Gebot der Stunde gelten, im Bedarfsfall ohne Zeitverzögerung auf ein Notstromaggregat umschalten zu können.

Ohne Zweifel ist die Verlockung in Zeiten wirtschaftlichen Wohlergehens für eine Industriegesellschaft groß, die von den untereinander abhängigen Systemen gebotenen Vorteile in bestmöglicher Weise zu nutzen. Das Schaffen bzw. Erhalten dieses Rettungsbootes oder Notstromaggregates erfordert zugegebenermaßen in der Hochkonjunktur einen gewissen Tribut, der leistungshemmend wirkt und auch dementsprechend als belastend empfunden wird. Dabei wird jedoch übersehen, daß die Vorteile in der Krise liegen, wo dann ein einigermaßen kontinuierlicher, wenn auch verringerter Produktionsprozeß aufrechterhalten werden kann.

SYSTEMENTFLECHTUNG ALS BEITRAG ZU KÜNFTIGEM WIRTSCHAFTLICHEN WIE GESELLSCHAFTLICHEN GLEICHGEWICHT

Die skizzierten Vorschläge zur Entflechtung des bestehenden Wirtschaftssystems können nur durch einen entsprechenden Umdenkprozeß in Gang gesetzt werden. Die bisher erfreuliche Entwicklung hat in der Industriegesellschaft von heute zu bestimmten Denkkategorien geführt, die man vielleicht mit dem Schlagwort „Wachstumsfetischismus" charakterisieren kann. Die Negativerscheinungen dieser Richtung — wie z. B. das Ansteigen sozialer Spannungen — erfahren durch die immer stärker um sich greifende Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit einen entscheidenden Verstärkungsimpuls. Management und Ausführung sind zwei Ebenen, zwischen denen sich eine stetig schwächer werdende Wechselwirkung als Folge ungezügelten Wachstumsstrebens deutlich abzuzeichnen scheint. Es soll daher nicht als Provokation, sondern als Möglichkeit einer Therapie aufzufassen sein, wenn der Wunsch nach einer Verbindung dieser beiden Ebenen in Vorschlag gebracht wurde. Einer zunehmenden Entfremdung

läßt sich nur begegnen, wenn der Manager um die Nöte des Arbeiters Bescheid weiß und zu diesem Zweck versucht — zumindest vorübergehend — durch eigene körperliche Arbeit in dessen Bereich Erfahrungen zu sammeln. Wenn schon ein entsprechendes Experimentierfeld in umgekehrter Weise nicht besteht, bleiben entsprechende Initiativen der Managementebene vorbehalten.

Ein auf diese Weise verstärktes gegenseitiges Verständnis könnte einerseits zu einer Vereinfachung übermäßig systembelastender Produktionsabläufe führen, andererseits würde gleichzeitig ein entscheidender Schritt in Richtung Humanisierung der Arbeitswelt gesetzt werden können. Es muß wohl als fast revolutionäres Unterfangen angesehen werden, wenn sich der schwedische Automobilhersteller Volvo als einziges Unternehmen seiner Branche vor nicht allzulanger Zeit entschlossen hat, einen Teil seiner Produktion vom Fließband auf die Montageebene zu verlagern. Die bisherigen Erfahrungen unterliegen zwar mancher Kritik, doch ist es gegenwärtig noch nicht angebracht, über Erfolg oder Mißerfolg dieser Pioniertat, vor allem im Hinblick auf die erzielte Humanisierung des Arbeitsprozesses, zu entscheiden. Jedenfalls unterstreicht diese für die Automobilbranche völlig neue Vorgangsweise, daß die Schaffung von Rettungsbooten durchaus auch in industriellen Bereichen ohne allzugroßes Unternehmerrisiko möglich ist.

Die Überlegungen Prof. Schumachers können als ein „weg" von Saint-Simons „Industrieller Gesellschaft" — die Industriellen bilden dabei jene natürliche Elite, welche die Gesellschaft organisieren — zu einem ersten „hin" zu Keynes' 1930 in seinem Essay "Economic Possibilities for our Grandchildren" angestellten Visionen angesehen werden: „Das wirtschaftliche Problem, der Existenzkampf," — so heißt es dort — „war bis heute immer das vordringlichste Problem der Menschen. Wenn das Wirtschaftsproblem gelöst ist, wird die Menschheit ihres traditionellen Zwecks beraubt sein. Ich denke mit Schrecken daran, wie der gewöhnliche Mensch seine Verhaltensweisen und Instinkte neu orientieren muß, die ihm

seit vielen Generationen eingehämmert wurden und die er erst jetzt vielleicht in nur wenigen Jahrzehnten ablegen soll. So wird der Mensch zum ersten Mal seit seiner Erschaffung mit seinen wirklichen, andauernden Problemen konfrontiert werden: Wie soll er die Freiheit vom Druck wirtschaftlicher Vorsorge nützen? Was soll er mit der Freizeit machen, die Wissenschaft und Zinseszins ihm schaffen werden, um angenehm und gut zu leben?"

Die Frage nach der Gestaltung der nachindustriellen Gesellschaft scheint aus ihrer Schemenhaftigkeit herauszutreten. Sie gewinnt von Tag zu Tag mehr an Gestalt und tendiert eindeutig von der sie bisher prägenden „materiellen Technologie" zur „intellektuellen Technologie". Das bisherige Wissen und die in der Vergangenheit erworbenen Kenntnisse dürften ihr dabei als Basis dienen, ihre neuen Strukturen und ihre künftigen gesellschaftlichen Aktivitäten zu formen.

Wenn man in diesem Zusammenhang die Anregungen Prof. Schumachers in Betracht zieht, so bedeuten sie insbesondere im wirtschaftlichen Bereich keine Forderung nach einer Preisgabe erworbenen Leistungsstandards, sondern einen Appell zur menschengerechten Anpassung der Technologie an die wandelbaren Bedürfnisse der Gesellschaft.

Die Herausforderung der Menschheit dürfte zu einer Herausforderung in Richtung Humanisierung werden; einer Humanisierung, in der der Mensch nicht mehr von rationeller Arbeitsweise, Produktivität und wirtschaftlichem Wachstum überlagert wird, sondern eine seiner Persönlichkeit entsprechende Stellung in einem auf der Vergangenheit aufbauenden, jedoch neuorientierten Wirtschaftssystem erhält.

Die Gegensätzlichkeiten in den Auffassungen der Leistungsgesellschaft und ihrer Kritiker sind nicht zu leugnen. Es bleibt schließlich zu hoffen, daß der erkennbare Aufbruch zu neuen Wegen im Interesse künftiger Ausgewogenheit im wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Bereich auch tatsächlich stattfindet.

Ökonomische, politische und soziale Perspektiven der Entwicklungsländer

Prof. Paul P. Streeten
Balliol College, Oxford

BERICHT: DR. HERBERT FUCIK

Infolge des durch die Ölkrise gewandelten Zusammenwirkens wirtschaftsbezogener Faktoren, wie Inflation, Verschiebungen im Zahlungsbilanzbereich, bevorstehende Wachstumsverlangsamung sowie Verknappung und Verteuerung der Rohstoffbasis, sind im Verhältnis der Entwicklungsländer untereinander und zur industrialisierten Welt entscheidende Neukonstellationen eingetreten. Sprach man bislang nur von einer Dritten Welt als Begriff für die Gesamtheit aller Entwicklungsländer, so muß man nunmehr eine Begriffserweiterung vornehmen, zumal durch die Ereignisse vom Herbst 1973 eine Verdrängung eines Teiles der Dritten Welt in die Vierte Welt erfolgt ist. Gelang es insbesondere den zwölf ölexportierenden Staaten sowie 30 weiteren Entwicklungsländern für 400 Millionen Menschen bessere Terms of Trade sowie im gesamten bessere Entwicklungschancen als bisher zu erreichen (*„Reiche-Arme"*-Staaten), so sind für rund eine Milliarde Menschen in den restlichen Entwicklungsländern, wie Indien, Bangla-Desh, Äthiopien etc., die Schwierigkeiten, insbesondere durch empfindliche Verteuerungen der Rohstoffimporte, größer geworden

(„*Arme-Arme*"-Staaten). Während also früher für die zuletzt genannten Länder noch eine kleine Chance bestand, in späterer Zukunft an die am wenigsten entwickelten Staaten der Zweiten Welt anschließen zu können, so müssen sie nun durch ihre Zurückreihung in die Vierte Welt ihre Position gegenüber den Schwächsten der Dritten Welt behaupten.

Die bisherigen Entwicklungshilfeleistungen der „*Reichen-Reichen*"-Staaten, zu denen z. B. neben den USA und der BRD auch Österreich gehört, sowie der „*Armen-Reichen*"-Länder, insbesondere Großbritannien, Italien und Frankreich, waren in quantitativer wie qualitativer Hinsicht unzureichend. Wenn sich zahlreiche Staaten, darunter auch Österreich, im Rahmen der Zielsetzungen der „Internationalen Strategie der zweiten Entwicklungsdekade der UN", zu wachsenden Entwicklungshilfeleistungen bis 1980 bekannt haben, so zeigen die tatsächlichen Leistungen bisher ein deutliches quantitatives Zurückbleiben. Was den qualitativen Bereich betrifft, ist der weithin wachstumsorientierte Einsatz von Entwicklungshilfe nicht ganz unproblematisch: werden doch die Entwicklungsländer in späterer Zeit auf die heute in den industrialisierten Ländern verwendeten Rohstoffe, die zunehmende Verknappung aufweisen, selbst angewiesen sein. Es besteht daher die Gefahr, daß die zu erwartende höhere Technologie (z. B. Atomenergie) sowie die gegenwärtig bekannten Produktionsmethoden der industrialisierten Staaten für die Entwicklungsländer, insbesondere der Vierten Welt, in noch weitere Ferne rücken, als dies heute schon der Fall ist. Bis zur Jahrtausendwende wird sich nämlich die Einkommenslücke zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern von gegenwärtig rd. 3.000 $ pro Kopf auf ca. 7.000 bis 10.000 $ vergrößern; eine Tendenz, die deutlich zeigt, daß ein Weiterbeschreiten des gewählten Weges bei ungebremstem Bevölkerungswachstum die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher machen wird.

Die Industrieländer praktizieren eine im hohen Maß von Selbstinteresse beherrschte Form der Entwicklungshilfe — man denke nur an die erhoffte Intensivierung der Außenhandels-

beziehungen. Diese Form der Entwicklungshilfe ist unzureichend; es müssen neue Wege in Zusammenarbeit mit den einzelnen Entwicklungsländern gefunden werden, da nur diese in der Lage sind, ihre Primärbedürfnisse zu beurteilen. Bei einer dermaßen „selbstlos" zur Verfügung gestellten Unterstützung kann dann auch von der bisher üblichen Verknüpfung mit diversen Bedingungen und entsprechenden Kontrollmaßnahmen Abstand genommen werden.

Die bisherigen Schwierigkeiten im Bereich der internationalen Koordinierung der Entwicklungshilfe sollten jedoch gemeinsame Bemühungen um eine Neuformulierung der künftigen Entwicklungshilfestrategie nicht behindern. Eine Neuordnung müßte die gesamten Beziehungen zwischen den Geber- und Empfängerstaaten erfassen, d. h. auch die Bereiche des internationalen Handels, des zwischenstaatlichen Verkehrs, des Ausbildungswesens, der Währungsordnung sowie die politischen Beziehungen insgesamt. Im Rahmen der Bemühungen um eine egalitäre internationale Zusammenarbeit könnten nach Vorschlag Prof. Streetens dann die ölexportierenden Länder die finanzielle Hilfe, die entwickelten Länder die technische Hilfe und die Entwicklungsländer das Arbeitskräftepotential zur Verfügung stellen; dies würde wesentlich zum Abbau des Entwicklungsgefälles und der daraus resultierenden internationalen Spannungen beitragen.

Die Initiative könnte um so eher hiezu ergriffen werden, als für die Industriestaaten keine weitere Bedrohung — sieht man von der latenten Rohölproblematik ab — von der Rohstoffseite her zu erwarten ist. Die Gefahr von Kartellbildungen im Produzentenbereich, wie in der OPEC, dürfte wegen der weiten Streuung der Vorkommen an sonstigen Rohstoffen und Energieträgern für die westliche Welt nicht bestehen. Auch läßt die zunehmende Substitutionsfähigkeit im Rohstoffbereich die Effizienz derartiger Zusammenschlüsse fraglich erscheinen.

Die Rolle der Kleinstaaten hat gerade in letzter Zeit zur konstruktiven Gestaltung des internationalen politischen Geschehens entscheidend beigetragen. So haben insbesondere die

neutralen Staaten Europas, wie Schweden, positiv die Neugestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen beeinflußt. Derartige Initiativen könnten auch im Zusammenhang mit der skizzierten Neuausrichtung der internationalen Entwicklungshilfepolitik von Erfolg begleitet sein. Österreich wäre nach Ansicht Prof. Streetens für ein derartiges Vorangehen — nicht zuletzt wegen seiner jüngsten Bemühungen um eine Neukonzeption seiner Entwicklungshilfe — insofern prädestiniert, als es infolge Fehlens einer kolonialen Vergangenheit unverdächtig erscheinen würde, erfolgversprechende neue Wege im internationalen Bereich zu initiieren.[1])

Für den internationalen Bereich bestehen berechtigte Hoffnungen, daß sich nach dem baldigen Auslaufen der 2. Entwicklungsdekade in der Folgedekade insbesondere die westliche Welt zu einer mehr moralisch und idealistisch akzentuierten Rolle gegenüber den Entwicklungsländern, vor allem den *„Armen-Armen"* der Vierten Welt, bekennt.

---

[1]) Dieser Anregung ist Österreich bereits insofern gefolgt, als es Mitte Juni dieses Jahres anläßlich der Ministertagung des Rates der Entwicklungshilfeorganisation der Vereinten Nationen (UNDP) in Genf — unter Bezugnahme auf seine erwähnten Aktivitäten in Richtung Neustrukturierung — auf die Notwendigkeit verbesserter Fairneß und Partnerschaft in den künftigen Beziehungen zwischen den Geber- und Empfängerstaaten hingewiesen und das Erfordernis einer Anhebung der Qualität der Entwicklungshilfeleistungen unterstrichen hat.

Mittelfristige Perspektiven der internationalen und der österreichischen Wirtschaft

Dr. Helmut Kramer

Stellvertretender Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung

Die Weltwirtschaft ist seit einiger Zeit außerordentlichen Erschütterungen ausgesetzt. Die Industrieländer befinden sich in der schwersten Rezession seit dem Kriegsende. Mehr als 4 Millionen Berufstätige waren zuletzt im Bereich der europäischen OECD-Länder arbeitslos. Gleichzeitig werden auf die Dauer kaum tragbare Inflationsraten und Zahlungsbilanzungleichgewichte verzeichnet. Die Situation der Entwicklungsländer, ausgenommen der ölexportierenden Staaten, erscheint noch um einiges düsterer. In dieser Situation sind Orientierungen über mögliche und wahrscheinliche Entwicklungen in der Zukunft besonders wertvoll, wenngleich auch besonders schwierig. Die wirtschaftlichen Probleme, mit denen so viele Länder zu kämpfen haben, sind jedenfalls zum Teil mit den Mitteln der Nationalökonomie allein nicht zu erklären. Politische und soziologische Tendenzen sind sichtbar geworden, mit denen man bisher nicht gerechnet hat.

Langfristige Perspektiven der Weltwirtschaft

In den abgelaufenen drei Jahrzehnten hat die Weltwirtschaft eine Ausweitung erfahren, die bis dahin ohne Beispiel war. Das Produktionsvolumen wuchs in den höchstentwickelten Industrieländern — insbesondere in den USA — im Durchschnitt jährlich um 4%, in Westeuropa um fast 5% und in Osteuropa um 6%, d. h. es verdoppelte sich in Zeiträumen zwischen 10 und 18 Jahren. Auch in den Entwicklungsländern lagen die Wachstumsraten im Durchschnitt bei 4 bis 5% pro Jahr. Dort ist allerdings zum Unterschied von den Industrieländern noch ein rasches Bevölkerungswachstum im Gang, so daß die Pro-Kopf-Versorgung zum Teil deutlich langsamer stieg. Die Industrieländer konnten diese Realeinkommenssteigerung bei rückläufigem Arbeitsvolumen, unterdurchschnittlich steigendem Energie- und Rohstoffeinsatz sowie etwa proportionalem Kapitaleinsatz erzielen.

Trotz der unbestreitbaren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen herrschen im Weltmaßstab nach wie vor ungeheure Wohlstandsunterschiede. Auch innerhalb der Industrieländer ist die materielle Situation bestimmter Bevölkerungsschichten nach wie vor unbefriedigend. Das Produktionswachstum hat außerdem eine Reihe von Problemen erst entstehen lassen, für die bald Lösungen gefunden werden müssen. Angesichts hoher Wachstumsraten wird die natürliche Begrenztheit einzelner, nicht reproduzierbarer Rohstoffe deutlicher als früher bewußt.

Von verschiedenen Seiten wurde angesichts des exponentiellen Entwicklungspfads von Produktion und Verbrauch gefordert, ein weiteres Wirtschaftswachstum möglichst bald zu unterbinden und die unerträglichen Ungleichheiten im gegebenen Rahmen auszugleichen. Es zeigt sich, daß diese Ansichten, insofern sie die fatale Konsequenz eines in den nächsten Jahrzehnten auftretenden Zusammenbruchs der heutigen Zivilisation wären, von falschen Voraussetzungen ausgehen. Immerhin ist an ihnen soviel richtig, daß der Bedarf der

Menschheit an natürlichen Rohstoffen nicht in jeder Periode und auch nicht in jeder Region der Erde gewährleistet sein muß, daß der Mangel an zwischenstaatlicher Kooperation die reibungslose Versorgung stören könnte und auch, daß die öffentliche Meinung, durch falsche Informationen irregeleitet, die notwendigen Investitionsentscheidungen verzögern oder gar verhindern könnte.

Gegen eine endgültige Erschöpfung aller Lagerstätten spricht vor allem das Wirken ökonomischer Anpassungsmechanismen:

1. Die Verknappung einzelner Produkte macht die Suche nach neuen Lagerstätten, die Entwicklung von Substitutionsprodukten und auch die sparsamere Verwendung einschließlich der Wiederverwendung der bekannten Rohstoffe erst lohnend. Reserven werden entdeckt, wenn sie benötigt werden. Schon bisher, bei tendenziell sinkenden Energie- und Rohstoffpreisen, ist der spezifische Energie- und Rohstoffverbrauch der Industrieproduktion rückläufig gewesen.
2. Auf der anderen Seite löst die relative Verteuerung von Gütern, in welchen knapper werdende Rohstoffe Verwendung finden, Umschichtungsprozesse in der Nachfrage aus, die den Verbrauchszuwachs weiter verringern. Auf lange Sicht ist es durchaus denkbar und sogar wahrscheinlich, daß eine stark auf die Produktion von Dienstleistungen gestützte Wirtschaftsstruktur die materialintensive Produktion der heutigen Zeit ablöst.

Die derzeit greifbaren längerfristigen Vorausschätzungen gelangen überwiegend zu dem Ergebnis, daß sich der Zuwachs des realen Sozialprodukts, jedenfalls in den industrialisierten Staaten, in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten tendenziell verlangsamen wird. Dafür sind vor allem verantwortlich:

1. Die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekte, die von der Umschichtung der Agrarbeschäftigung in industrielle Bereiche der Wirtschaft ausgingen, kommen in den achtziger Jahren allmählich zum Stillstand. In Westeuropa wird

1990 die Agrarquote (Anteil der Landwirtschaft an den Beschäftigten und am Brutto-Inlandsprodukt) bei 4% liegen.

2. Gleichzeitig werden sich die Nachfrage und die Produktion mehr und mehr auf die Dienstleistungssektoren verlagern, in welchen ähnlich hohe Produktivitätsgewinne wie in der Sachgüterproduktion möglicherweise nicht zu erzielen sind.

3. Es scheint, daß längerfristig eine Tendenz sinkender Produktionszuwächse von Neuinvestitionen in den industrialisierten Ländern festzustellen ist. In den meisten Ländern ist der Anteil, der vom Sozialprodukt für Brutto-Investitionen aufgewendet wird, deutlich gestiegen. Über die Ursachen der nachlassenden Kapitalproduktivität neuer Anlagen ist allerdings wenig bekannt. Es wird vermutet, daß negative Effekte von übermäßigen Ballungstendenzen der Bevölkerung und der Produktion ausgehen oder auch, daß stellenweise die fortschreitende volkswirtschaftliche Arbeitsteilung bereits in die Zone sinkender Grenzerträge geraten ist. Vor allem taucht in Krisenzeiten regelmäßig die kaum überprüfbare Hypothese auf, daß der Strom des ökonomisch nutzbaren technischen Fortschritts allmählich langsamer fließt.

4. Verstärkte Bedachtnahme auf den Schutz der Umwelt vor den negativen Einwirkungen der Produktion erhöht zwar die betriebs- und volkswirtschaftlichen Kosten, nicht aber die in der bisherigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßbare Produktion, weil der Output in immateriellen Gütern, die keinen Markt haben, besteht. Damit würden die Zuwächse des Sozialprodukts tendenziell sinken. Es ist wahrscheinlich, daß schon in wenigen Jahren ein System einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung international empfohlen werden wird, das für die Wohlfahrtsmessung geeigneter ist als das Konzept der marktgängigen Produktion des Sozialprodukts.

Mittelfristiger Trendbruch

Die Weltwirtschaft ist 1973 in eine Phase außergewöhnlicher Erschütterungen geraten, die zu einer Unterbrechung des bisherigen Wachstums in vielen Industrieländern geführt hat. Eine solche Rezession in wichtigen Volkswirtschaften, allen voran in den USA und Japan, und eine so nachhaltige Konjunkturdämpfung, besonders in den westeuropäischen Ländern, ist in diesem Raum seit dem Ende des Weltkriegs nicht mehr verzeichnet worden.

Die Deutungen dieser unerwarteten Probleme sind zahlreich. Überwiegend wird dem Umstand, daß eine Änderung der gesellschaftlichen und politischen Verhaltensweisen dazu geführt hat, daß der Inflationsprozeß der Kontrolle der Wirtschaftspolitik entglitten ist, eine wichtige Rolle zugewiesen. Dazu kam dann als exogener Anstoß die veränderte politische und wirtschaftliche Lage auf den Märkten für Rohöl und andere Rohstoffe. Die Gefahr neuer Rohstoffkartelle und die inflationären Erwartungen lösten hektische Lagerkäufe aus, die die Weltmarktpreise drastisch anheizten. Der Aufbau von Rohmateriallagern und die angesichts der unsicheren Konjunkturerwartungen rasch steigende Sparquote der Konsumenten dämpften Produktionstätigkeit und Investitionspläne der Unternehmungen. In manchen Branchen sorgten das hohe Zinsniveau und die restriktive Wirtschaftspolitik für einen raschen Nachfragerückgang. Die deflationäre Wirkung der Devisenerträge von Ländern, die diese Kaufkraft nicht unmittelbar für Käufe in den Industrieländern nutzen konnten, traf zusätzlich auf die rezessiven Tendenzen.

Es kann hier nicht der Versuch unternommen werden, die Kausalzusammenhänge dieses Prozesses zu analysieren. Zweifellos werden Ökonomen und Wirtschaftspolitiker aus den dramatischen Abläufen der letzten zwei Jahre Lehren ziehen müssen.

Internationale mittelfristige Wachstumsaussichten

Fundierte mittelfristige Wirtschaftsprognosen liegen derzeit nur für wenige Länder vor. Erst im Laufe des kommenden Winters ist eine neue mittelfristige Wirtschaftsprognose der OECD zu erwarten.

Die verfügbaren Prognosen für die kommenden 5 Jahre gehen übereinstimmend davon aus, daß die retardierenden konjunkturellen Tendenzen im Jahr 1976 von neuen Auftriebskräften abgelöst werden. Diese werden vom Ende des Lagerzyklus, von einer Belebung der Exportnachfrage, besonders aus den ölexportierenden Ländern — vor allem nach Investitionsgütern und Einrichtungen der Infrastruktur — von Investitionen, die den neuen Preisstrukturen (besonders den höheren Energiekosten) Rechnung tragen, sowie vom Ersatzbedarf an Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern erwartet. Der genaue Zeitpunkt des neuen Aufschwungs ist gegenwärtig schwer abzuschätzen.

Einige Übereinstimmung herrscht auch darüber, daß die Strukturprobleme der Industriestaaten zunächst keinen Aufschwung, der das Ausmaß des Wachstumsverlustes wettmachen könnte, zulassen werden. Verantwortlich für diesen Wachstumsausfall sind vor allem die folgenden Faktoren zu machen: die Verschiebungen der Nachfrage führen zu einem Sinken der Kapitalproduktivität in den Sektoren, die den neuen Trends nicht angepaßt sind, beispielsweise in der Automobilindustrie. In einzelnen Ländern hat die extrem schwache Investitionsneigung schon 1971 eingesetzt. Die Reduzierung des Kapitalstocks kann unter den geschilderten Umständen nicht durch eine Steigerung der Kapitalproduktivität ausgeglichen werden. Die Wachstumsrate des potentiellen Brutto-Sozialprodukts wird somit durch einen steigenden Kapitalkoeffizienten bei gleichzeitig höchstens stagnierendem Kapitalstock gedrückt. Besonders ausgeprägt könnte dieser negative Wachstumseffekt mit möglicherweise bedenklichen beschäftigungspolitischen Konsequenzen in der *Bundesrepublik*

Deutschland sein. Länder mit größeren Zahlungsbilanzschwierigkeiten *(Italien, Großbritannien, Dänemark)* werden nur eine vorsichtige Wiederbelebung der heimischen Nachfrage zulassen können. Für Länder, die nur wenig Investitionsgüter exportieren können, speziell die weniger entwickelten *südosteuropäischen Länder,* haben sich die mittelfristigen Wachstumsaussichten deutlich verschlechtert, weil ihr Außenhandelsangebot wenig zusätzliche Impulse erfahren könnte. In *Japan* scheint sich als bisher einzigem Industrieland nach einer langen Periode eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von rund 10% pro Jahr tatsächlich eine neue politische Einstellung zum Wirtschaftswachstum durchgesetzt zu haben. Überdies hat sich dort der Spielraum für einen weiteren Aufholprozeß gegenüber den höchstentwickelten Industriestaaten verkleinert. Eine Reduzierung auf einen Wachstumstrend von rd. 7% ist dort wahrscheinlich. Auch der neue siebente *französische* Wirtschaftsplan wird voraussichtlich von einem geringeren Trendwachstum ausgehen.

Eine Verbesserung der bisherigen Trends zeichnet sich für Netto-Exporteure von Energie *(Kanada, Norwegen, Island)* ab. Eine Wiederbelebung der *amerikanischen* Konjunktur könnte in beträchtliche freie Kapazitäten hineinwachsen, ohne die Arbeitslosigkeit ganz aufsaugen zu können und ohne durch Zahlungsbilanzüberlegungen sehr behindert zu sein.

Mittelfristige Wachstumsschwankungen in Österreich und ihre Bestimmungsgründe

In der Nachkriegsentwicklung der österreichischen Wirtschaft sind einige ziemlich klar voneinander zu unterscheidende Phasen zu beobachten: Die unmittelbare Nachkriegszeit, deren Sondersituation uns heute bei prognostischen Überlegungen kaum interessiert, kann mit der Währungsstabilisierung als abgeschlossen angesehen werden. Gemessen an den Wachstumsraten der Industrieproduktion, der Exporte, der Beschäftigung und des BNP kam dann eine Phase rascher Expansion, die

um das Jahr 1961 zu Ende ging. 1961 wurde der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht. Gleichzeitig trat die Wirtschaft in eine Phase struktureller Umorientierung ein, die von der Bildung zweier europäischer Handelsblöcke beeinflußt war. Niedrigere Wachstumsraten als vordem ließen Zweifel am Wachstumspotential der österreichischen Wirtschaft aufkommen. Es war viel von Strukturkrise die Rede. Der Förderung des Wirtschaftswachstums verschrieben sich die Parteiprogramme der beiden großen Parteien und auch die Sozialpartner suchten im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ausdrücklich zur Klärung von Wachstumsproblemen beizutragen. Gegen Ende der sechziger Jahre und noch bis 1973 kam dann für viele, auch für Experten, überraschend das zweite österreichische Wirtschaftswunder (das erste war der Beweis der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit nach dem Krieg): eine neue Aufschwungsphase mit einer Dauer und einem Ausmaß, die selbst die goldenen fünfziger Jahre in den Schatten stellte und international exzeptionell war.

Das Ende dieser Phase ist jetzt eindeutig gekommen. Österreich ist in der internationalen Wirtschaftskrise kein Ausnahmefall mehr. Wir konnten gar nicht erwarten, eine Stagnation dieses Ausmaßes überbrücken zu können.

Die mittelfristigen Wachstumsschwankungen lassen sich bemerkenswert gut aus einem Zusammenspiel zweier Variabler erklären: der Veränderung der Nachfrage nach österreichischen Exporten und der Veränderung des Beschäftigtenangebots.

Der Auslandsnachfrage kommt als exogener Anstoß für eine Belebung der inländischen Nachfragekomponenten (Konsum, Investitionen, öffentliche Ausgaben) eine sehr wesentliche Rolle zu, die vor allem im Laufe der Jahre ständig gewachsen ist. Vom Zuwachs des BNP zwischen 1956 und 1974 wurden mehr als 50% vom Export getragen, zwischen 1967 und 1974 war dieser Anteil sogar schon 70%. Das Zusammenspiel mit der anderen Variablen geschieht in der Weise, daß einmal die Verknappungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt der Nachfrageausweitung Schranken setzen können, auf der anderen Seite

bei Abschwächungen der Auslandsnachfrage die Beschäftigung vor allem Einkommensaspekte hat, die die inländische Nachfrage stützen. Das mag dann Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit haben.

Für die Beurteilung der österreichischen Wachstumsaussichten hat daher die Analyse unserer Exportmöglichkeiten entscheidende Bedeutung. Wir haben dabei die Veränderung der österreichischen Exporte auf mehrere Faktoren zurückgeführt: die erste und zweifellos wichtigste, andererseits aber von Österreich aus nicht zu beeinflussende Komponente ist die Veränderung der ausländischen Importe, gleich aus welchem Land sie bezogen werden. Der zweite Einfluß ist ein Strukturefekt: er besteht darin, daß aus geographischen Gründen die österreichischen Ausfuhren sich auf bestimmte Länder konzentrieren und andere Regionen vernachlässigen. Wenn nun die Einfuhren der Länder, auf die sich der Handelsverkehr mit Österreich konzentriert, rascher wachsen als die der entfernteren Länder, so hat Österreich eine Chance, seine Exporte rascher auszuweiten, als die Weltimporte wachsen. Dies aber nur dann, wenn der österreichische Marktanteil zumindest konstant bleibt.

Die Entwicklung dieses um rein geographische Strukturefekte bereinigten Marktanteils ist hochinteressant, weil sich in ihr die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Produkte spiegelt.

Der bereinigte österreichische Marktanteil begann bereits 1958 zu sinken, als die Ausfuhren noch rasch zunahmen. Der Rückfall beschleunigte sich, bis er 1966 seinen tiefsten Punkt erreichte. Von da an, wohlgemerkt diesmal in einer Phase schwacher ausländischer Nachfrage, stieg der wettbewerbsbedingte Marktanteil allmählich bis 1973 wieder an. Nun läßt sich nachweisen, daß rd. drei Viertel dieser Bewegungen der österreichischen Konkurrenzfähigkeit durch drei Faktoren zu erklären sind: die Entwicklung unserer Exportpreise im Verhältnis zu jenen unserer Konkurrenten, die Entwicklung des Wechselkurses des Schilling im Vergleich zu anderen Währun-

gen und das Zusammenwirken der Maßnahmen im Rahmen der westeuropäischen Integration, die Österreich zum Teil begünstigten (EFTA), zum Teil diskriminierten.

Diese Feststellung scheint der österreichischen Wechselkurspolitik und der Einkommenspolitik einen entscheidenden Einfluß auf die Wettbewerbsfähigkeit beizumessen. Dies mag kurzfristig auch gelten. Längerfristig darf man den Zusammenhang jedoch nicht so direkt interpretieren: Hier sollte der Wechselkursentwicklung nur konstatierende Bedeutung zukommen und nicht die Einkommenspolitik, sondern nur der Produktivitätsfortschritt sollte die relative Preisentwicklung bestimmend steuern.

Für das Angebot an Arbeitskräften liegt seit kurzem eine Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung vor, die sich auf die neuesten demographischen Trends und eine Analyse der Erwerbsquoten stützt. Nach dieser Vorschau ist für den Rest der siebziger Jahre mit einem natürlichen Zuwachs der heimischen unselbständig Beschäftigten zu rechnen, der im Durchschnitt über 30.000 jährlich liegen wird.

In der Zeit bis 1971 verliefen die Steigerungsraten der realen Netto-Investitionen und die Veränderung des Beschäftigtenstandes annähernd parallel. Seither wurde zwar die Beschäftigung (bis 1974) noch kräftig ausgeweitet, die Investitionsneigung ging jedoch rasch zurück. Mittelfristig muß der Ausfall von Investitionen die Wachstumschancen beeinträchtigen, weil die Nutzung von Neuerungen im Produktionsapparat unterbleibt und weil ein neuer Konjunkturaufschwung rascher an die Kapazitätsgrenzen stoßen könnte. Bezogen auf unsere früher dargelegten Zusammenhänge zwischen Zuwachs des Brutto-Nationalprodukts, Beschäftigung und Exporten bedeutet das, daß geringere Zuwächse der Arbeitsproduktivität und möglicherweise auch ein vorübergehend sinkender Marktanteil der Exporte zu erwarten sind.

Unter den geschilderten Annahmen über eine mäßige Belebung der Konjunktur ab 1976 und der Analyse der mittelfristigen Funktionalbeziehungen innerhalb der österreichischen

Wirtschaft, scheint sich von 1976 bis 1980 ein durchschnittliches Wachstum in der Größenordnung von rd. 4% jährlich abzuzeichnen. Je Erwerbstätigen ist dies nahezu um 2% jährlich weniger als zwischen 1961 und 1970 und um 1% weniger als zwischen 1971 und 1974. Die verminderten Produktivitätszuwächse werden nicht ohne Auswirkungen auf die Realeinkommenssteigerungen der österreichischen Bevölkerung bleiben. Immerhin scheint jedoch damit bei entsprechender Arbeitsmarktpolitik die Vollbeschäftigung der zusätzlich ins Erwerbsleben eintretenden Österreicher annähernd gesichert.

Konsequenzen der Wachstumsverlangsamung für die Industrie- und Exportpolitik

Prof. Dipl.-Vw. Dr. Stefan Koren

Obmann des Parlamentsklubs der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei

Das Thema dieser Tagung und meines Referats geht von der Hypothese aus, daß eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums als gegeben anzunehmen ist und daß die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu untersuchen sind.

Der hypothetische Charakter dieser Themenstellung ist deshalb besonders zu betonen, weil wir uns international, aber auch in Österreich, in einer wirtschaftlichen Entwicklungsphase befinden, in der es — auch in der theoretischen Diskussion — notwendig ist, sehr subtil zwischen kurzfristig konjunkturell bedingten und allenfalls länger- oder langfristig wirkenden Datenänderungen zu unterscheiden.

Was wir heute mit großer Sicherheit feststellen können, sind die eindeutigen Anzeichen dafür, daß die Konjunkturabschwächung in der westlichen Welt (bei allen graduellen Unterschieden und time lags zwischen den Ländern) länger dauert und ein stärkeres Ausmaß erreicht, als vielfach noch vor einem halben Jahr angenommen wurde. Im Vordergrund stehen aber vorerst primär die konjunkturellen Phänomene und demnach auch konjunktur- und beschäftigungspolitische Betrachtungsweisen.

In welchem Ausmaß die gegenwärtigen Rezessionstendenzen nicht nur unmittelbare Anzeichen einer konjunkturellen Abschwungsphase, sondern auch schon Indikatoren der in den letzten Jahren viel besprochenen Trendänderung des Wirtschaftswachstums sind, kann dagegen wohl noch niemand zeitlich und quantitativ mit dem Anspruch auf wirtschaftspolitische Relevanz abgrenzen.

Zur Hypothese des langsameren Wirtschaftswachstums

Hier gebietet uns die einfache Logik (Prof. Knapp hat dies kürzlich in den „Finanznachrichten" plastisch zum Ausdruck gebracht) — im Verein mit der Zinseszinsrechnung — zu akzeptieren, daß kein Wachstumsprozeß unvermindert und unbegrenzt anhalten kann, ohne (aus heutiger Sicht gesehen) in einer durchaus absehbaren Zukunft Unmöglichkeitswerte zu ergeben.

Wir wissen aber auch, daß neben der logisch erklärbaren Unmöglichkeit eines unbegrenzten Andauerns eines Wirtschaftswachstums von 5 und mehr Prozent andere „wachstumsbegrenzende" Problembereiche in den letzten Jahren deutlich gemacht und bewußt wurden — z. B. alle jene Fragen, die insbesondere durch den Club of Rome schockartig aktualisiert worden sind und die Begrenztheit der irdischen Ressourcen sowie die Gefährdung der Lebensbedingungen und der Umwelt aufzeigen. Zudem aber sind noch einige andere Faktoren, die mitentscheidende Voraussetzungen für die ungewöhnlich starke wirtschaftliche Expansion der letzten drei Jahrzehnte waren, seit geraumer Zeit in Änderung begriffen und werden durch diese Änderung eher hemmend auf das künftige Wirtschaftswachstum wirken:

- Das weltpolitische Gleichgewicht (Patt) ist seit einiger Zeit stärker gestört als je zuvor in den letzten 30 Jahren.
- Die Rohstoff-, insbesondere die Erdölländer, haben die wirtschaftliche Macht ihrer Monopolsituation gegenüber der

hochindustrialisierten Welt entdeckt. Der politische Einsatz dieser Macht kann zumindest nicht mehr ausgeschlossen werden.

- Schließlich haben drei Jahrzehnte stürmischer Wohlstandsentwicklung die demokratischen Systeme des Westens weniger effizient werden lassen. Das Anspruchsdenken ist größer und die politische Barriere niedriger geworden. Mit anderen Worten, die Politik ist zunehmend aus der Position des Gestaltens in die Position des Getriebenwerdens geraten.
- Dadurch mußte die Harmonie der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung, die bis in die sechziger Jahre nur durch gelegentliche Dissonanzen aus einzelnen Ländern gestört worden war, in zunehmendem Maß in die allgemeine Disharmonie wirtschaftlicher Entwicklung und wirtschaftspolitischer Verhaltensweisen übergehen.

  Die außergewöhnlich rasche Zunahme der durchschnittlichen Inflationsraten in der westlichen Welt bei gleichzeitig viel stärkerem Auseinanderklaffen der Entwicklung in den einzelnen Ländern, mußte zuerst die Währungsordnung aushöhlen und in der Folge die Tendenz zu nationalen Protektionismen erheblich verstärken.
- Auch im Verhältnis zwischen Wirtschaftswissenschaft und angewandter Wirtschaftspolitik ist — zumindest in den letzten Jahren — ein erheblicher Beziehungswandel eingetreten. Für die Zielsetzungen der aktuellen Wirtschaftspolitik des ersten Vierteljahrhunderts der Nachkriegszeit — Aussteuerung von Konjunktur-(Wachstums-)schwankungen bei möglichster Wahrung der Stabilität und eines hohen Beschäftigungsgrades — hat die Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie ein ausreichend gesichertes, funktionsfähiges und anwendbares wirtschaftspolitisches Instrumentarium zur Verfügung gestellt.

  Spätestens mit dem Ende der sechziger Jahre und dem Beginn der inflationären Wachstumsphase der ersten

Hälfte der siebziger Jahre hat die Entwicklung jenen Limes überschritten, über den hinaus dieses gesicherte wirtschaftspolitische Instrumentarium nicht mehr verwendbar war. Für eine politische Zielsetzung möglichst maximaler Einkommenssteigerung bei maximaler Vollbeschäftigung und dazu noch möglichst großer finanzieller Stabilität konnte die Nationalökonomie bisher keine gebrauchsfertigen wirtschaftspolitischen Kochrezepte liefern.

Vielleicht ist die verbreitete Flucht der Ökonomen aus der Wirklichkeitsnähe in die abstrakten Gefilde der Formaltheorie und des Modellbaues von der Überforderung durch die Wirklichkeit mit induziert oder zumindest beschleunigt worden.

Alles in allem lassen sich also nahezu beliebig viele Gründe dafür anführen, daß eine historische Phase der weltwirtschaftlichen Entwicklung — welche die Wirtschaftshistoriker später einmal vielleicht die „Periode der weltwirtschaftlichen Explosion nach dem 2. Weltkrieg" nennen könnten — im Ausklingen begriffen ist, d. h. in eine neue Phase übergehen wird, die unter anderen Bedingungen, anderen Problemen, anderen Abläufen und anderen Kostenschätzungen auch zu anderen und quantitativ geringeren Ergebnissen führen wird als in den zurückliegenden drei Jahrzehnten.

Später einmal werden Wirtschaftshistoriker den Zeitpunkt der Zäsur einigermaßen exakt bestimmen können. Heute sind wir jedenfalls nicht in der Lage, diesen Zeitpunkt der Trendwende auch nur annähernd so zu bestimmen, daß daraus kurzfristig neue politische und wirtschaftspolitische Zielvorstellungen und Verhaltensweisen abgeleitet werden könnten.

Es wäre Illusion zu glauben, es könnte kurzfristig möglich sein, jene psychologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Denkkategorien, welche letztlich die Triebkräfte für die Überforderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in den letzten Jahren waren, plötzlich abzubauen und durch andere zu ersetzen.

Dazu bedarf es entweder einer schockartigen Ernüchterung oder eines verhältnismäßig langwierigen, durch empirische Erfahrung unterstützten Prozesses einer neuen Bewußtseinsbildung.

Ein Ansatz zu einer solchen Schockwirkung, die eine Änderung der politischen Verhaltensweisen ermöglicht hätte, war die Erdölkrise vom Herbst 1973. Als sie sich wenige Monate später als Alptraum entpuppte, war auch ihre ernüchternde Wirkung dahin. Die gegenwärtige Konjunkturdämpfung, die sich weltweit zur stärksten Abschwungsphase der Nachkriegszeit hin entwickelt, hat bisher kaum eine Tendenz zur Bewußtseinsänderung ausgelöst. Eher scheint heute die Bereitschaft zu bestehen, auch um den Preis einer zweiten oder dritten Stufe der Inflation an den bisherigen Wunschvorstellungen festzuhalten, als der Wille, den notwendigen und ernüchternden Übergangsprozeß in eine neue Periode wirtschaftlicher Entwicklung von den unvermeidlichen Reibungsverlusten weiterer und stärkerer Inflationsphasen frei zu halten.

Die empirische Konjunkturforschung befindet sich derzeit in der wahrscheinlich schwierigsten Situation ihrer jüngeren Geschichte. Seit einem Dreivierteljahr bestehen kurzfristige Wirtschaftsprognosen nur in einem laufenden Anpassungsprozeß an die jeweils rezenten, meist rückläufigen Wirtschaftsdaten. Fundierte prognostische Aussagen über Intensität, Dauer oder sektorale Ausbreitung der Konjunkturabschwächung haben kaum mehr als spekulativen Charakter.

Vollends wagt es heute wohl niemand, über eine mittlere Frist den Ablauf der Wirtschaftsentwicklung in Grenzwerten zu bestimmen. Dennoch möchte ich mit allen Vorbehalten eine Spekulation wagen: Ich glaube nicht — ohne dafür fundierte Beweise anbieten zu können —, daß der Übergang aus der Periode hohen Wachstums über die gegenwärtige Rezession nahtlos in eine Periode längerfristig geringeren Wachstums erfolgen wird. Eher wird sich dieser Anpassungsprozeß über eine längere *„Taumelphase“* hin erstrecken — eine Periode, in der es zu noch stärkeren konjunkturellen Phasenverschiebungen zwischen den Industrieländern, hektischeren und unkoordi-

nierteren wirtschaftspolitischen Reaktionen und rascheren Vorzeichenänderungen kommen wird.

Die Begründung für diese spekulative Überlegung liegt in einer realistischen Einschätzung der verhältnismäßig langen Dauer, die eine wesentliche Änderung der gesellschaftlichen und politischen Verhaltens- und Reaktionsweise erfordern wird. Außerdem kann eine friktionsfreiere Anpassung der Weltwirtschaft an veränderte Wachstumsbedingungen wohl nur dann erwartet werden, wenn ein vergleichsweise extrem hohes Maß der Bereitschaft zur internationalen Koordination wirtschaftspolitischer Zielsetzungen und Verhaltensweisen bestehen würde. Daß vorerst eher ein Desintegrations- und teilweise fast ein Entsolidarisierungsprozeß im Gang ist, muß wohl nicht näher begründet werden.

Wenn daher über Konsequenzen einer Wachstumsverlangsamung gesprochen wird, dann können sich diese Überlegungen im Sinne der obigen Annahmen nur auf jene Folgen beziehen, die sich aus einer Verminderung des Wachstumstrends der Gesamtwirtschaft, d. h. bei einem längerfristig verminderten Wirtschaftswachstum, mutmaßlich ergeben können. Solche Überlegungen haben einen hohen Unsicherheitsgrad und eine Reihe zugrunde gelegter stillschweigender Voraussetzungen, ohne deren Zutreffen jede prognostische Überlegung sinnlos werden würde — wie etwa die Voraussetzung, daß der internationale Handel mit Energie, Rohstoffen und Fertigwaren keinen essentiellen Beschränkungen unterworfen wird, daß der internationale Zahlungsverkehr im wesentlichen funktionsfähig bleibt oder daß die Durchsetzung politischer Ziele nicht über die Ausnutzung wirtschaftlicher Macht geführt wird.

Strukturänderung der österreichischen Industrie

In den zurückliegenden 30 Jahren hat sich die österreichische Industrie bei rascher Expansion strukturell grundlegend verändert. Sie hat sich dabei von einer nahezu zwingend auf protektionistischen Schutz angewiesenen und in ihren

Schwerpunkten überwiegend auf Grundstoffe, Halbwaren und traditionelle Fertigwaren ausgerichteten Struktur inzwischen zu einer hoch exportintensiven, schwergewichtigen Fertigwarenindustrie gewandelt.

Einen ungefähren Eindruck, wie rasch Schwergewichtsverlagerungen zwischen den Industriezweigen eingetreten sind, vermittelt allein die Produktionsentwicklung der letzten sieben Jahre (1967 bis 1974), in welchen die Branchenindizes der Industrieproduktion (23 Branchen) Veränderungen von — 15% und — 10% (Bergbau, Lederindustrie) bis zu + 248% und + 268% (Chemie, Elektro) aufweisen.

Die Zahlen zeigen aber auch, daß — von Ausnahmen (Bergbau) abgesehen — strukturelle Anpassungen der Industrie überwiegend oder fast ausschließlich in der unterschiedlich raschen Flucht nach vorn erfolgt sind. Der Strukturanpassungsprozeß erfolgte also weitestgehend nicht durch Schrumpfung auf der einen und Expansion auf der anderen Seite, sondern durch Vorauseilen und Zurückbleiben in einer allgemeinen Aufwärtsentwicklung.

Diese Feststellung ist deshalb wesentlich, weil sie bedeutet, daß der industrielle Strukturprozeß im allgemeinen ohne Arbeitskräftewanderung zwischen Industriezweigen erfolgen konnte und daher relativ friktionsfrei im Sozialbereich blieb.

Dennoch ist die Industriestruktur nach wie vor rezessions- und wachstumsanfällig. In allen Konjunkturdämpfungsphasen der Nachkriegszeit sind diese „strukturproblematischen" Industriebereiche deutlich sichtbar geworden, sie wurden von Rückschlägen rascher, stärker und meist auch länger (Eisen, Textil, Papier) erfaßt als andere Zweige. In jedem Aufschwung verschwinden diese Probleme weitgehend, um später wiederzukehren. Auch in der industriellen Rezession seit dem Herbst 1974 liegen die Dinge ähnlich. Am stärksten sind wieder jene Bereiche betroffen, die strukturell empfindlich reagieren.

Eine längerfristige Verlangsamung des durchschnittlichen Wachstums der Industrie muß daher fraglos den bisherigen Strukturanpassungsdruck verstärken.

Längerfristig geringere Wachstumsraten der Industrieproduktion machen somit zwangsläufig stärkere Anpassung und damit eine größere Flexibilität der Industriestruktur notwendig. Diese Tendenz wird wahrscheinlich dadurch verstärkt, daß sich die Struktur des Güterexports weiter zugunsten hochwertiger technischer Güter mit hohem Technologiegehalt verändern wird. Damit wird aber auch die regionale Streuung im Rahmen des Außenhandels größer werden und mehr Beweglichkeit erfordern.

Zielrichtung der Industriepolitik

Die generelle Zielrichtung der Industriepolitik wird daher in der Zukunft auf maximale Anpassungsförderung ausgerichtet werden müssen:

- Im *Bereich der Beschäftigungs- und Führungsprobleme* wird es darauf ankommen, sowohl die Beweglichkeit des Arbeitsmarktes als auch die technischen und betriebswirtschaftlichen Qualitäten des Managements zu verbessern. Durch das Arbeitsmarktförderungsgesetz ist ein wesentlicher Ansatzpunkt bereits gegeben. Es sollte in der Richtung auf Förderung der Qualifikationssteigerung sowie der Umschulung in andere Berufe durch ausreichende soziale Absicherung personellen Strukturwandels ausgeweitet werden.
- Für den *Bereich der Unternehmensführung* sollten die Einrichtungen zur betriebswirtschaftlichen, technischen und technologischen Ausbildung und Hilfestellung entscheidend intensiviert werden. Darüber hinaus könnte ich mir sektorale Marktforschungs- und Beobachtungseinrichtungen vorstellen, die überbetrieblich organisiert, aber mit öffentlicher Förderung und in Kooperation mit den Außenhandelsorganisationen, ihre Dienste den Unternehmungen und der Wirtschaftspolitik zur Verfügung stellen.
- Für den *Bereich der Investitionspolitik* sollten die bestehenden Einrichtungen der Investitionsförderung mit neuen

Impulsen erfüllt werden, insbesondere aber ihr Aktionsspielraum vergrößert und ihre finanzielle Basis verstärkt werden. Die Einbeziehung der bisher eher skeptisch beurteilten Auslandsinvestitionen österreichischer Unternehmungen und eine verbreiterte Förderung von Kooperation müßte das investitionspolitische Instrumentarium ergänzen.

Ein Zentralproblem im finanziellen Bereich scheint aber für die Zukunft eine Lösung des Problems der Finanzierungsstruktur rasch wachsender Unternehmungen zu sein.

Besonders im mittleren Unternehmensbereich haben die letzten 10 Jahre die Erfahrung gebracht, daß besonders rasch wachsende Unternehmungen im Innovationsbereich (manchmal mit Wachstumsraten von 20% und darüber) zwar in einer ersten Entwicklungsphase ihre Expansion finanzieren können, in der Folge aber in bisher unlösbare Probleme einer rasch wachsenden Verschlechterung ihrer Finanzierungsstruktur geraten, bis schließlich rasch wachsende Fremdfinanzierungsanteile zu Finanzierungsengpässen und in der Folge zum Eigentumsübergang führen. Ohne das Schlagwort von der „Überfremdung" zu strapazieren, glaube ich doch, daß hier neue Mittel und Instrumente eingesetzt werden müßten, um diese Probleme zu lösen.

Zum Schluß noch einige allgemeine Überlegungen: Die österreichische Wirtschaft und insbesondere die Industrie befindet sich im Augenblick zweifellos in einer der schwierigsten Situationen seit den letzten 30 Jahren. Nicht nur der konjunkturelle Rückschlag, der nach dem letzten Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts unerwartet stark geworden ist, und die ungewöhnlich pessimistischen Erwartungen im Konjunkturtest des Instituts, sondern auch die internationalen Datenänderungen lassen auf mittlere Sicht eine schwierige Situation erwarten.

In ähnlichen wirtschaftlichen Phasen der Vergangenheit, wie etwa am Beginn der sechziger Jahre, hat die Wirtschaftspolitik in Österreich wesentliche und entscheidende Impulse

aus dem breiten Bereich von Fachleuten und Fachgremien erhalten.

Unabhängige Fachleute und Experten, Fachleute der Interessensorganisationen und die Wirtschaftsjournalistik haben in dieser Zeit durch Kritik und Anregungen entscheidend zur Modernisierung der österreichischen Wirtschaftspolitik beigetragen. Wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, wie die Verbesserung der Investitionsfinanzierung, die Schaffung des Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, des Strukturverbesserungsgesetzes, der Arbeitsmarktförderung u. a., sind letzten Endes als Produkte einer langjährigen Diskussion in Gremien außerhalb des unmittelbaren politischen Bereiches zu betrachten.

Diese wichtigen Impulse haben leider in den letzten Jahren erheblich nachgelassen. Wir werden auch eine Wiederbelebung dieser konstruktiven, kritischen Diskussionsbereiche mehr als nötig haben.

Konsequenzen der Wachstumsverlangsamung für die Fiskalpolitik

Dkfm. Dr. Hannes Androsch

Bundesminister für Finanzen

In der historisch gesehen so kurzen Zeit von weniger als einem Jahrfünft haben die Industriestaaten zur Kenntnis nehmen müssen, daß die realen Ressourcen und damit die faktischen und potentiellen Einkommen zwischen den Staaten und Staatengruppen anders verteilt sind, als dies noch vor wenigen Jahren weiten Kreisen bewußt war. Mit diesem Bewußtsein ist auch ein Klima hergestellt worden, in dem der Knappheitsbegriff wieder zu einer vielseitig beachteten Kategorie wurde.

Über die Rohstoff- und Energietransaktionen spielen sich bedeutende Einkommensverlagerungen ab. Die Implikationen dieser Entwicklung auf Preise und reale Einkommen in den Industriestaaten, damit im Zusammenhang auf ihr Wirtschaftswachstum und auf die Bilanzen ihrer externen Transaktionen, liegen auf der Hand.

Trotz der von Land zu Land recht unterschiedlichen konjunkturellen Gegebenheiten ist doch der rezessive Charakter — die Welt erlebt derzeit ihre schärfste Rezession seit der Weltwirtschaftskrise — im internationalen Gesamtbild vorherrschend. Wir leben sozusagen in der „einen Welt" der Probleme.

Die Abhängigkeit des einzelnen Industriestaates von Rohstoff- und Energiebezügen aus dem Ausland bewirkt einen hohen Grad der Internationalisierung der Probleme. Trotz gewisser Ansätze und trotz einer verstärkten internationalen Konferenzaktivität dürfte die Internationalisierung der Lösungen noch in ferner Zukunft liegen. Viele der gegebenen Probleme sind nur im Wege des zwischen den Staaten und den Blöcken herzustellenden Interessensausgleichs lösbar. Auch bei Funktionieren der internationalen Kooperation bleiben freilich die im autonomen Bereich der Staaten zu treffenden Entscheidungen unerläßlich.

Im Zentrum solcher Entscheidungen stehen die Maßnahmen zur Sicherung des Wirtschaftswachstums in einem so ausreichenden Maß, daß es Friktionen vermeiden hilft. Dazu bedarf es aber des rechtzeitigen Bemühens zur Entwicklung neuer Wachstumskonzeptionen, nicht zuletzt solcher, die auch über die herkömmliche Sozialproduktsdefinition hinausgehen. Zwei Umstände müssen in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden.

Einmal kann das Erreichen der technologischen Wende von Produktionsfortschritt zu Prozeßfortschritt nicht ausgeschlossen werden. Struktur- und wachstumspolitisch müßte dem durch einen höheren Kapitalkoeffizienten Rechnung getragen werden.

Hieraus kann sich aber zweitens eine Verteilungsproblematik ergeben, wenn zur Konsumsteigerung weniger Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die stark spürbare weltwirtschaftliche Rezession drückt auch die Wachstumsaussichten Österreichs. Die Strukturverbesserungen und die erhöhte Krisenfestigkeit, die in der Hochkonjunktur des zurückliegenden Jahrfünfts erreicht werden konnten, haben dazu geführt, daß die österreichische Volkswirtschaft nicht mehr in dem Maß einseitig Konjunkturnehmerin ist, wie ihr das in den sechziger Jahren nachgesagt wurde.

Mehr denn je ist es jedenfalls geboten, das in Österreich in den letzten Jahren verfolgte Konzept der Gesamtstabilität

beizubehalten. Dieses Konzept zielt auf die Kombination von und die Ausgewogenheit zwischen Stabilität des Geldwertes, Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und Sicherung eines Wirtschaftswachstums ab, das ertragsmäßig die Durchführung der notwendigen strukturpolitischen Maßnahmen ermöglicht.

Aus dem ökonomischen Argument für ein angemessenes Wirtschaftswachstum leitet sich das politische ab. Der durch rückläufiges Wachstum bedingte Beschäftigungsrückgang muß zu starken politischen Widerständen der Arbeitnehmerinteressensvertretungen führen. Hält eine solche Situation längere Zeit hindurch an, so ist die Krise des gesellschaftlichen und politischen Systems die Folge. Die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus ist somit neben der selbstverständlichen moralischen Verpflichtung auch Erfüllung der politischen Verantwortung.

Die Realisierung dieser Ziele gebietet klar bei im Konjunkturverlauf auftretenden Einschränkungen privater Investitionen die kompensatorische Intervention des öffentlichen Sektors.

Die Einnahmen des öffentlichen Sektors stehen in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Aktivität eines Landes, konjunkturelle Abschwächung zeitigt daher unmittelbare Auswirkung auf die Einnahmenentwicklung im Budget. Konjunkturadäquate Ausgabenpolitik bei konjunktureller Abflachung ist folglich auf dem Kreditweg zu finanzieren.

Vom Entwicklungs- und Wachstumsaspekt her gesehen, haben die öffentlichen Investitionen keine isolierte Stellung. Wohl sind der in der Regel hohe Kapitalkoeffizient und die verschiedentlich sehr lange Ausreifungszeit zu bedenken — für Investitionen im Bildungsbereich zwischen zehn und zwanzig Jahren, für Verkehrsanlagen fünf bis zehn Jahre. Bei gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsüberlegungen ist aber zu veranschlagen, daß Infrastrukturinvestitionen in sehr starkem Maß den Kapazitätseffekt privater Investitionen beeinflussen. Neben den unmittelbaren Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist der mittelbare quantitative und qualitative

Kapazitätseffekt zu berücksichtigen, der sich aus der Komplementarität zwischen öffentlichen und privaten Investitionen ergibt.

Dem Konzept der Gesamtstabilität folgend, müssen die Bemühungen zur Bekämpfung des Preisauftriebs fortgesetzt werden. Erstens, weil die gegenwärtige Preissteigerungsrate in Österreich immer noch zu hoch ist, auch wenn wir am Ende des internationalen Inflationsgeleitzuges rangieren. Zum zweiten aber, weil wir bei aller Ungewißheit über den Zeitpunkt und die Intensität der internationalen Konjunkturerholung heute schon alles unternehmen müssen, den Preissockel zu reduzieren, um eine noch viel schärfere Inflationsbeschleunigung durch die Konjunkturbelebung zu verhindern.

Weltpolitische Aspekte der Währungsreform

DDr. Hans Kloss

Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Die Ausgangslage der Reform des internationalen Währungssystems

Das Weltwährungssystem der Nachkriegszeit hat fast zwanzig Jahre hindurch relativ gut funktioniert. Es beruhte im wesentlichen auf festen Paritäten für die wichtigsten Währungen. Der grundsätzliche Fehler des Systems lag darin, daß der Dollar anderen Regeln unterworfen war als die übrigen Währungen. Im August 1971 erfolgte die formelle Aufhebung der Konversionsverpflichtung der Vereinigten Staaten, ohne daß sie gleichzeitig die Interventionsverpflichtungen auf den Märkten, wie sie für die Zentralbanken anderer Staaten bestanden, übernommen hätten.

Damit war auch die Ausweitung der internationalen Liquidität einer Kontrolle entzogen. So konnten sich auch die Devisenreserven in einem vorher nie gekannten Ausmaß erhöhen. Vom Ende des Jahres 1961 bis August 1971 — dem Zeitpunkt der Aufhebung der Dollarkonvertibilität — nahmen sie von 19·6 Mrd $ auf 55·6 Mrd $ zu; linear gerechnet, entspricht dies einer jährlichen Zunahme um nicht ganz 4 Mrd $. Von August 1971 bis März 1975 stiegen sie um nicht weniger als 100 Mrd $ auf 155·5 Mrd $. Selbst wenn man diese Daten in Sonderziehungsrechten ausdrückt, wodurch die Entwicklung

um die Dollarabwertungen bereinigt wird, ergibt sich noch immer das Bild einer überdimensionalen Ausweitung der Devisenreserven (Ende 1961 bis August 1971: + 36 Mrd SZR, August 1971 bis März 1975: + 69 Mrd SZR).

Die gesamten offiziellen *Währungsreserven* stiegen — in US-$ ausgedrückt — von 62'6 Mrd $ im Jahr 1961 auf 104'9 Mrd $ im August 1971, bis Ende März 1975 nahmen sie um weitere 118'5 Mrd $ auf 223'4 Mrd $ zu.

Rückblickend erscheinen daher die Bestrebungen grotesk, mittels Einführung der Sonderziehungsrechte zusätzliche Reservemittel zu schaffen. Als diese neuen Reservemittel durch den Beschluß von Rio de Janeiro 1967 geschaffen wurden, bestand die Sorge, daß infolge einer ausgeglichenen amerikanischen Zahlungsbilanz keine genügende Liquidität zur Finanzierung des in seinem Umfang immer mehr zunehmenden internationalen Zahlungsverkehrs zur Verfügung stünde, woraus sich die Gefahr von Deflation ergeben könnte.

Die tatsächliche Entwicklung verlief anders, und die überdimensionale Zunahme der Dollarreserven veranlaßte die Notenbanken, ihre Interventionen zugunsten des Dollar aufzugeben. Die Folge war das Einsetzen des Floatens der wichtigsten Währungen.

Dieser unsichere Zustand des Floatens war mitbestimmend für die Errichtung des sogenannten Zwanzigerkomitees im Währungsfonds — es wurde 1974 durch das Interimskomitee (so genannt, weil es als richtungsweisendes Organ für eine Interimsperiode zwischen der Bretton-Woods-Ära und einem neuen System fungieren soll) abgelöst. Die Aufgabe dieser Komitees ist es, Regeln und Richtlinien für ein neues Weltwährungssystem auszuarbeiten.

Das Ergebnis der bisherigen Arbeiten, die zusammen mit dem Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds erfolgen, war bescheiden, wobei der Ausbruch der Ölkrise einen wesentlichen Störfaktor dargestellt hat. Es wäre aber falsch, die Verzögerung einer umfassenden Reform des Weltwährungssystems allein darauf zurückzuführen: Die Energiekrise hat

bestehende wirtschaftliche Störungen nur stark hervortreten lassen; so war ohne Zweifel das Inflationsproblem in vielen Staaten schon *vorher* außer Griff geraten.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen sei auf einige Einzelprobleme eingegangen.

Internationale Liquidität und Recycling

Der Generaldirektor des IWF, Witteveen, hat kürzlich darauf hingewiesen, daß sich die Kontrolle der internationalen Liquidität wieder als vordringliche Aufgabe in den Vordergrund geschoben habe. Nach einer Mitteilung des Internationalen Währungsfonds belief sich der Leistungsbilanzüberschuß der wichtigsten Ölexportländer im Jahr 1974 auf rund 70 Mrd $, dem korrespondierende Defizite der übrigen Fondsmitglieder in Höhe von nur etwa 50 Mrd $ gegenüberstehen. Der Fonds erklärt diese Diskrepanz mit „asymmetrischer Erfassung" beim Ölhandel (time lags von 2 bis 3 Monaten); dieses Phänomen hängt ebenso mit der Tatsache zusammen, daß die Überschußländer ihre Überschüsse zunehmend kurzfristig auf den internationalen Geldmärkten anlegen und damit den „Reserve"-Charakter ihrer Mittel bewahren, während die Defizitländer diese Mittel ohne Schwierigkeiten zur Finanzierung ihrer Zahlungsbilanzlücken bzw. zu einer Auffüllung ihrer Währungsreserven heranziehen, so daß es zu Doppelerfassungen kommt. Witteveen sieht in dieser gleichzeitigen Zunahme der internationalen Liquidität und des internationalen Kredits eine gefährliche Bedrohung der Verteidigungspositionen gegen die Inflation, die sich noch verschärfen könnte, wenn sich die derzeit. noch bestehenden Recycling- und Rezessionsprobleme abschwächen.

Bisher haben die langen Debatten im Zwanziger- bzw. im Interimskomitee zu diesem Thema zu keinem Ergebnis geführt. Wesentlich mitbestimmend hiefür war, daß die energie- und rezessionsbedingte Krisenlage durch die größere Flexibilität des Wechselkurssystems infolge des Floatens der Währungen sowie

durch das Recycling ohne größere Schwierigkeiten überstanden werden konnte, *ohne* die notwendige Anpassung der Leistungsbilanzungleichgewichte vornehmen zu müssen, womit es zu keiner wirksamen Bekämpfung der auch von der Währungsseite ausgehenden Inflation kam.

Der bei weitem wichtigste Teil des Recycling erfolgt über das internationale Bankensystem, wobei die Banken früher oder später zu einer Grenze gelangen können, welche ihnen durch Erwägungen aus Gründen der Liquidität und Zahlungsfähigkeit gegeben ist. Bis zu einem Ausgleich der Leistungsbilanzen der Ölstaaten infolge vermehrter Importe werden daher zusätzliche offizielle Kanäle des Recycling zu eröffnen bzw. längerfristige Veranlagungen der Überschußländer etwa in Form von Portfolioinvestitionen und von produktiven Investitionen anzustreben sein.

Die Zukunft des Goldes und der Sonderziehungsrechte

Den Erwägungen über die Zukunft des Goldes ist der Beschluß des Interimskomitees voranzustellen, wonach die Rolle des Goldes schrittweise vermindert und letzten Endes das Gold überhaupt aus dem System ausgeschieden werden soll.

Grundsätzlich sind die Frage des Goldes des Währungsfonds einerseits und die Frage der Goldreserven der einzelnen Staaten andererseits zu unterscheiden. In diesen Fragen stehen einander vor allem die Positionen der Vereinigten Staaten und Frankreichs gegenüber.[1])

Nach dem Standpunkt der Vereinigten Staaten soll der Fonds die Hereinnahme von Gold grundsätzlich nicht mehr akzeptieren. Vereinbarungen der Zentralbanken über Goldtransaktionen dürften keinesfalls zu einer Erhöhung der offiziellen Goldbestände führen, wobei Zentralbanken nur im Falle

---

[1]) Das hier wiedergegebene Referat fand kurz vor der Sitzung des Interimskomitees vom 10. und 11. Juni 1975 statt. Siehe Anhang.

extremer Zahlungsbilanzsituationen Goldtransaktionen untereinander durchführen sollten. Bezüglich des Fondsgoldes schlagen die USA vor, daß von den Fondsbeständen (150 Mio Unzen Feingold) ein Sechstel an die Mitglieder zum offiziellen Preis zurückgegeben, ein Sechstel sukzessive am Markt verkauft werden soll, während zwei Drittel weiterhin im Fonds verbleiben sollen.

Die französischen Vertreter akzeptieren wohl einen Kodex des Wohlverhaltens zwischen den Zentralbanken sowie die Idee, daß sich die offiziellen Goldbestände nicht erhöhen dürfen, wenden sich jedoch scharf gegen jede Einschränkung der Freiheit der Zentralbanken bei Goldtransaktionen und setzen sich neuerlich für die gesamte Rückgabe des Fondsgoldes an die Mitglieder ein, um auf diese Weise ein echtes SZR-System zu schaffen.

Hinsichtlich der zukünftigen Rolle der Sonderziehungsrechte besteht weitgehende Übereinstimmung, daß sie zum wichtigsten Reservemittel werden sollen. Eine sehr wesentliche Voraussetzung hiefür ist die bereits jetzt angewandte Methode der Bewertung nach einem Währungskorb.

Die Frage des Floatens

Wie bereits erwähnt, war das Floaten der Währungen die Folge der Aufgabe der Interventionen der Notenbanken auf den Devisenmärkten.

Grundsätzlich war das Floaten von etlichen Nationalökonomen als Währungssystem par excellence angepriesen worden. Die Wirklichkeit hat gezeigt, daß das Floaten nicht zu „echten Austauschverhältnissen" und zu einer selbstwirksamen außenwirtschaftlichen Absicherung führte. Auch die Ansicht, bei floatenden Kursen seien Währungsreserven größeren Ausmaßes nicht nötig, fand nicht ihre Bestätigung.

Präsident Leutwiler von der Schweizerischen Nationalbank hat unlängst darauf hingewiesen, daß das wohl gewichtigste Argument zugunsten des Floatens, nämlich die Unabhängigkeit

der nationalen Geldpolitik von äußeren Einflüssen, nur sehr begrenzte Gültigkeit zu haben scheint. Wohl kann bei frei schwankenden Wechselkursen die Ausweitung der inländischen Geldmenge durch Kapitalzuflüsse vom Ausland verhindert werden, doch lassen sich die Kapitalbewegungen selbst bei unterschiedlicher Geldpolitik und Zinsentwicklung nicht vermeiden. Die *Abhängigkeit vom Ausland* tritt nun nicht mehr unmittelbar in der Geldmengenentwicklung, sondern *bei den Wechselkursen* in Erscheinung. Dadurch kann die Wettbewerbsstellung eines Landes derart verschlechtert werden, daß letztlich eine Anpassung der eigenen Geldpolitik unumgänglich wird.

Ein endgültiges Werturteil über das Floaten ist noch nicht möglich, da die Zeit seit seinem Einsetzen immer noch zu kurz ist. Die Entwicklungen der letzten Jahre, ausgelöst durch die Ereignisse auf dem Energiesektor und deren Folgeerscheinungen, haben aber die negativen Aspekte des Floatens klar zutage treten lassen. Diese Krise hat auch bewirkt, daß die ursprünglich vorgesehene allgemeine Rückkehr zu stabilen Wechselkursen zurückgestellt werden mußte. Wohl hat sich das Interimskomitee des Währungsfonds im Jänner d. J. das Ziel gesetzt, Vorsorge für „stabile, aber anpassungsfähige Paritäten" zu treffen; für „besondere Situationen" ist jedoch auch ein Floaten von Währungen vorgesehen, welches der Währungsfonds durch Aufstellung bestimmter Regeln überwacht. Es ist jedenfalls zu hoffen, daß das erstmals institutionell anerkannte Floaten zu keiner Dauererscheinung und das System stabiler, anpassungsfähiger Kurse wieder zum Grundpfeiler des internationalen Währungssystems wird.

Auch in der Wechselkursfrage stehen die USA und Frankreich als Vertreter gegensätzlicher Ansichten einander gegenüber. Die USA stehen auf dem Standpunkt, daß künftig jedes Land in der Wahl seines Wechselkurssystems frei sein sollte und der IWF lediglich von der Wahl zu unterrichten wäre; das betreffende Land habe sich — im Falle des Floatens — gemäß den Richtlinien des Fonds hiefür zu verhalten.

Frankreich tritt dagegen für das feste Wechselkurssystem als Kernstück der künftigen Währungsordnung ein; Floaten soll nur zeitlich beschränkt und mit Erlaubnis des IWF möglich sein.

Die Quotenfrage

In der Frage der Länderanteile am Internationalen Währungsfonds bildet die im Jänner 1974 beschlossene generelle Quotenerhöhung von 32½% mit einer Aufrundung um 322 Mio SZR auf einen Gesamtrahmen von 39 Mrd SZR den Ausgangspunkt. Hiebei wurde grundsätzlich davon ausgegangen, daß der Anteil der Ölstaaten zu Lasten der Industrieländer und der „anderen entwickelten Staaten" zu verdoppeln wäre, während der Quotenanteil der Entwicklungsländer unverändert bleiben sollte. Hinsichtlich der Aufteilung der für die Industriestaaten verbleibenden Erhöhung besteht keine Einigung[1]). Vor allem wollen die Vereinigten Staaten keine Senkung ihres Stimmenanteils unter 20% der gesamten Stimmrechte zugestehen, ebenso verlangt Frankreich eine Beibehaltung seines Anteils von etwas über 5%.

Für Österreich ergibt sich die Problematik, daß es sein Mitspracherecht innerhalb des Fonds, vor allem jedoch innerhalb der Ländergruppe, zu der es gehört (mit Belgien, Luxemburg und der Türkei), gewahrt haben will.

---

1) Siehe Anhang.

Knapp nach diesem Referat, nämlich am 10. und 11. Juni 1975, fand in Paris eine weitere Sitzung des Interimskomitees statt. Aus Aktualitätsgründen sei kurz auf diese Tagung eingegangen:

Trotz eines viele Fragen berührenden Kommuniqués, welches im Anschluß an die Sitzung herausgegeben wurde, konnten in den entscheidenden Punkten, nämlich der Quotenerhöhung — verbunden mit einer entsprechenden Veränderung der Stimmrechte —, in der Frage des Goldes sowie des zukünftigen Wechselkurssystems keine Entscheidungen getroffen werden. Zu einzelnen Punkten wurden die Exekutivdirektoren aufgefordert weiterzuverhandeln, doch erfolgte — abgesehen von der Quotenerhöhung — keine Setzung eines Zeitlimits.

Die Quotenerhöhung soll anläßlich der Währungsfondskonferenz im September 1975 beschlossen werden.

In der Goldfrage standen weiterhin die Meinungen der USA und Frankreichs einander gegenüber. Hinsichtlich des Goldes des Fonds stehen die Amerikaner auf dem Standpunkt, dieses sei Eigentum des IWF und sollte zum Teil verkauft und der Mehrerlös gegenüber dem offiziellen Preis für Entwicklungshilfe verwendet werden. Frankreich ist für die Rückgabe an die Mitgliedsländer, wäre aber einverstanden, hievon ebenfalls einen Teil den Entwicklungsländern zugute kommen zu lassen. Zum Problem der Goldtransaktionen zwischen Notenbanken bestehen ebenfalls erhebliche Auffassungsunterschiede: Die USA meinen, die Erhöhung der Goldbestände der einzelnen Notenbanken sollte ausgeschlossen werden, während Frankreich zwar anerkennt, daß sich die *gesamten* Goldreserven nicht mehr erhöhen sollten, für Transaktionen zwischen den Notenbanken aber völlige Freiheit fordert.

Auch in der Frage des Wechselkurssystems beharrten die beiden Staaten grundsätzlich auf ihren Standpunkten. Zunächst hatten die USA sogar verlangt, den bereits beschlossenen Grundsatz einer späteren Rückkehr zu festen Wechselkursen fallenzulassen, doch gaben sie diese Haltung im Verlauf der Sitzung auf. Sie forderten jedoch, daß es jedem Mitgliedsland überlassen bleiben sollte, welches Wechselkurssystem es anwenden wolle. Auffallenderweise fand andererseits auch die französische These einer sofortigen Rückkehr zu festen Kursen kaum Unterstützung.

Laut Kommuniqué bekräftigte das Interimskomitee in dieser Frage seine Ansicht, daß Vorkehrungen für stabile, aber anpassungsfähige Paritäten und für die Freigabe von Wechselkursen — in besonderen Situationen und unter geeigneten Regeln sowie Überwachung durch den Fonds — getroffen werden sollten, ohne näher auf den Zeitpunkt einer Rückkehr zu festen Kursen einzugehen.

Was kommt nach der Konsumgesellschaft?

Podiumsgespräch

LEITERIN:

DDr. Helga Nowotny
Direktor des Europäischen Zentrums für soziale Wohlfahrt

DISKUSSIONSTEILNEHMER:

Dozent Pater Dr. Herwig Büchele
S. J., Leiter der katholischen Sozialakademie

Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher
Leiter des Instituts für empirische Sozialforschung

DDr. Rupert Gmoser
Leiter der Otto-Möbes-Volkswirtschaftsschule

Se. Exz. Johann Weber
Bischof des Bistums Graz-Seckau

Einleitung

Das Thema, das den Diskussionsteilnehmern gestellt wurde, enthielt bereits eine Weichenstellung für die Diskussion. Die Frage „Was kommt nach der Konsumgesellschaft?" impliziert zunächst, daß unsere jetzige Gesellschaftsform durch Eigenschaften geprägt ist, die einer Konsumgesellschaft entsprechen. Weiters wird in der Fragestellung angenommen, daß Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Phase wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ihrem Ende entgegengeht, daß ein Prozeß der Wachstumsverlangsamung einsetzt, der auch weitreichende soziale Veränderungen erwarten läßt. Es ist schließlich nicht ausgeschlossen, daß diese Veränderungen in einer neuen Gesellschaftsform, von der wir derzeit freilich nur als Möglichkeit, als Alternative zur jetzigen, uns bekannten Gesellschaft sprechen und denken können, ihren Niederschlag finden werden. Zukunftsentwürfe sind mit einem unterschiedlichen Grad an Plausibilität ausgestattet, ihre Verwirklichung hängt letzten Endes davon ab, ob es gelingt, die Zeichen der darunterliegenden Entwicklung richtig zu deuten und sie zielbewußt in gesellschaftliches und gesellschaftspolitisches Handeln umzusetzen.

I. Kritik an der Konsumgesellschaft

Diesem Leitfaden folgend, konzentrierte sich die Diskussion auf drei thematische Schwerpunkte. Der erste — Was verstehen wir eigentlich unter Konsumgesellschaft? — befaßte sich mit der Gegenwart, mit den positiven und negativen Auswirkungen, die uns unser jetziges Gesellschaftssystem beschert. Das Charakteristische daran ist zunächst einmal die *wirtschaftliche Basis:* ein hochindustrialisiertes Wirtschaftssystem, in dem die Wohlfahrt des einzelnen mit der Fähigkeit steigt, aus dem Zuwachs privatwirtschaftlich erzeugter Güter auswählen zu können, in dem es aber bald offensichtlich wird, daß die Wohlfahrt aller nicht im selben Ausmaß zunimmt. Zugleich ist es ein Wirtschaftssystem, in dem für den Markt erzeugt wird,

Sozialprestige bleibt hinter den Erwartungen zurück. Solange freilich der Glaube an die statuserhöhende Wirkung des Konsums intakt bleibt, bleibt auch die Motivation, die für die Leistunggesellschaft notwendig ist, erhalten.

Wie nicht anders zu erwarten, setzten die Teilnehmer an der Diskussion bei ihrer Charakterisierung der wesentlichen Eigenschaften der Konsumgesellschaft unterschiedliche Akzente. Die kritischen Stimmen überwogen eindeutig.

Bischof Weber sprach von der Brüchigkeit dieser Gesellschaft, von den Abhängigkeiten, die sie erzeugt, mit denen wir nicht ganz zu Rande kommen. Er erinnerte an die Auflehnung gegen sie, wie sie in den Studentenrevolutionen und im Hippietum zum Ausdruck gekommen sind. Er meinte, daß insbesondere die *Meinungsbildner* in Österreich *versagt haben,* wenn wir alle nur ein möglichst großes Stück vom Kuchen Urlaub, Textilien, Statussymbole, Sex, Pension und Pragmatisierung herunterbeißen wollen und wir in einer Haltung gelandet sind, die sich ausschließlich auf Konsum konzentriert. Kritik ist nach allen Seiten hin angebracht: Nach links — was er keineswegs auf die SPÖ eingeschränkt verstanden haben wollte —, weil hier eine imponierende Idee allzusehr domestiziert und nach vordergründigen Interessen, Lobbies und Versorgungsmentalität geordnet wurde. Nach rechts — und auch das sollte keineswegs auf die ÖVP eingeengt verstanden werden — ist Kritik angebracht, weil man nicht vom Prinzip „bürgerlich" und vom Prinzip „Leistung" allein leben und hoffen kann. Hier wurde von der Auseinandersetzung mit dem Christentum, von der Herausforderung und seiner Dynamik allzusehr dispensiert. Schließlich ist auch noch die Kirche zu kritisieren. Sie schlägt sich in Österreich derzeit noch mit einer zweiten Aufklärungszeit herum. In den eifrigen Beteuerungen, daß die Kirche zweckmäßig, praktisch, wohltätig und vernünftig sei, hat sie zu viele Zähne verloren und verabreicht zu weiche Nahrung. Damit wir als Einzelpersonen und Volk jedoch überhaupt legitimiert sind, über die Zukunft zu reden und sie zu gestalten, sind drei Dinge notwendig: wir werden uns redlicher der *Sinnfrage* stellen

müssen, uns einer tieferen *Internationalität* besinnen müssen und schließlich ein neues Ja zur *Moral* abgeben müssen.

Dagegen wurde eingewendet *(Gehmacher)*, daß trotz der negativen Auswüchse der Konsumgesellschaft ihre positiven Seiten nicht übersehen werden dürfen. Trotz aller berechtigter Kritik an dieser Gesellschaft muß gesagt werden, daß sie ein *großes Maß an materiellem Wohlstand* hervorgebracht hat und daß sie allen Menschen, die noch materiellen Mangel leiden, als erstrebenswert erscheint. Auch wir sind letzten Endes weit davon entfernt, auf sie verzichten zu wollen: wir würden Lösungen, die uns von den Wohltaten dieser Gesellschaftsform trennen würden, kaum akzeptieren. Ein Aufbrechen dieses Systems und ein vollkommenes Ablösen von ihm würde ungeheure Widerstände hervorrufen. Dies ist auch insofern gefährlich, als wir es mit einem sehr komplizierten System zu tun haben, das gegen Störungen sehr empfindlich ist. Das grundlegende *Funktionieren des bestehenden Systems* — das sicher weit davon entfernt ist, einen utopisch idealen Zustand erreicht zu haben — liegt darin, daß historische Verbesserungen in Richtung *Wohlfahrtsstaat* erreicht wurden, an denen sozialistisches wie auch christliches Gedankengut mitgewirkt haben. Die solcherart eingesetzte Egalisierung und Humanisierung muß aber weiter vorangetrieben werden, die Bestrebungen, die Schwächen weiter abzubauen, fortgesetzt werden. Diese *Schwächen* liegen auf der Hand: die Marktmechanismen verleiten dazu, daß Wünsche geweckt werden, hinter denen keine wirklichen Bedürfnisse liegen, so daß *die Menschen* in der Folge *belogen* und *manipuliert* werden. Hier gibt es Mißbräuche, Freiheitsbedrohungen und Steuerungsmechanismen, die den einzelnen stark einschränken. Auch das *Konfliktsystem* wird zu sehr *gesteuert*. Weiters ist das System *zu stark materiell orientiert*, was bedeutet, daß gewisse psychische und kulturelle Techniken, die den Menschen viel direkter und ohne materiellen Aufwand Glück vermitteln können, unterbewertet geblieben sind. Die Zentralfrage wird jedoch sein, wie sich das System weiter entwickeln kann, um den *geänderten Bedingungen ge-*

in dem aber die Bedürfnisse für die Abnahme dieser Güter oft auch erst erzeugt werden müssen. Das hat zunächst zu einer *Ausweitung der individuellen Bedürfnisse* geführt, die in wellenförmigen Phasen vor sich gegangen ist: auf die Eßwelle unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg folgte die Bekleidungswelle, auf sie die Motorisierungswelle und die Welle der Eindeckung mit dauerhaften Konsumgütern. Derzeit scheinen wir an der Schwelle zu stehen, an der der individuelle Konsum in eine stärkere Nachfrage nach kollektiven Gütern und Leistungen umschlägt. Das war zunächst die Bildung, derzeit ist es vor allem die Gesundheit und das, was man ganz allgemein unter Qualität des Lebens und sozialem Wohlbefinden subsumiert. Die gesellschaftliche Präferenzskala verschiebt sich immer mehr zu Leistungen, die außerhalb des Marktes liegen und die auch im herkömmlichen Brutto-Nationalprodukt nicht enthalten sind.

Soziologisch gesehen, ist die Konsumgesellschaft eine Gesellschaft, in der die Position jedes einzelnen in der sozialen Struktur, seine soziale Einschätzung, sein Ansehen und Prestige mit dem käuflichen Erwerb und Besitz von Gütern, die am Markt erhältlich sind, eng verknüpft sind. Hier ist das *Prestigedenken,* die geheime Triebfeder für *Leistungsstreben* und *Statuswettbewerb* anzusiedeln, der Wunsch, sich vom anderen abzuheben, wo „mehr zu sein als der andere" sich in einem „mehr haben als der andere" ausdrückt. Die Erfolge dieses Strebens sind weithin sichtbar. Die meisten von uns leben heute unbestreitbar besser als ihre Eltern und können sich das leisten, wovon ihre Eltern nur träumten: vom Wiener Schnitzel bis zum Urlaub und der neuen Skiausrüstung für die Kinder. Die Kehrseite manifestiert sich im Statuswettbewerb, in der Karrieresucht auf Kosten der anderen, im unerbittlichen Leistungszwang, der alle jene auf die Seite drängt, die nicht mithalten können oder nicht mehr wollen. Die Alten und andere Randgruppen unserer Konsumgesellschaft sind deshalb so isoliert, weil sie unproduktiv sind — es fehlt ihnen das, was zum sozialen Ansehen nötig ist. Zwar besagt die offizielle Ideologie

dieser Gesellschaft, daß jeder etwas werden kann, wenn er nur arbeitet und tüchtig ist, daß ihm der Zugang zu all dem, was die Gesellschaft an Belohnungen zu vergeben hat, offensteht; doch zwischen *Ideologie und Wirklichkeit* bestehen auch hier *Unterschiede*. Faktisch sind die Einkommensunterschiede trotz der Zunahme an materiellem Wohlstand bestehen geblieben, sozialer Aufstieg ist zwar möglich, aber die Beschränkungen sind noch lange nicht abgeschafft.

Dazu kommt noch ein anderes Charakteristikum dieser Gesellschaft: jede Gesellschaft braucht eine symbolische Ausdrucksform dafür, wie sich das *Dazu-Gehören* zu bestimmten Gruppen manifestiert. In unserer Gesellschaft wird dies *durch Konsum* erreicht. Konsum schafft Zugang zu anderen Menschen, zeigt, wohin man gehört, mit welcher Gruppe man sich identifiziert. Daher darf es nicht überraschen, daß das Konsumverhalten unterschiedlich ist und daß sich besonders die sozialen Schichten durch ihr anderes Konsumverhalten weiterhin unterscheiden und voneinander abheben. Dies wiederum stärkt die gegebene soziale Struktur und trägt dazu bei, daß ihre Ungleichheiten perpetuierlich sind.

Schließlich ist noch darauf zu verweisen, daß es in der Produktionsweise dieser Konsumgesellschaft eine *eingebaute Entwertung des symbolischen Wertes* der erzeugten Güter gibt. Wenn man davon ausgeht, daß jedes erzeugte Gut sowohl einen Gebrauchs- wie auch einen symbolischen Signalwert besitzt, der meistens Prestige signalisiert, so führt, wenn diese beiden in einem Gegenstand enthalten sind, die Massenerzeugung und der Massenabsatz zu einer ständigen Entwertung des Signalwertes. In der Konsumgesellschaft werden Güter nicht nur wegen ihres Gebrauchswertes gekauft, sondern auch — manchmal ausschließlich — wegen des prestigeverleihenden Signalwertes. Ist es jedoch so, daß viele Menschen gleichzeitig ein solches Gut erwerben, so sinkt der prestigeverleihende Wert des Gutes. Diese simple Tatsache wirkt sich fast ausschließlich *zum Nachteil der unteren Schichten* aus: es mag zwar mehr konsumiert werden, aber der gleichzeitig erhoffte Zuwachs an

wachsen zu sein und gleichzeitig Fehler zu beseitigen. Hier könnten Widersprüche auftreten, die darin begründet sind, daß die Weiterentwicklung neue Schwierigkeiten mit sich bringt, die aber die Verbesserung schwieriger gestalten werden.

Die anderen Diskussionsredner beschäftigten sich auch vorwiegend mit den negativen Erscheinungen der Konsumgesellschaft, ohne zu bestreiten, daß es auch positive Seiten gibt. Es wurde insbesondere daran erinnert *(Büchele),* daß die positiven Errungenschaften keineswegs für alle gelten, so daß man mit einer gewissen Berechtigung fragen kann, von *wessen Konsumgesellschaft* eigentlich die Rede ist. So gibt es in der Welt noch mindestens eine Milliarde Menschen, die ihre Grundbedürfnisse nicht stillen können; in den Industriestaaten, ja auch in Österreich, gibt es noch einen beträchtlichen Prozentsatz von Menschen, die mit einem Minimalbetrag auskommen müssen. Vom Standpunkt der christlichen Ethik, wie *Büchele* ausführte, läßt sich Konsumgesellschaft als eine Gesellschaft definieren, die Freiheit und Ordnung von einem Organisationsprinzip aus sieht, das durch den *negativen Freiheitsbegriff* gekennzeichnet ist. Darunter ist eine Freiheit zu verstehen, in der der Mensch sich zuerst als Selbstzweck sieht und den anderen, den Mitmenschen, und das andere, die Natur, nur als Mittel zum Zweck benützt, den allgemeinen Interessen aber nur insoweit nachgibt, als er dazu gezwungen wird. Daher ist diese Gesellschaftsform auch noch eindeutig eine *Klassengesellschaft,* auch hier in Österreich: es ist eine Gesellschaft, in der Rahmenbedingungen herrschen, die die Gesellschaftssubjekte in *permanent bevorzugte* und in *permanent benachteiligte* gliedert. Zu den ersteren gehören beispielsweise die Verbände, mit den Funktionären an der Spitze, aber auch die freien Berufe mit ihren Gewinneinkommen. In abgeänderter Form muß man auch von einer kapitalistischen Klassengesellschaft sprechen, da sie durch das Kapital und somit durch eine Minderheit organisiert ist. Sie ist auch noch immer geprägt vom *Gegensatz von Kapital und Arbeit,* der in den drei Grundkonflikten zum Ausdruck kommt: dem Autoritätskonflikt, dem Verteilungskonflikt und dem Pro-

duktionskonflikt. Daher lebt der Mensch in einer Konsumgesellschaft. Die Konsumorientierung, die sich in Statuswettbewerb, in einem familiären und beruflichen Privatismus, im Karrierestreben und Besitzindividualismus äußert, wird auch den Arbeitern vermittelt. Menschen, die keine Möglichkeit zur Mitbestimmung und keine Möglichkeit zur Mitverantwortung im wirtschaftlichen und öffentlichen Geschehen haben, können aus diesem Abhängigkeits- und Konsumverhältnis gar nicht herauskommen. Daher scheint eine Änderung der gesamten Gesellschaftsstruktur dringend geboten.

Schließlich wurde von *Gmoser* darauf verwiesen, daß die Frage, die gestellt wurde, eine zutiefst metaökonomische, ja ideologische ist und daß eine Antwort aus der Wirtschaft heraus gar nicht gegeben werden kann. Bei der Frage, was nach der Konsumgesellschaft kommt, handelt es sich letztlich um eine *politische Gestaltungs- und Machtfrage.* Konsumgesellschaft ist zunächst einmal der Ausdruck einer Philosophie der bürgerlichen Grundhaltung. Konsumideologie ist in den Gesellschaftsschichten verschieden stark ausgeprägt. Allerdings ist Konsum nicht mit Konsumgesellschaft gleichzusetzen. Wir bejahen den Konsum, insofern er Teil jener gesamten Wirtschaftsordnung ist, die eine entscheidende Voraussetzung für die Versorgung der Menschen mit notwendigen Gütern bildet. Konsumgesellschaft wird jedoch dort bedenklich, wo es um die Vergötzung des Konsums geht, um dessen Verabsolutierung und um die Sinnentleerung des Lebens, wenn überall nur noch der eigene Nutzen praktiziert wird. Solches geschieht in den Gewerkschaften ebenso wie in den Unternehmerverbänden. Betriebsräte praktizieren *Konsumgesellschaft in der Lohnpolitik,* wenn sie versuchen, menschliches Arbeitsleid sofort kollektivvertraglich in Schillinge umzusetzen. Den Erfolg kann man dann in den Statistiken der Arbeiterpensionsversicherung, etwa an der Zahl der Frühinvaliden, ablesen . . . Das *Unbehagen mit der Konsumgesellschaft* (über das Fritz Klenner schon vor 20 Jahren schrieb) rührt von dieser totalen Gleichsetzung her. Man darf aber nicht von Österreich als dem Nabel der Welt ausgehen; im Vergleich

zu anderen Industrieländern ist Österreich eher erst auf dem Weg zur Konsumgesellschaft, aber es gibt sie sicherlich schon auf verschiedenen Niveaus. Die große Problematik, die aber die ganze Gesellschaftspolitik durchzieht, wurzelt im Stellenwert, den der Mensch in ihr hat. Daher sollte der Konsumgesellschaft die *Humangesellschaft* gegenübergestellt werden, da die Konsumgesellschaft dort zur Entartung wird, wo sie inhuman ist.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Diskussionsredner das Charakteristische der Konsumgesellschaft vor allem in ihren Schattenseiten sahen: diese betreffen einerseits die *Stellung des Menschen* in dieser Gesellschaft, andererseits jene *Strukturen*, die *Ungleichheiten* und *Machtgefälle* erzeugen. Der Mensch in der Konsumgesellschaft ist gewissermaßen an den Rand des Geschehens gedrängt worden. Er hat weitgehend die Fähigkeit verloren, sich selbst zu bestimmen und besitzt nicht in ausreichendem Maß die Möglichkeit, das öffentliche Geschehen mitzubestimmen. Er droht zwischen der Ausrichtung auf rein materielle Werte und dem allgemein praktizierten Eigen- und Gruppennutzen in seiner menschlichen Existenz zu verkümmern. Sein *Arbeitsleid* wird ihm zwar materiell abgegolten, aber er ist der ständigen Gefahr des Manipuliertwerdens ausgesetzt. Strukturell hat die Konsumgesellschaft zwar unbestrittenen materiellen Wohlstand gebracht, doch gilt dies noch lange nicht für alle. Die *ökonomische Ungleichheit* ist sicherlich zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern am stärksten ausgeprägt. Aber auch innerhalb der Industriestaaten, wie auch in Österreich, gibt es weiterhin Arme und Randgruppen. Es gibt insofern eine Klassengesellschaft, als es weiterhin Bevorzugte und Benachteiligte gibt.

II. Die äußeren und inneren Grenzen der Konsumgesellschaft

Was berechtigt zu der Meinung, daß diese Konsumgesellschaft ihrem Ende entgegengehen könnte? Was sollte diese Gesellschaft, die für viele besser ist, als alles, was sie vorher

gekannt haben, veranlassen, sich zu ändern? Und vor allem, durch welche Mechanismen sollte eine Änderung herbeigeführt werden? Zunächst einmal ist festzuhalten, daß der lineare Wachstumszuwachs, der die internationale Wirtschaftsentwicklung kennzeichnete, unterbrochen wurde. Derzeit leben wir in einer Periode der Wachstumsverlangsamung, wenn nicht gar des Rückgangs. Die Krisen — in ihren verschiedenen Erscheinungsformen — auf den Rohstoff-, Kapital- und Arbeitsmärkten lassen keinen Zweifel daran, daß die Mechanismen, die das Funktionieren des bestehenden Wirtschaftssystems gewährleistet haben, ins Wanken gekommen sind. Parallel dazu gibt es Zweifel am Fortbestand dieses Systems. Der Glaube an das bestehende Wirtschaftssystem, der für das klaglose Funktionieren unabdingbar notwendig ist, wurde erschüttert. Prognosen für die Zukunft schwanken zwischen radikalem Pessimismus und vorsichtig gedämpftem Optimismus, doch ist beiden Extrempositionen eine gewisse Ratlosigkeit und Unsicherheit gemeinsam. Wo zeigen sich nun die sozialen Anzeichen für eine Änderung dieser Gesellschaftsform?

DIE ÄUSSEREN GRENZEN DER KONSUMGESELLSCHAFT

Die Diskussionsteilnehmer waren der Ansicht, daß die Konsumgesellschaft an ihren inneren und äußeren Grenzen angelangt ist. Die *äußeren Grenzen* sind vielleicht sichtbarer als die inneren, weil sie weltweit in Wachstumsverlangsamung, Bevölkerungsexplosion, Welternährungslage und verwandten Erscheinungen deutlich geworden sind. Sie manifestieren sich zunächst in den verschiedenen Knappheitserscheinungen, die bewirken, daß die materielle Produktion in gewissen Sektoren wesentlich teurer geworden ist. Dazu kommt noch, daß auch die notwendige Beseitigung der Sekundärfolgen der jetzigen Produktionsweise, vor allem die Beseitigung der Umweltbeeinträchtigung, zu einer Verteuerung der Produktion führen wird, so daß anzunehmen ist, daß sich hier eine gewisse *Bremsung,* gleichgültig ob gewünscht oder ungewünscht, ergeben wird.

Äußere Grenzen einer anderen Art manifestieren sich in der zunehmenden Tendenz zu großräumigen Entscheidungen. *Großorganisationen,* seien es nun Staaten oder multinationale Konzerne, *gewinnen* umfassend an *Macht,* weil sie großräumige Entscheidungen entweder kollektiver oder zentralgeplanter Art vornehmen können, die wiederum weitreichende kollektive Wirkung haben. Die Verflechtung der Weltwirtschaft, aber auch die unleugbare Tendenz innerhalb eines Landes zu Entscheidungen und Planungen, die nicht am Markt, sondern kollektiv von einer zentralen Instanz getroffen werden, führen zu einer *Konzentration und Zentralisierung* in den *Planungs-* und *Entscheidungsmechanismen.* Dadurch wird jedoch die Vielfalt an möglichen Entscheidungen eingeengt, der Entscheidungsspielraum wird mit zunehmender Komplexität dessen, worüber entschieden werden soll, enger.

DIE INNEREN GRENZEN DER KONSUMGESELLSCHAFT

Die Diskussionsteilnehmer erblickten die *inneren Grenzen* der Konsumgesellschaft vorwiegend in den Mechanismen, die auf eine Änderung der bestehenden Gesellschaft hindeuten. Diese wurden in verschiedenen Bereichen analysiert. *Bischof Weber* war der Meinung, daß vor allem die Dimensionen der *Transzendenz,* der *Sinngebung* und der Auseinandersetzung mit der *Todesfrage* vernachlässigt wurden. Dadurch kommt es auch zu Aggressionsdruck, zum Gefühl der Sinnlosigkeit und der Kommunikationsunfähigkeit. Besonders bei den jungen Menschen ist eine ungeheure *Angst vor Manipulation,* vor zuviel Steuerung, vorhanden. Durch diese Angst werden dann Barrieren errichtet, so daß man in einen wahren Teufelskreis gerät.

Aus der Sicht der empirischen Sozialforschung machte *Gehmacher* auf einen anderen Bereich aufmerksam: die *soziale Isolation der Menschen.* Diese gibt es in weit größerem Maß, als allgemein angenommen wird. Der Erfolg des Fernsehens beruht zum Teil darauf, daß hier Menschen nicht nur nach Unterhaltung streben, sondern echte Primärgruppenerlebnisse

suchen. Die Einsamkeit, gerade in den Großstädten, die schon vor Jahren in Riesman's Bestseller „Die einsame Masse" beschrieben worden war, ist heute zu einem Großproblem geworden.

Auch in Österreich, wie *Gmoser* unterstrich, ist es beängstigend zu hören, daß der Anteil des Budgets am Nationalprodukt zurückgeht. Das bedeutet, daß auch wir in einer Gesellschaft leben werden, die durch *privaten Reichtum* und durch *öffentliche Armut* gekennzeichnet sein wird, wie dies Galbraith schon vor mehr als 10 Jahren für die USA beschrieben hatte. Auch die „underdogs" unserer Gesellschaft, die Armen und andere Randgruppen, werden gerne kurzsichtig übersehen. Vor einem Jahr führte die Arbeiterkammer Wien in Zusammenarbeit mit dem IFES eine große Studie über die *Armut in Österreich* durch, die zeigte, daß man etwas vorschnell angenommen hatte, unser Wohlfahrtsstaat wäre ein solcher für alle. Ähnliches zeigt sich auch auf dem Gesundheitssektor, wo es durchaus eine Klassengesellschaft gibt, doch wird das gerne unter den Tisch gewischt.

Ein dritter Bereich, in dem die inneren Grenzen der Konsumgesellschaft sichtbar werden, ist die *Beziehung zur modernen Arbeitswelt,* auf die besonders *Gmoser* und *Büchele* eingingen. *Gmoser* erinnerte an das, was man in Schweden „die Enttäuschung der Erfüllung" nennt. Der Traum vom Lebensstandard, so positiv und berechtigt er ist, kann zu einer Illusion werden und in eine Einbahn führen, wenn wir uns nicht gleichzeitig auf die Humanisierung und Demokratisierung gerade in der Arbeitswelt konzentrieren. In Österreich ist man noch weit davon entfernt, neue Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft zu verwirklichen, die Fließbandarbeit aufzulösen und selbststeuernde Gruppen einzuführen, kurzum, zu einem Arbeitsprozeß zu gelangen, der dem einzelnen nicht nur sein Recht auf entsprechende Bezahlung, sondern auch so etwas wie Recht auf *Menschenwürde im Betrieb* verleiht. In der öffentlichen Verwaltung gilt noch vielerorts der Grundsatz, daß derjenige Recht hat, der in der höheren Gehaltsgruppe ist, und so mancher

gibt beim Eintritt in das Dienstverhältnis gewissermaßen seine eigene Denkfähigkeit ab.

Das, was der Marxismus entfremdete Arbeit nennt, und die Zerstückelung des Lebens machen es immer schwieriger, ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Die Arbeitswelt, unterstrich *Gehmacher*, bietet ebenso keine soziale Geschlossenheit mehr wie die Freizeit. Unser Erleben ist arm geworden, daher gibt es den starken Drang zu Irrationalismen, zu Techniken wie autogenem Training und den Zug zur Verwendung von Psychodrogen.

Die inneren Grenzen sind aber auch durch *innere Widersprüche* gekennzeichnet. Diese sah *Büchele* vor allem darin, daß wir gleichzeitig ein verstärktes materielles Wachstum fordern und für mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit sind. Dies befindet sich insofern in einem Widerspruch zueinander, als bei fortschreitendem materiellem Wachstum die *Quantität in Unqualität umschlägt.* Mehr Gleichheit auf den Straßen führt dazu, daß sich niemand mehr darauf fortbewegen kann. Ähnliches gilt für die Hochschulen. Deshalb brauchen wir eine neue Lebenslehre für eine Gesellschaft, die unter Verdichtungsbedingungen lebt, und ein neues Qualitätsbewußtsein. Hier sind auch die Gewerkschaftsführer dringend genötigt, sich Gedanken zu machen, denn ein Zuwachs an Gleichheit auf der rein materiellen Ebene bringt nicht unbedingt einen Zuwachs an qualitativen Freiheiten, sondern vor allem Struktur- und Verteilungsprobleme. Wenn daher stärkere Egalisierungen vorgenommen werden sollen, um zu einer gerechteren Gesellschaft zu gelangen, wird es nötig sein, aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden.

Der rote Faden, der das Anstoßen an diese verschiedenen inneren Grenzen der Konsumgesellschaft durchzieht, ist jedoch die *Tendenz* zur *zunehmenden Individualisierung* im Denken und im sozialen Handeln. Die Konsumorientierung scheint direkt zu einer Atomisierung eben dieser Konsumgesellschaft zu führen. Man will sich abheben vom andern, mehr sein und mehr haben, wann immer die anderen nachziehen. Vielleicht

werden wir uns das in Zukunft nicht mehr in demselben Ausmaß leisten können wie bisher, weil Probleme auf uns zukommen können, die sich nur auf der Basis einer neuen Solidarität lösen lassen werden. Das würde bedeuten, daß wir am Arbeitsplatz, im Konsumverhalten, aber auch in unseren gesamten sozialen Beziehungen zu *neuen Formen des Zusammenlebens* finden werden müssen. Schon jetzt deutet vieles darauf hin, daß die Befriedigung individueller Bedürfnisse nicht mehr so wichtig erscheint, daß hingegen die Nachfrage nach gemeinschaftlichen Einrichtungen und kollektiven Bedürfnissen zunimmt. Durch Veränderungen in der Familienorganisation und in anderen sozialen Gruppenformationen sind Lücken entstanden, die durch eine Ausweitung kollektiver Einrichtungen gefüllt werden müßten.

Die *mangelnde Solidarität* läßt sich an Hand von Beispielen leicht nachweisen. Wie *Gmoser* ausführte, trat sie beispielsweise bei der Diskussion um den Individualverkehr zutage, wo es offensichtlich war, daß diese heilige Kuh der Konsumgesellschaft ohnedies nicht geschlachtet, sondern nur ein wenig gekitzelt werden sollte. Doch die Auswirkungen waren unvorhersehbar. Ein anderes Beispiel bietet die gewerkschaftliche Erfahrung. Der Bundeskongreß des Jahres 1959 hatte als Ziel die solidarische Lohnpolitik formuliert, doch 16 Jahre später muß gesagt werden, daß Solidarität lediglich der Titel einer Gewerkschaftszeitung ist . . . Ähnliches hat sich auch bei der Diskussion um den von Kienzl vorgeschlagenen Einkommensstopp bei Spitzenverdienern gezeigt, wo diejenigen, die 100.000 S monatlich verdienen, mit offensichtlichen Vernunftsgründen dafür plädierten, doch auch die 10% Lohnerhöhung zu bekommen. Ein anderes Beispiel ist der gescheiterte Versuch des Privilegienabbaus der Politiker: solange diese Gruppen weiterhin für sich Privilegien reklamieren, fällt es den anderen 95% im Staat schwer zu verstehen, wieso für sie nicht das gleiche gelten soll.

Die Mechanismen, die zu einer Änderung der Konsumgesellschaft führen könnten, sind zugleich jene, die ihre Grenzen

bloßlegen. Die äußeren Grenzen sind durch Knappheitserscheinungen und Einengung des Entscheidungsraums abgesteckt. Die inneren Grenzen liegen in der Vernachlässigung der nichtmateriellen Dimensionen, in der sozialen Isoliertheit der Menschen, in der entfremdeten Arbeitswelt. Sie äußern sich in *widersprüchlichen Anforderungen:* wir wollen mehr an materiellem Wohlstand und gleichzeitig mehr an sozialem Wohlbefinden und übersehen gerne, daß die beiden ab einem gewissen Grad unvereinbar sind. Jeder glaubt an sich selbst zuerst und allein denken zu müssen und übersieht, daß allen dabei schlechter gedient ist. Die inneren Grenzen können aber nur dann überschritten werden, wenn es gelingt, einen Ausweg aus diesen Widersprüchen zu finden: eine Möglichkeit dafür ist die Suche nach einer neuen Basis für solidarisches Denken und Handeln.

III. Alternativen zur Konsumgesellschaft

Alternativen sind utopische Entwürfe. Sie sind aber auch, wie die Bedeutung des Wortes im lateinischen besagt, etwas, das man abwechselnd macht. Alternativen können daher das, was gegenwärtig geschieht, ablösen. Ob die *Ablöse* jedoch tatsächlich *stattfindet,* hängt von *verschiedenen Faktoren* ab: von der Bereitschaft zur Ablöse, vom gesellschaftspolitischen Wollen, vom Druck der gesellschaftlichen Entwicklung. Eine Gewichtung dieser drei Faktoren ergibt den Grad an Plausibilität der präsentierten Alternativen und würde besagen, wie wahrscheinlich es ist, daß es zu ihrer Verwirklichung kommt. Die Diskussionsteilnehmer konnten nur ihre Entwürfe, ihre Vorstellungen von einer möglichen Ablöse präsentieren. Wie wahrscheinlich es ist, daß diese auch eintreten werden, wird von den oben genannten Faktoren abhängen.

Der radikalste Alternativentwurf gipfelte in der Forderung nach einer *Aufhebung der Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit.* Wie *Büchele* ausführte, wird durch diese Trennung eine Statushierarchie geschaffen, bei der der

Universitätsprofessor und der Generaldirektor an der Spitze, der Hilfsarbeiter und der, der die Müllabfuhr zu besorgen hat, am unteren Ende stehen. Die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit ist maßgebend für die Schizophrenie unserer noch immer feudalistischen Gesellschaft. Daher wäre es gut, wenn sich Priester, Bankbeamte, Generaldirektoren und Universitätslehrer alle zwei Jahre in soziale Dienstleistungsbetriebe begeben würden, um dort soziale Dienste zu leisten, oder wenn sie in die Betriebe gingen, um dort einen Monat lang Hilfsarbeiterdienste zu verrichten.

Verwandt waren diesem Vorschlag Anregungen, die auf die Schaffung einer Basis für eine *neue Humangesellschaft,* eine *partizipatorische Gesellschaft,* abzielten. So trat *Gmoser* dafür ein, Bildung nicht nur als Wissensvermittlung zu sehen, sondern als den Versuch, ein möglichst großes Ausmaß an *kritischer Denkfähigkeit* zu vermitteln. Bildung müßte Denken lehren. Dazu müßte freilich ein Abbau der Untertanenmentalität kommen, die vielleicht in Österreich noch immer stärker als in anderen westeuropäischen Ländern vorhanden ist. Die kritische Denkfähigkeit nützt nichts, wenn nicht ein Mindestmaß an *Zivilcourage* dazukommt. Ansatzpunkte dafür, denen man aber eine Chance zum weiteren Ausbau geben müßte, sind in den Bürgerinitiativen, aber auch im Prinzip der Vorwahlen enthalten, obwohl diese sicher die Gefahr der Manipulation mit sich bringen. Ganz allgemein sollte mehr Motivation zur *eigenen Aktivität,* zur aktiven Teilnahme gegeben sein. Eine Gefahr besteht allerdings, wenn behauptet wird, die jetzigen anstehenden Probleme lassen sich nicht durch das demokratische gesellschaftspolitische Spiel lösen, sondern man braucht dazu den starken großen Mann.

Gmoser unterstrich, daß es wahrscheinlich kein Patentrezept gibt, keine Gruppe oder Organisation, die in der Lage ist, eine Art neuen Dekalog herauszubringen. In ähnlich pragmatischer Weise appellierte auch Bischof *Weber,* Taten zu setzen. Die Parteien müssen den Mut zu Gesetzen haben, die nicht nur Feigenblatt sind, sondern eine echte Bewußtseins-

bildung im Volk erzeugen können, wie etwa bei der Entwicklungshilfe. Die Würde des Menschen muß durch Mitbestimmung, Mittragen der Verantwortung und überverbandliche Mitbestimmung stärker berücksichtigt werden. Schließlich muß eine Relativierung stattfinden, eine *stille unsichtbare Koalition* zwischen all denen geschlossen werden, die sich Sorgen um die Zukunft machen.

Büchele ging in seinem Alternativkonzept davon aus, daß das liberalistisch-kapitalistische Modell, das wir bisher praktiziert haben, in der westlichen Welt zu Ende geht und überwunden werden muß. Im Kommen ist das marxistisch-leninistische Modell, das aber ebenso wie das liberalistisch-kapitalistische auf dem negativen Freiheitsbegriff beruht und nur die privatkapitalistische Basis in eine staatskapitalistische umgewandelt hat. Die drei Grundkonflikte, Autoritäts-, Verteilungs- und Produktionskonflikt, kommen auch dort wieder vor. Man muß diesen daher ein *neues Modell* entgegensetzen, das von der *christlich-sozialen Ethik* entwickelt worden ist. Es beruht darauf, daß Freiheit und Ordnung nach dem *positiven Freiheitsbegriff* organisiert sind, demzufolge die Selbstverwirklichung des anderen, die Humananeignung der Natur und die allseitige Entfaltung des gesellschaftlichen Ganzen die Bedingungen der eigenen Freiheit sind. Eine solche Gesellschaftsstruktur muß als Selbst- und Mitbestimmungsstruktur in allen Phasen des gesellschaftlichen Lebens aufgebaut sein, und zwar sowohl im kulturellen Bereich, im Sozialisierungsprozeß wie auch in einer *neuen Unternehmensverfassung*. Diese soll durch die Trennung des Kapitaleigentümers von der Unternehmensleitung, die gleichberechtigt ist, gekennzeichnet sein. Sie wird von Arbeit und Kapital legitimiert und kann auch diesen beiden gleichpflichtig verantwortlich sein. Eine solche Unternehmensverfassung muß durch eine überverbandliche Mitbestimmung ergänzt werden, damit eine demokratische Rahmenplanung besteht, die das Gegeneinander in ein Miteinander umwandelt, so daß nicht nach Kalkülen der Macht und des Profits, sondern nach Qualität kommuni-

kativ entschieden wird. Es muß dann auch viel *stärkere innerverbandliche und innerparteiliche Demokratie* geben. Wichtig ist weiters, daß diese Unternehmensverfassung nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in anderen Bereichen, wie jenen der Kirche, im politisch-administrativen Bereich, in der Gemeinde und in der innerparteilichen Demokratie, Anwendung finden muß.

Keine radikalen Neuerungen, sondern gewissermaßen ein *Ausweichen aus den jetzigen Schwierigkeiten* bei einer verringerten Wachstumsrate der Güterproduktion, schlug *Gehmacher* vor. Dabei sieht er in der Krise, in der Begrenzung des Wachstums, wie sie heute bereits vielfach besteht, eine Chance, die sich anböte, um verschiedene Anliegen zu verwirklichen oder zumindest strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Er schlug *drei Ausweichstrategien* aus den gegenwärtigen Engpässen der Konsumgesellschaft vor: die erste Strategie besteht darin, auf den *Dienstleistungssektor* auszuweichen. Damit wären gewisse Schwierigkeiten, die sich für die materielle Produktion heute ergeben, umschiffbar. Dies würde zwar das System der ökonomischen Steuerung der Gesellschaft nicht radikal verändern, böte aber eine Chance für kulturelle Aktivitäten, aber auch für soziale Dienstleistungen. Das ist, was viele unter qualitativem Wachstum verstehen.

Eine zweite Ausweichstrategie besteht darin, die *Arbeitszeit zu verkürzen* und der Freizeit generell mehr Wert beizumessen. Dies kommt einem Verzicht auf Vermehrung des Einkommens bei gleichzeitiger Vermehrung der Freizeit gleich. Vielleicht wäre dies auch eine Form der Distribution von möglicher Arbeitslosigkeit. Tendenzen in diese Richtung sind heute zweifellos vorhanden und äußern sich etwa in dem Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung, nach Bildungsurlaub usw. Allerdings muß eine kulturelle und gesellige Erfüllung der Freizeit geboten werden, die nicht ökonomisiert werden darf.

Die dritte Strategie besteht darin, die *Humanisierung der Arbeit zu forcieren,* d. h. die Arbeit angenehmer zu gestalten, selbst wenn dies mit einer verringerten Produktivitätssteigerung

verbunden ist. Auch das ist in einer Zeit, in der eine Verringerung des Wachstums der Güterproduktion besteht, vielleicht leichter durchzusetzen als sonst. Zu einer Zeit, in der weniger Gastarbeiter gebraucht werden, gibt es eine Tendenz, solche Arbeitsplätze umzugestalten.

Alle drei Strategien bedingen Umstrukturierungen, versprechen aber bei abgebremstem Produktionswachstum Lösungen für Probleme, die ansonsten zu Arbeitslosigkeit oder anderen Schwierigkeiten führen können.

Bei einer Diskussion wie dieser sind keine großen Weltmodelle über das, was nach der Konsumgesellschaft kommt, zu erwarten; sie wären wahrscheinlich auch nicht sehr sinnvoll. Es wurde jedoch der Versuch unternommen, die wegweisenden Richtungen, die von der Konsumgesellschaft wegführen, abzutasten, wenn schon nicht auszuloten. Die Konsumgesellschaft als die bestehende und dominante wirtschaftlich-soziale Ordnungsform wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Ihre Mängel, so scheint es zumindest, sind nicht weiter zu verbergen, wenngleich es noch immer Kräfte geben mag, in deren Interesse es liegt, sie zu überdecken. Auch das Anstoßen an die inneren und äußeren Grenzen, die Analyse der Mechanismen, welche die Ablöse dieser Gesellschaftsform durch eine andere erwarten lassen, haben gezeigt, daß wir in Widersprüchen befangen sind. Sie gilt es zu überwinden, wenn die Folgen nicht eine Zunahme an sozialem Konflikt-, ja Explosivstoff sein sollen. Diese Widersprüche lassen sich in zwei Fragen kristallisieren:

Wie können wir, bei Beibehaltung des materiellen Wohlstands, eine *Gesellschaft* haben, die *egalitärer und gerechter* ist als die derzeitige;

und

wie können wir, bei Beibehaltung des materiellen Wohlstands, die der Konsumgesellschaft innewohnende *Tendenz zur Individualisierung* mit der notwendigen *neuen* Form einer *Solidarisierung vertauschen?*

Von der Beantwortung dieser Fragen wird es im wesentlichen abhängen, ob die gegenwärtige Konsumgesellschaft durch eine andere Gesellschaftsform abgelöst werden wird, die zumindest einige Merkmale, wie sie in den Alternativentwürfen der Diskussionsteilnehmer als begehrenswert skizziert worden sind, aufweist.